

99. Sitzung

Potsdam, Freitag, 18. Juni 2004

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	6901	Frage 2155 (610-Stellen-Programm) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche . .	6908
1. Fragestunde		Frage 2156 (Hubschraubersonderlandeplatz am Regelkrankenhaus Perleberg) Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Schlüter	6910
Drucksache 3/7604	6901	Frage 2157 (Tätlicher Angriff auf Polizeibeamtin) Minister des Innern Schönbohm	6910
Frage 2146 (Bildungsauftrag in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche . .	6901	Frage 2158 (Entwicklung Bahnangebot in Bran- denburg) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski	6911
Frage 2147 (Osteuropazentrum) Ministerpräsident Platzeck	6902		
Frage 2148 (Prävention gegen rechtsextremisti- sche Einstellungen und Gewalttaten) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche . .	6903	2. Aktuelle Stunde	
Frage 2149 (Personal-Service-Agenturen in Bran- denburg ein Flop?) Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Schlüter	6904	<u>Thema:</u> „Brandenburg auf dem Weg in die Zukunft - eine politische Bilanz über die 3. Wahlperio- de“	
Frage 2150 (OptoMed AG - Vorzeigeunterneh- men für den Medizinstandort Babelsberg) Minister für Wirtschaft Junghanns	6905	Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	6911
Frage 2151 (Ortsdurchfahrt Wendisch Rietz im Landkreis Oder-Spree) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski	6905	Fritsch (SPD)	6911
Frage 2152 (Neues Verkehrssicherheitsprogramm) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski	6906	Prof. Dr. Bisky (PDS)	6914
Frage 2154 (Schulden Fahrland) Minister des Innern Schönbohm	6907	Frau Blechinger (CDU)	6916
		Frau Hesselbarth (DVU)	6919
		Ministerpräsident Platzeck	6921
		Frau Dr. Enkelmann (PDS)	6925
		Müller (SPD)	6927
		Minister des Innern Schönbohm	6929

	Seite		Seite
3. 2. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg		8. Umbau und Sanierung des Landtagsgebäudes „Am Havelblick 8“	
Gesetzentwurf der Abgeordneten Robert Gemmel, Reinhold Dellmann, Lothar Kliesch, Uta-Brigitte Müller, Christoph Schulze, Dr. Dietmar Woidke und Edwin Zimmermann		Antrag der Fraktion der DVU	
Drucksache 3/7610 (Neudruck)	6931	Drucksache 3/7631	6936
4. Asylbewerber, ausreisepflichtige Ausländer und Leistungsmissbrauchsfälle		Frau Hesselbarth (DVU)	6936
Große Anfrage 69 der Fraktion der DVU		Vietze (PDS)	6936
Drucksache 3/7196		Frau Hesselbarth (DVU)	6937
Antwort der Landesregierung		9. Bundesratsinitiative zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3427), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Straftaten über die sexuelle Selbstbestimmung und zur Änderung anderer Vorschriften vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3007) - JGG	
Drucksache 3/7643	6932	Antrag der Fraktion der DVU	
Schuldt (DVU)	6932	Drucksache 3/7633 (Neudruck)	6937
Schuldt (DVU)	6932	Schuldt (DVU)	6938
5. Jahresbericht des Petitionsausschusses gemäß § 12 PetG		Schuldt (DVU)	6938
Bericht des Petitionsausschusses		10. Stärkung des Wassertourismus in Brandenburg	
Drucksache 3/7586	6933	Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
Frau Marquardt (Vorsitzende des Petitionsausschusses)	6933	Drucksache 3/7641	6939
6. Beschlüsse zu Petitionen		Dr. Ehler (CDU)	6939
Übersicht 12 des Petitionsausschusses		Domres (PDS)	6940
Drucksache 3/7587	6934	Dellmann (SPD)	6941
7. Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16.12.1999 (BGBl. I S. 2432)		Schuldt (DVU)	6942
Antrag der Fraktion der DVU		Minister für Wirtschaft Junghanns	6943
Drucksache 3/7618	6934	Anlagen	
Frau Hesselbarth (DVU)	6934	Gefasster Beschluss	6945
Frau Hesselbarth (DVU)	6935	Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7 - Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16.12.1999 (BGBl. I S. 2432) - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 3/7618	6945
		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8 - Umbau und Sanierung des Landtagsgebäudes „Am Havelblick 8“ - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 3/7631	6945
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einen schönen guten Morgen! Mit der Einladung ist Ihnen der Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Gibt es Ihrerseits Anmerkungen zu diesem Entwurf? - Frau Osten, bitte sehr.

Frau Osten (PDS):

Es gibt einen Antrag der PDS-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 3, in dem es um die 2. Lesung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes geht, heute von der Tagesordnung zu streichen, weil dieser Gesetzentwurf mit Beschluss des Landtages von vorgestern an den Ausschuss überwiesen wurde, um eine Anhörung durchführen zu können. Die Ladungsfrist war sehr kurz. Die Anzuhörenden konnten den Termin nicht wahrnehmen. Wir wissen aber, dass gemäß § 72 des Landesbeamtengesetzes die Pflicht besteht, die Spitzenverbände einzubeziehen.

Deshalb beantragt die PDS-Fraktion, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen mit den Optionen, dass erstens der Ausschuss damit die Gelegenheit erhält, die Anhörung noch durchzuführen, zweitens dieser Tagesordnungspunkt in der 100. Sitzung behandelt wird und wir uns drittens auf die Redezeitvariante 1 verständigen.

Präsident Dr. Knoblich:

Und viertens hatten wir uns verständigt, keine 3. Lesung durchzuführen.

Frau Osten (PDS):

Wenn wir die 2. Lesung in der 100. Sitzung behandeln und dann diese von uns eingeforderte Pflicht erfüllt ist, ergibt sich das. Sie haben Recht, Herr Präsident.

Präsident Dr. Knoblich:

Wunderbar. Gibt es weitere Anmerkungen? - Dann bin ich an der Reihe. Die Behandlung der im Entwurf der Tagesordnung unter den Punkten 4, 5 und 7 aufgeführten 2. Lesungen erübrigt sich, weil die Gesetze in 1. Lesung abgelehnt worden sind.

Unter Tagesordnungspunkt 9 soll der Jahresbericht des Petitionsausschusses gemäß § 12 PetG, Drucksache 3/7586, ohne Debatte zur Kenntnis genommen werden, wobei die Vorsitzende des Petitionsausschusses um Gelegenheit gebeten hat, in ca. fünf Minuten einen kurzen Bericht zu erstatten - wie unter den Parlamentarischen Geschäftsführern verabredet. Ich kann dem Vorhaben meinerseits Unterstützung versprechen.

Gibt es weitere Bemerkungen? - Dann bitte ich um Ihr zustimmendes Handzeichen, um entsprechend den vorgetragenen Änderungsvorschlägen verfahren zu können. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies geklärt.

Bezüglich der Abwesenheitserklärungen werden wir im Einzelfall zur Kenntnis nehmen, wann wer nicht hier ist. Für den Fall, dass Sie die Informationen wünschen, würde ich es auch vortragen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

Drucksache 3/7604

Das Wort geht an die Abgeordnete Redepenning, die Gelegenheit hat, die **Frage 2146** (Bildungsauftrag in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung) zu formulieren. Bitte schön.

Frau Redepenning (SPD):

Erziehung, Bildung und Betreuung sind nach dem geltenden Kindertagesstättengesetz gleichrangige Aufgaben der Kindertagesbetreuung. In den Kindertagesstätten sollen die Grundlagen für die Förderung angemessener Bildungsmöglichkeiten gelegt und die Ressourcen kindlicher Neugierde ausgeschöpft werden.

Im Rahmen des Bildungsauftrages sind die individuellen Bildungsmöglichkeiten und Kompetenzen gezielt zu fördern, die kindlichen Lerninteressen altersgerecht zu wecken und die Basis einer ethisch fundierten Werteerziehung zu entwickeln.

Die Jugendministerkonferenz hat am 15. Mai dieses Jahres einen „Gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ beschlossen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es umso dringlicher, die Bildungs- und Erziehungsaufgaben zu intensivieren und entsprechende Prioritäten in der Landespolitik zu setzen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift sie, um die Erfüllung des Bildungsauftrages in der Kindertagesstättenbetreuung zu verbessern?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Alle Kinder sind geborene Lerner. Wir wissen: Auf den Anfang kommt es an. Die Erfahrungen, die Kinder mit dem Lernen im Kindergarten sammeln, sind für ein ganzes Leben prägend. Die Hirnphysiologen sagen uns: Das wichtigste Hirnwachstum findet bei den Drei- bis Sechsjährigen statt und die Synapsenverschaltung im Hirn wird in dieser Zeit organisiert.

Deshalb haben wir uns in den letzten fünf Jahren sehr intensiv bemüht, gerade diesen Anfang zu stärken und optimale Konditionen für das Wachsen und die kindliche Bildung zu organisieren. Ich kann hier wegen der kurzen Redezeit nur beispielhaft auf einige der Maßnahmen eingehen, über die wir im Ausschuss auch informiert haben. Aber gerade in den letzten Wochen ist noch einmal einiges Wichtige hinzugekommen.

Wir haben begonnen, indem wir mit einem Modellprojekt zum Bildungsauftrag von Kindertagesstätten den Bildungsauftrag in den Kindertagesstätten wieder gestärkt haben. Herausgekommen ist ein wichtiges Buch „Forscher, Künstler, Konstrukteure“, was mittlerweile auch deutschlandweit in den Kindertagesstätten gelesen wird und Impulse gegeben hat, weil wir den

Kindergartenerzieherinnen deutlich machen wollten, dass es vor allem um Selbstbildungsprozesse geht.

(Zustimmendes Klopfen des Abgeordneten Dr. Wiebke [SPD])

Es geht nicht darum, dass wir den Kindern im Kindergarten einen Trichter ins Ohr bringen und ihnen Wissen eintrichtern, sondern sie selbst sind die Organisatoren ihrer Bildungsprozesse. Das muss früh beginnen, weil es dann ein ganzes Leben lang fortgesetzt werden kann.

Ich habe, um das, was wir hier in Brandenburg erreicht haben, auch national zu verabreden, eine nationale bzw. bundesweite Verabredung organisiert. Bayern und Brandenburg haben das Papier erarbeitet. Wir haben es in Ludwigsburg im Jahre 2003 beschlossen, im Jahr 2004 ist es von der Jugendministerkonferenz verabschiedet und auf unsere Anregung hin auch in der Kultusministerkonferenz diskutiert und beschlossen worden.

Insofern gibt es erstmals für die Umsetzung des Bildungsauftrages in den Kindertagesstätten eine nationale Verabredung, die von Jugendminister- und Kultusministerkonferenz gemeinsam beschlossen worden ist.

Wir in Brandenburg haben mit dem, was wir mit den Wohlfahrtsverbänden, aber auch mit dem Städte- und Gemeindebund und dem Landkreistag erarbeitet haben, einen Rahmen geschaffen, in dem die Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten in Brandenburg jetzt stattfinden kann und wird. Sie ist ergänzt worden um eine Zusammenfassung dessen, was in den konfessionellen Kindertagesstätten als Bildungsarbeit über die sieben Grundsatzbereiche hinaus gemacht wird, vom mathematisch-naturwissenschaftlichen Lernen über das Sportliche, Musische usw.

In der nächsten Legislaturperiode haben wir weitere Dinge zu tun. Dann ist die Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschulen besser zu organisieren. Das bundesweite Gespräch, das wir mit der Tagung „Ponte“ jetzt in der saarländischen Landesvertretung begonnen haben, ist Ausdruck dafür, dass wir eine Brücke zwischen Kindergarten und Grundschule schlagen, auch frühere Einschulung möglichst individuell organisieren wollen und in einem intensiven Gespräch mit der Fachhochschule in Potsdam organisieren wollen, dass zumindest einige Kindergärtnerinnen in Zukunft auch eine Fachhochschulausbildung erhalten können.

Sie sehen: Es ist viel gelungen in dieser Legislaturperiode; aber da dies über viele Jahrzehnte ein Stiefkind in Deutschland gewesen ist, werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode noch einiges zu tun haben, um das, was im Europäischen Benchmarking notwendig ist, auch in Brandenburg, ja in ganz Deutschland, zu organisieren.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Hartfelder, bitte.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Minister, wir sind uns sicher einig, dass am Ende der Kindergartenzeit die Schulfähigkeit als Entwicklungsziel stehen

soll. Wie werden in den Unterlagen die Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Erreichung der Schulfähigkeit definiert?

Minister Reiche:

Frau Kollegin Hartfelder, es geht nicht nur um die Schulfähigkeit, sondern auch darum, dass die Schule kindfähig sein muss. Das hat sie in den letzten Jahren in beeindruckenden Entwicklungsprozessen geschafft, auch mithilfe der flexiblen Eingangsstufe. Wir haben in den letzten Jahren klar erarbeitet, welches die Grenzsteine sind. Mit den Grenzsteinen wird in den meisten Kindertagesstätten gearbeitet. Insofern gibt es klare Definitionen - neudeutsch sagt man „Milestones“ -, um genau zu beschreiben, welche Schritte gegangen werden müssen, damit das Kind gut auf die Schule vorbereitet ist.

Mir geht es darum, dass wir in den nächsten Jahren die Voraussetzungen schaffen, dass Kinder zu ihrem fünften Geburtstag geschenkt bekommen können, in die Schule gehen zu dürfen, sich die Schule gut auf diese Kinder vorbereitet hat und diese dann nicht wie beim Militär zu einem bestimmten Zeitpunkt „eingezogen“ werden, also im August - denn das Ergebnis ist dann immer, dass völlig ungleich entwickelte Kinder gleichzeitig eingeschult werden -, sondern dass wir kontinuierlich individuell, wenn die Schulfähigkeit und der Wille, in die Schule zu gehen, erreicht sind, entscheiden. Das sind ganz unterschiedliche Zeitpunkte. Wir haben gerade jetzt bei den Überprüfungen für die Aufnahme in die evangelische Grundschule, die in Kleinmachnow eröffnet wird, festgestellt, dass über die Hälfte der Kinder Früheinschuler sind, dass heißt lange vor dem von uns vorgesehenen Zeitpunkt die Schulfähigkeit und den Willen, in die Schule zu gehen, erreicht hat. Diesen Prozess gilt es überall zu stärken.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen zur **Frage 2147** (Osteuropazentrum), gestellt vom Abgeordneten Karney.

Karney (CDU):

Presseberichten war zu entnehmen, dass für das ursprünglich von der Bundesregierung geplante „Mittel- und Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur“, für das sich die Städte Frankfurt (Oder) und Leipzig beworben haben, derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Kenntnisse hat sie über die Planungen der Bundesregierung zur Realisierung des „Mittel- und Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur“?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Abgeordneter Karney, die Fragen des Aufgabenprofils aber auch der Ausstattung und des Sitzes dieses Zentrums sind nach unseren Informationen weiterhin offen. Zwei Städte sind in den Endausscheid gekommen. Entscheidungen sind bis dato nicht gefallen. Mehr dazu kann ich Ihnen derzeit nicht sagen.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Damit kommen wir zur **Frage 2148** (Prävention gegen rechtsextremistische Einstellungen und Gewalttaten), gestellt von Frau Kaiser-Nicht.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Der kürzlich veröffentlichte Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2003 belegt, dass Brandenburg - ich zitiere - „insbesondere mit rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ... nach wie vor stark belastet ist. Sie haben noch einmal zugenommen.“

Innenminister Schönbohm verwies in dem Zusammenhang auf die hohe Zahl junger Gewalttäter, die erstmals straffällig wurden. Diese machten im vergangenen Jahr mehr als 84 % der rechtsextremen Gewalttäter aus. Die CDU beilte sich, die Verantwortung dafür dem Bildungsminister und den Schulen zuzuschreiben, indem sie diesen komplettes Versagen vorwarf. Immerhin sind erfahrenen Trägern von Präventionsprojekten seit Jahren immer weniger Mittel zugegangen.

Angesichts dieser vorliegenden Erkenntnisse führt es zur Verwunderung, dass das Innenministerium sich aktuell in demselben Zusammenhang für die Einführung der automatischen Fahrzeugererkennung einsetzt, die Landesregierung gleichzeitig jedoch die Haushaltsmittel für das Projekt „Zeitzeugen des Holocaust in brandenburgischen Schulen“ bei den Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen streicht und die Summe der Zuweisungen für die Gedenkstättenfahrten zum Schuljahresende derart zusammenstrich, dass kaum die Hälfte der vorbereiteten Gruppen die Fahrt auch antreten kann.

Ich frage die Landesregierung: Wie begründet sie die Kürzungen im Bereich der Prävention gegenüber rassistischen und rechtsextremen Einstellungen im Land Brandenburg angesichts des vorliegenden Verfassungsschutzberichts?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte gerade wegen Ihrer Zusatzfrage, Frau Kaiser-Nicht, sagen: In dieser Frage stehen Schönbohm und Reiche dicht beieinander, da passt auch kein Petke dazwischen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und rassistische Gewalt sind - darauf geht auch der Verfassungsschutzbericht ausführlich ein - ein nach wie vor bestehendes Problem im Land Brandenburg. Im Kontext der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts hat es Diskussionbeiträge gegeben, die insofern unerfreulich waren, als sie die Verantwortung für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einseitig der Schule zugeschoben haben. Diese Äußerungen standen ärgerlicherweise auch in einem deutlichen Kontrast zu der Linie, zu der sich die Landesregierung mit dem von Kollegen Schönbohm und mir gemeinsam vorgestellten Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ bekennt. Sie ist dadurch gekenn-

zeichnet, dass präventive und repressive Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ineinander greifen und aufeinander abgestimmt werden. Sie ist außerdem dadurch gekennzeichnet, dass die Komplexität der Ursachen für diese Entwicklung erkannt wird und alle Ressorts ihren Beitrag zur Auseinandersetzung liefern. Wir haben erst neulich in einer gemeinsamen Veranstaltung für alle Jugendämter des Landes die neuen Verabredungen auch im Rahmen des Jugendschutzgesetzes gemeinsam erklärt und auch an dieser Stelle deutlich gemacht: Wir sind hier in einer gemeinsamen Verantwortung - ressortübergreifend.

Bezüglich dieser Frage werden auch Kürzungen thematisiert, die wir in einigen Bereichen der präventiven Arbeit aufgrund der bekannten Haushaltslage vornehmen mussten. Dazu möchte ich zunächst folgenden Hinweis grundsätzlicher Art geben: Der Konsolidierungsdruck erlaubt es grundsätzlich nicht, einzelne Bereiche herauszunehmen. Deshalb mussten auch die Ansätze für präventive Arbeit im Landeshaushalt gegenüber 2003 reduziert werden. Dennoch ist es gelungen, die Grundstrukturen der präventiven Arbeit im Land aufrechtzuerhalten.

Die im vergangenen Jahr entwickelten Büros für Integration und Toleranz, sechs an der Zahl, in denen die mobilen Beratungsteams und die Niederlassungen der RAA zusammengeführt wurden, sind in ihrem Bestand gesichert. Sie können heute im Grunde eine bessere Arbeit leisten, weil sie besser aufgestellt und organisiert sind. In diesem Zusammenhang ist es sogar gelungen, ein weiteres, zusätzliches Beratungsteam zu schaffen, nämlich im Schulamtsbereich Wunsdorf, sodass wir jetzt Kapazitäten für sechs Regionen bzw. für alle Schulamtsbereiche haben.

Auch ist die Finanzierung der RAA insgesamt gesichert worden. Für das Zeitzeugenprogramm stehen in diesem Jahr leider nur rund 3 500 Euro zur Verfügung, was im Vergleich mit dem vergangenen Jahr eine Reduzierung um etwas mehr als 50 % bedeutet. Gegenwärtig wird das Zeitzeugenprogramm in Kooperation mit den 14 Gedenkstättenlehrern des Landes und der RAA neu konzipiert und organisiert. Die 14 Gedenkstättenlehrer, Frau Kaiser-Nicht, sind von mir in dieser Legislaturperiode überhaupt als Beitrag von Schule zu diesen Fragen gesichert und organisiert worden. Das heißt, aus den Stellen für Schule haben wir diese Stellen, zumindest partiell, herausgeschnitten, diesen Lehrern zwischen fünf und 15 Abminderungsstunden gegeben, damit sie diese wichtige Arbeit in den Gedenkstätten des Landes, übrigens auch für die Gedenkstätten nicht nur der Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch der Zeit danach, also der Zeit der Opfer des Stalinismus, in Ketschendorf und anderen Orten, mit betreuen. Die Vermittlung und Durchführung von Zeitzeugenbesuchen soll künftig durch die Gedenkstättenlehrer und die Mitarbeiter der RAA gemeinsam bearbeitet werden. Ich meine, diese Zusammenarbeit wird es ermöglichen, die Kosten erheblich zu senken und auf dieser Basis das Zeitzeugenprogramm in den Schulen fortzuführen.

Für Gedenkstättenprojekte und Gedenkstättenfahrten standen 2003 rund 30 000 Euro zur Verfügung. 2004 sind es etwas weniger: rund 25 000 Euro. Die Kürzung der Mittel ist damit erheblich weniger dramatisch, als in Ihrer mündlichen Anfrage dargestellt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass wir zwar Kürzungen bei der Bezuschussung von Projekten vornehmen mussten,

dass aber das Zeitzeugenprogramm und die Unterstützung von Gedenkstättenprojekten weiterlaufen können und die Grundstrukturen der präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg auch in Zukunft gesichert sind. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Minister, ich habe zu Ihrer Antwort zwei Nachfragen. Können Sie etwas zur Situation der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen in Strausberg sagen? Kann diese erhalten bleiben und finanziert werden? Denn nach den letzten Plänen sollte es nicht mehr so sein.

Meine zweite Frage: Ich erkenne Ihre Bemühungen auf diesem Gebiet an und wir ziehen da auch am gleichen Strang, aber meinen Sie nicht, dass das Projekt „Zeitzeugen in brandenburgischen Schulen“ und die Gedenkstättenfahrten wirklich für alle Schüler unverzichtbar sind und in Zukunft auch überall gesichert und planbar angeboten werden sollten?

Minister Reiche:

Das wäre mir genauso wichtig wie Ihnen. Wenn wir dafür im Landeshaushalt 2005 Mittel zur Verfügung stellen könnten, dann wäre diese berechnete Forderung besser umsetzbar. Wir haben genügend Einrichtungen im Land. Aber ich stimme zu: Es gibt gute Gründe, an einen der dunkelsten Orte der Geschichte der Menschheit überhaupt, nämlich nach Auschwitz, zu fahren.

Ich habe über meine Wahlkreismitarbeiter für Schulen auch immer wieder mitgeholfen, derartige Fahrten zu organisieren. Ich weiß, dass viele von Ihnen das in ähnlicher und vergleichbarer Weise getan haben.

Zu der Frage in Bezug auf Strausberg: Mir ging es darum, für jeden Schulamtsbereich eine Stelle zu organisieren. Da sich der eine Kollege entschlossen hat, andernorts tätig zu werden, der zweite Kollege aus Strausberg in den Ruhestand geht, ist von der Leitung in Frankfurt zu entscheiden, ob sie mit einem Gedenkstättenlehrer in geeigneter Form die bisherige Arbeit in Strausberg fortführt oder fallen lässt. Das weitere Vorgehen ist mit dem Bürgermeister von Strausberg abzustimmen.

Präsident Dr. Knoblich:

Jetzt hat der Abgeordnete Nonninger Gelegenheit, seine **Frage 2149** (Personal-Service-Agenturen in Brandenburg ein Flop?) zu formulieren.

Nonninger (DVU):

Presseberichten zufolge war ein zentrales Element der so genannten Hartz-Reform die Personal-Service-Agentur. Zumindest im Landkreis Oberhavel erwies sich diese als ein Flop. Der Betreiber dieser PSA ging Pleite. Auch eine weitere PSA, die besonders für arbeitslose Jugendliche gedacht war, wurde vom Betreiber gekündigt.

Ich frage die Landesregierung: Wie gestaltet sich nach Ihrer Erkenntnis die Umsetzung dieses Bestandteils der Hartz-Reform in anderen Landkreisen und in den kreisfreien Städten?

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Staatssekretärin Schlüter.

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Schlüter:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt gute und weniger gute PSA so wie es gute und weniger gute Betreiber und gute und weniger gute Unternehmen gibt. Von einem Flop, wie es in der Überschrift zu lesen ist, würde ich allerdings nicht reden und schon gar nicht nach der relativ kurzen Zeit, in der das Instrument jetzt läuft.

Allerdings - das sollte man auch gar nicht beschönigen und das bestätigt unsere Einschätzung - werden vermutlich nicht alle Hartz-Vorschläge bei uns in strukturschwachen Gebieten und schon gar nicht sofort der große Renner sein.

Die PSA laufen in Brandenburg an, die Mai-Zahlen zeigen das. In den verschiedenen Arbeitsagenturen sieht es unterschiedlich aus. In Cottbus gibt es zehn PSA mit 550 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, in Eberswalde drei mit fast 140, in Frankfurt (Oder) sechs mit über 200, in Potsdam sechs mit knapp 180 und in Neuruppin zwei mit knapp 60. Das sind die aktuellen Zahlen. Es waren schon mehr bzw. sind auch wieder welche ausgeschieden und in Arbeit integriert.

Herr Abgeordneter, eine andere Sache am Rande. Ich freue mich über Ihr großes Interesse an diesem Instrument der Arbeitsmarktpolitik, das allerdings - wie Sie ja merken - allein von den Arbeitsagenturen umgesetzt wird. Deshalb liegen uns auch nur Zahlen über die Arbeitsagenturbezirke vor und nicht für die Landkreise und kreisfreien Städte. Wenn Sie in Zukunft ganz schnell an die Zahlen kommen und nicht den Umweg über den Landtag machen wollen, kann ich Ihnen nur empfehlen, das direkt bei der Bundesagentur abzufragen oder im Internet nachzugucken. Das hilft einem sehr schnell weiter. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Abgeordnete Dr. Schröder zur Formulierung ihrer **Frage 2150** (OptoMed AG - Vorzeigeunternehmen für den Medizinstandort Brandenburg).

Frau Dr. Schröder (SPD): *

Das Wirtschaftsministerium des Landes hat am 25. Februar 2004 die Zusage erteilt, im Rahmen eines Fremdinvestorenvergleichs ein Darlehen von 500 000 Euro an die OptoMed AG zu gewähren, wenn Fremdinvestoren ebenfalls diese Summe aufbringen. Die OptoMed AG hat die geforderten Darlehen durch Fremdinvestoren nachgewiesen, erhielt dann am 12. März aber die Nachricht, dass das ursprünglich durch das Wirtschaftsministerium zugesagte Darlehen nicht gegeben wird. Hierdurch ist die OptoMed AG in ihrer Existenz bedroht. In der Stellungnahme, die anlässlich meiner darauf bezogenen Kleinen Anfra-

ge 2781 durch den Minister für Wirtschaft von der Zukunfts-Agentur Brandenburg (ZAB) eingeholt wurde, heißt es:

„Aus technologischer Sicht ist die OptoMed AG eines der Vorzeigeunternehmen für den Medizinstandort Brandenburg. Insbesondere für die Region Wildau ist OptoMed ein wichtiger Anker für die angestrebte Profilierung zu einem Kompetenzzentrum der modernen Medizintechnik. Im Jahre 2003 stieg die Mitarbeiterzahl von sechs auf 20 an und es wurden zusätzliche Räumlichkeiten im TGZ Wildau angemietet, um die Fertigung und Produktion der Geräte durchführen zu können. Ein Scheitern der OptoMed könnte aufgrund des hohen Bekanntheitsgrades (zahlreiche Berichte in TV und Printmedien) zu einem Imageverlust für den Technologiestandort Brandenburg führen.“

Ich frage daher die Landesregierung: Teilt der Minister für Wirtschaft die Einschätzung der ZukunftsAgentur Brandenburg?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Junghanns, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, meine Antwort lautet: Nein.

Sie haben das Fazit der ZukunftsAgentur Brandenburg in der Stellungnahme vollständig und richtig wiedergegeben. Ich selbst habe dem Unternehmen die Stellungnahme, aus der Sie zitieren, im Rahmen eines Akteneinsichtersuchens zur Verfügung gestellt. Die OptoMed AG ist aus technologischer Sicht ein Vorzeigeunternehmen. Eine gute Technologie allein ist aber, wie dieser Vorgang zeigt, kein Garant für eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit. Dies haben wir bei der Bewertung der Vorgänge und bei der Positionierung zu diesen Vorgängen in jeder Phase ausdrücklich bei allen Beteiligten berücksichtigt.

Zu den Auswirkungen auf den Standort Brandenburg im Falle eines Scheiterns habe ich im Rahmen der von Ihnen erwähnten Anfrage 2781 zur Frage 9 Stellung genommen.

Natürlich ist jedes Scheitern eines Technologieunternehmens ein Schlag ins Kontor. Sie können davon ausgehen, dass meine Sicht auf die Dinge sehr differenziert ist, um sicherzustellen, dass so etwas nicht geschieht. Die Vorgänge im Einzelnen lassen aber zu diesem Zeitpunkt keine veränderte Positionierung zu. Im Übrigen liegt die Sache jetzt beim Bundesgerichtshof.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf.

Frau Dr. Schröder (SPD): *

Herr Minister, wenn Sie sagen, dass Sie diese Einschätzung in jeder Phase berücksichtigt hätten, können Sie mir dann erklären, auf welchen objektiven Grundlagen in Ihrem Haus die Darlehenszusage am 25. Februar gegeben werden konnte, wenn Sie doch diese Einschätzung haben, die Sie heute vertre-

ten? Auf welcher objektiven Grundlage wurde dann diese Darlehenszusage zurückgezogen? Das passt für mich nicht zusammen.

Minister Junghanns:

Frau Dr. Schröder, ich bitte um Verständnis dafür, dass ich die unternehmerischen Abwägungen, die wir im Kontext mit der Finanzierungsmöglichkeit dieses Unternehmens zu Rate gezogen und zur Grundlage unserer Entscheidung gemacht haben, hier nicht darstellen kann.

Ich glaube, das ist auch ein Stück Rücksichtnahme auf die unternehmerischen Interessen, die ich dabei stets im Auge habe.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir Gäste aus der Republik Jemen. Es handelt sich um Herrn Abu Ras. Er ist Minister für lokale Verwaltung der Republik Jemen. Er leitet die Delegation, zu der weiterhin Herr Al-Rubaie, Frau Al-Hureibi und Herr Al-Fahd gehören. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir werden nachher ein Gespräch über die Dezentralisierung von Aufgaben und deren Übertragung an lokale Institutionen führen. Die Erfahrungen, die Brandenburg dabei in den letzten 15 Jahren gemacht hat, sind interessant genug, als dass die Gäste der Bundesrepublik diese Gespräche hier bei uns führen.

Wir kommen zur **Frage 2151** (Ortsdurchfahrt Wendisch Rietz im Landkreis Oder-Spree), gestellt vom Abgeordneten Karney.

Karney (CDU):

Seit mehreren Jahren ist der Ort Wendisch Rietz staatlich anerkannter Erholungsort. Von der Straßenbauverwaltung wurde als Baubeginn für die dringend sanierungsbedürftige Ortsumgehung der Zeitraum 2000/2001 benannt. Trotz mehrjähriger Überschreitens des ursprünglich in Aussicht gestellten Termins ist bisher diesbezüglich noch nichts geschehen.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Für welchen Zeitraum ist der Baubeginn für die Ortsumgehung Wendisch Rietz geplant?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Szymanski, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Karney, eine Ortsumgehung für Wendisch Rietz war weder geplant noch vorgesehen. Ich gehe deshalb davon aus, dass sich diese Anfrage auf die Landesstraße 412, die Ortsdurchfahrt Wendisch Rietz, bezieht. Aber auch hierfür kann ich Ihnen einen Ausbau in absehbarer Zeit leider nicht in Aussicht stellen. Der Grund dafür sind die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel für den Landesstraßenbau.

Hier war es erforderlich, Prioritäten zu setzen. Oberste Priorität

hat die zügige und sichere Erreichbarkeit aller Regionen des Landes durch ein ausgewähltes und finanzierbares Straßennetz. Dem wird entsprochen. Wir haben ein Leistungsnetz mit den Bundesautobahnen und wichtigen Bundesstraßen, das Grundnetz mit den übrigen Bundesstraßen und den wichtigen Landesstraßen sowie das grüne Netz der übrigen Landesstraßen definiert.

Im Bereich der Scharmützelseeregion war es erforderlich, die beiden in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Straßenzüge der L 35 und der L 412 jeweils einem Netz zuzuordnen; das ist Ihnen auch bekannt. Die L 412, zu der auch die Ortsdurchfahrt Wendisch Rietz gehört, dient vorrangig der Erschließung innerhalb der Region und wurde demzufolge dem grünen Netz zugeordnet. Hierbei müssen aus den genannten finanziellen Gründen leider Abstriche am Ausbaustandard der Straßen gemacht werden. Priorität haben die Sicherung der Befahrbarkeit und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit. Die entsprechenden Arbeiten werden auch kontinuierlich weitergeführt. - Ich bitte um Verständnis.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Stobrawa, bitte.

Frau Stobrawa (PDS):

Herr Minister, genau darauf bezieht sich meine Frage, wenn Sie davon sprechen, dass es um Sicherungsaufgaben geht. Neben der hier gestellten Frage sind natürlich auch die Probleme in Bad Saarow, Petersdorf, Neu Golm oder Diensdorf betroffen. Vor allen Dingen die fehlenden Radwege haben in den letzten Monaten und Tagen dazu geführt, dass Schülerinnen und Schüler auf sehr unwegsamen Straßen in ihre neuen Schulen kommen müssen, weil Schulstandorte geschlossen worden sind. Deshalb frage ich, ob in dieser Richtung an eine erneute Prioritätenverschiebung gedacht ist, um vor allen Dingen hier Sicherheit schaffen zu können.

Minister Szymanski:

Gerade die Problematik der Sicherung der Radwege, die als Schulwege dienen, nehmen wir sehr ernst. Wir haben deshalb beim Landesstraßenbau auch einen eigenen Haushaltstitel für Radwege definiert und dieses Geld damit ganz konkret für den Radwegbau gesichert. Das ist Ihnen sicherlich auch bekannt.

(Unruhe - Zurufe)

- Moment, bitte; dazu komme ich jetzt. - Darüber hinaus haben wir die Landkreise gebeten, uns verschiedene Netze und Prioritäten zu melden, damit wir jetzt eine Überarbeitung der Prioritätensetzung durchführen können. Darüber hinaus ist vielleicht auch bekannt, dass die Ressorts, die Radwege finanzieren, dies jetzt zudem in einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung unseres Hauses miteinander abstimmen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herzlichen Dank. - Damit sind wir bei **Frage 2152** (Neues Verkehrssicherheitsprogramm), gestellt von der Abgeordneten Tack. - Bitte, Frau Tack.

Frau Tack (PDS):

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr am 3. Juni 2004 hatte der Staatssekretär des Verkehrsministeriums angekündigt, dass am 8. Juni 2004 im Kabinett über das neue Verkehrssicherheitsprogramm des Landes Brandenburg entschieden würde. Damit hätte die Möglichkeit bestanden, sich noch im Juni in einer Landtagsdebatte mit dem neuen Programm auseinander zu setzen. Das Verkehrssicherheitsprogramm war jedoch für diese Kabinettsitzung nicht angemeldet worden.

In einer Debatte zur Verkehrssicherheit im Januar dieses Jahres hatte der Verkehrsminister aber zugesichert, dass dem Landtag das neue Verkehrssicherheitsprogramm noch im II. Quartal vorgelegt werde. Diese Zusage konnte offensichtlich nicht eingehalten werden. Damit - das will ich an dieser Stelle noch einmal feststellen - ist das Land Brandenburg das einzige Bundesland, das nicht über ein aktuelles Verkehrssicherheitsprogramm verfügt.

Ich frage die Landesregierung: Aus welchen Gründen hat sie ihre Ankündigungen nicht eingehalten?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Szymanski, bitte.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Tack, das von Ihnen angesprochene neue integrierte Verkehrssicherheitsprogramm für Brandenburg hat am Dienstag dieser Woche im Kabinett die Zustimmung erhalten. Wie dem Titel zu entnehmen ist, hat die Landesregierung die an der Verkehrssicherheitsarbeit beteiligten Verbände, Institutionen und Behörden von Anfang an einbezogen und sie integriert. Es gab Fachwerkstätten und wir haben das Forum für Verkehrssicherheit gegründet. Ich kann also hier auch mit ein wenig Stolz sagen, dass das vorliegende Verkehrssicherheitsprogramm auf der Grundlage eines breiten Konsenses entwickelt wurde. Das Verkehrssicherheitsprogramm wird daher der Verkehrssicherheitsarbeit neue Impulse verleihen und als Aktions- und Strategieplan für die nächsten Jahre Orientierungsfunktion besitzen.

Die dabei auch innerhalb der Landesregierung erforderlichen Abstimmungsprozesse haben zu einer leichten Verzögerung geführt, konkret um eine Woche. Dennoch wird die von mir getroffene Zusage eingehalten. Eine Vorstellung und Erörterung des Verkehrssicherheitsprogramms erfolgte am 3. Juni 2004 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landtages. Unmittelbar nach der Beschlussfassung durch das Kabinett am 15. Juni und somit - das war meine Zusage, Frau Tack - im II. Quartal erfolgte die Zuleitung des integrierten Verkehrssicherheitsprogramms an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

Präsident Dr. Knoblich:

Sie haben noch Fragen, Frau Tack.

Frau Tack (PDS):

Offensichtlich haben wir die Zusagen anders gewertet. In diesem Zusammenhang habe ich drei Fragen.

Erstens: Auf welchem Wege will die Landesregierung das Programm landesweit umsetzen und wie will sie das Parlament in Gänge dabei einbeziehen?

Zweitens: Da wir als Mitglieder des Ausschusses diese Unterlage schon lesen und zur Kenntnis nehmen konnten, erhebt sich die Frage: Warum hat sich die Landesregierung nicht, wie es beispielsweise andere europäische Länder tun, für das wirklich ehrgeizige Ziel „Null-Tote-Vision“ entschieden und dies mit entsprechenden Teilzielen untersetzt?

Drittens: Das Aktionsprogramm der EU weist als eine Zielstellung bis zum Jahr 2010 aus, innerhalb der EU die Unfallzahlen in Bezug auf Verkehrstote um 50 % zu senken. Warum bleibt die Landesregierung mit ihrem Programm weit dahinter zurück? - Vielen Dank.

Minister Szymanski:

Frau Tack, Ziele sind mehr als Wünsche; dabei geht es um das Erreichbare und das Praktikable. Sie wissen, dass diese Diskussion des Benchmarking auch in dem Forum Verkehrssicherheit geführt wurde und dass es einen breiten Konsens gegeben hat, die Zielsetzung von 5 % zu definieren. Darüber hinaus gibt es auch Bewertungen, die einschätzen, dass diese Zielsetzung eine sehr ambitionierte sei. Natürlich wollen wir in den nächsten Jahren mindestens 5 % weniger tödlich Verunglückte und weniger Unfälle mit Personenschaden haben.

Es wird auch an uns liegen, wie wir gemeinsam - damit leite ich zur Beantwortung der ersten Frage über - diesen Strategie- und Aktionsplan, dieses Verkehrssicherheitsprogramm umsetzen. Sie wissen, dass es einen auch thematisch strukturierten Fahrplan gibt, wie wir im Verkehrssicherheitsforum mit allen Beteiligten zusammenarbeiten werden. Die Fortschreibung und die Umsetzung dieses Programms liegt in unseren Händen. Jeder Unfall ist ein Unfall zu viel. Deswegen bitte ich darum, dass wir alle sehr aktiv und engagiert mitwirken.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Nun kommen wir zur **Frage 2154** (Schulden Fahrland), die ebenfalls von der Abgeordneten Tack gestellt wird.

Frau Tack (PDS):

Die Landeshauptstadt Potsdam bemüht sich seit längerem um eine definitive Zusage zur Unterstützung des Landes bei der Lösung des Problems der hohen Schulden der Gemeinde Fahrland. Es geht hier um 30 Millionen Euro. Dazu hat offensichtlich am 16. Juni 2004 ein Gespräch von Oberbürgermeister Jakobs mit Innenminister Schönbohm stattgefunden.

Ich frage die Landesregierung: Wie will sie die Stadt Potsdam konkret in Bezug auf die Schulden der Gemeinde Fahrland unterstützen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Tack, das von Ihnen angesprochene Gespräch hat stattgefunden. Es geht hier um einen Sachverhalt, der schon unglaublich ist, wenn man sich überlegt, wie die Schulden der Gemeinde Fahrland entstanden sind - die Verantwortung dafür lag unmittelbar vor Ort - und wie sie nicht abgebaut wurden, obwohl noch eine Wirtschaftsberatungsfirma eingeschaltet wurde, die zwar bezahlt worden ist, aber nicht das erwartete Ergebnis gebracht hat. Von daher kann die Landeshauptstadt Potsdam, nachdem die Gemeinde Fahrland eingemeindet wurde, mit diesen Schulden allein nicht fertig werden.

Ich habe daraufhin mit dem Oberbürgermeister Jakobs ein Gespräch geführt. Wie Sie wissen, gibt es bis zum Jahresende ein Moratorium, wobei das Innenministerium die Zinsen übernimmt. Wir werden aus dem Fonds für hochverschuldete Gemeinden, der gestern im Rahmen des FAG gegen Ihre Stimmen beschlossen wurde, Mittel nutzen, um zu helfen, auf der einen Seite die Zinsen zu bezahlen und auf der anderen Seite in eine Reduzierung der Schuldverpflichtung einzusteigen. Es ist vollkommen klar, dass die Stadt Potsdam ebenfalls einen Beitrag leisten muss. Die einzelnen Modalitäten werden im Augenblick erörtert.

Präsident Dr. Knoblich:

Vielen Dank. Es gibt noch eine Nachfrage von Frau Tack.

Frau Tack (PDS):

Ich habe zum besseren Verständnis noch zwei Nachfragen. Ich teile Ihre Auffassung, dass die Schulden auf unglaubliche Art und Weise zustande gekommen sind. Dennoch haften sie jetzt der Landeshauptstadt an. Ist die Landesregierung bereit, die von ihr zugesicherte Verantwortung im Hinblick auf die Gesamtsumme der Schulden wahrzunehmen, sodass die 30 Millionen Euro abgebaut werden können? Sie haben gerade davon gesprochen, Sie erwarteten eine anteilige Zahlung vonseiten der Stadt Potsdam. Wie werden sich diese Schulden auf die Genehmigung des Haushalts der Landeshauptstadt Potsdam in diesem Jahr auswirken und unter welchen Bedingungen wird es eine Haushaltsgenehmigung geben? Zu diesem Zeitpunkt werden ja die Schulden nicht abgebaut sein.

Minister Schönbohm:

Frau Kollegin, bei Ihrer Frage haben Sie vielleicht festgestellt, dass einige Ihrer Kollegen hier im Saal unruhig wurden. Es kann nicht darum gehen, dass die Kommunen das Geld verbalisieren und das Land für die Schulden aufkommt; so geht es nicht. Die Stadt Potsdam hat die Gemeinde Fahrland mit deren Schulden geerbt. Vollkommen klar ist auch, dass die Gemeinde Fahrland damit aus eigener Kraft nicht hätte fertig werden können. Daraufhin haben wir uns verpflichtet, zunächst die Zinszahlungen zu übernehmen. Jetzt verhandeln wir mit der Stadt Potsdam darüber, wie wir weiterhin damit umgehen. Aber das Land wird auf keinen Fall sagen - es geht hier ja auch um das Prinzip der Gerechtigkeit -, dass alle Schulden, die im kommunalen

Bereich gemacht wurden, vom Land übernommen werden. Das Land wird einen substanziellen Beitrag leisten; über diesen substanziellen Beitrag verhandeln wir im Augenblick. Ich habe mich mit dem Oberbürgermeister darauf verständigt, dass wir anstreben, für die nächsten drei Jahre zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Einzelheiten dazu sind jetzt Gegenstand der Gespräche zwischen dem Kämmerer und meinen Fachleuten.

Eines müssen wir in diesem Zusammenhang aber auch berücksichtigen: Die Spielregel lautet nicht, dass das Land immer dann hilft, wenn auf kommunaler Ebene grundlegende Fehler gemacht werden. In diesem Fall trug auch ein Landkreis Verantwortung. Dieses Thema wird uns in den nächsten Jahren noch intensiver beschäftigen, weil mittlerweile einige solcher Entwicklungen erkennbar sind, in denen rechtzeitig gegengesteuert werden muss. Ich habe dies mit den Landräten bereits besprochen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Domres hat noch eine Frage. Bitte sehr.

Domres (PDS):

Ich habe zwei Nachfragen. Erstens: Wurde eine Zeitschiene verabredet, bis wann eine Entscheidung zwischen dem Innenministerium und der Stadt Potsdam hinsichtlich einer wirklich substanziellen Entschuldung getroffen wird, was Fahrland angeht? Zweitens: Halten Sie es für angemessen, dass die Entschuldung aus dem Ausgleichsfonds genommen wird, da ja gerade diese Verschuldung ein Ergebnis der Gemeindegebietsreform ist? Wäre es nicht angebrachter, andere Möglichkeiten zu finden, als den Ausgleichsfonds in Anspruch zu nehmen?

Minister Schönbohm:

Herr Kollege Domres, diese Logik kann ich nun überhaupt nicht verstehen. Sie sagten, die Verschuldung der Gemeinde Fahrland sei durch die Gemeindegebietsreform entstanden.

(Domres [PDS]: Nein!)

- Doch, das haben Sie so formuliert.

(Widerspruch bei der PDS)

- Aha. Mit anderen Worten: Sie wären dafür, dass man die Gemeinden, die verschuldet sind, alleine lässt und ihnen sagt: Seht zu, wie ihr damit fertig werdet! Ist das Ihr Ansatz?

(Frau Tack [PDS]: Nein!)

- Ich habe Ihren Ansatz nicht verstanden.

Ich erkläre Ihnen die Situation noch einmal ganz langsam, damit es Ihnen verständlich wird: Wir haben eine Gemeinde Fahrland, die hoch verschuldet ist. Dieser Gemeinde Fahrland müsste geholfen werden, wenn sie eigenständig geblieben wäre. Sind Sie damit einverstanden? - Gut. Zweite Frage: Wenn diese Gemeinde Fahrland in die Stadt Potsdam eingegliedert wird, muss dann der Gemeinde Fahrland noch geholfen werden

oder nicht? Sie sagen Nein, ich sage Ja. Der Unterschied zwischen uns besteht also darin, wie wir damit umgehen.

(Widerspruch bei der PDS)

- Es tut mir Leid, für Ihre Frage kann ich nichts; für Ihre Frage können nur Sie etwas.

Diese Mittel werden aus dem Fonds bereitgestellt, den Sie abgelehnt haben; denn Sie haben das FAG abgelehnt. Wir machen nun etwas, was auch Sie wollen, und zwar mit den Mitteln, die Sie uns verweigert haben. Sie müssen uns einmal erklären, wie Sie es anders machen würden. Sie sagen uns: Hobelt bitte ein Brett, aber einen Hobel bekommt ihr nicht. - Wir werden dieses Brett hobeln; daran besteht kein Zweifel.

Nun zur Zeitschiene: Wir haben Zeit bis zum 31. Dezember 2004. Wir haben uns auf Grundelemente verständigt, die ich jetzt aber nicht hier im Landtag erörtern möchte. Diese Grundelemente wird jetzt der Oberbürgermeister mit seinen Mitarbeitern erörtern. Dann werden wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen, um diese Überschuldung zu reduzieren. Damit haben wir bis zum 31. Dezember Zeit. Für den Einstieg im Jahre 2005 werden wir zeitnah zu einer Entscheidung kommen, welche Möglichkeiten der Entschuldung es gibt, und wir werden uns dazu verpflichten, die Zinszahlungen für weitere drei Jahre zu übernehmen. Dabei wird es darum gehen, wie in diesem Zeitraum die Verschuldung der Gemeinde Fahrland abgebaut werden wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Wir kommen nun zur **Frage 2155** (610-Stellen-Programm), gestellt von Frau Große.

Frau Große (PDS):

In den vergangenen Jahren hat die Landesregierung mehrmals versucht, das 610-Stellen-Programm zu kürzen. Jugendverbände und -vereine fühlen sich verunsichert und in ihrer Planungsfähigkeit eingeschränkt, da es vor Ablauf der aktuellen Legislaturperiode keine Zusagen zur Weiterführung des Programms gibt.

Ich frage die Landesregierung: Wie sieht die aktuelle mittelfristige Planung des 610-Stellen-Programms aus?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Bei dem Programm zur Förderung von Personalkosten für sozialpädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit haben Kontinuität und Verlässlichkeit eine herausragende Bedeutung, da die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf Beziehungen und Vertrauen basiert. Wir haben das 610-Stellen-Programm gerade deshalb aufgelegt, um auf Dauer Fachleute zu gewinnen. Sie wissen, es ist ein bundesweit einmaliges Programm, das wir, wie be-

geschlossen wurde, bis zum Jahre 2005 ungekürzt fortsetzen werden.

Das Ziel dieses Programms kann nur erreicht werden, wenn die Rahmenbedingungen für die Fachkräfte nicht durch ungesicherte Finanzierung und befristete Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet sind. Die Landesregierung ist deshalb um eine möglichst langfristige Planungssicherheit bei der künftigen Ausgestaltung dieses Arbeitsbereichs der Jugendhilfe bemüht. Das galt für die vergangenen Jahre und dies gilt für die Zukunft fort. Das Programm zur Förderung von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugendarbeit gehört zu den stabilsten Elementen in der Jugendarbeit seit 1996.

Mit Ihrer Hilfe ist es mir auch für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 gelungen, dieses Programm ungekürzt fortzusetzen. Insofern ist Ihre Aussage, dass das Personalstellenprogramm in der Vergangenheit mehrmals gekürzt werden sollte, nicht zutreffend. Wie Sie sich erinnern werden, waren es auch im Herbst letzten Jahres das Anliegen und der jugendpolitische Wille des gesamten Landtags, eine unter den damaligen Sparvorgaben unausweichlich erscheinende Reduzierung zu verhindern und das Personalstellenprogramm auch in den Jahren 2004 und 2005 auf dem Niveau des Jahres 2003 fortzuführen. So ist das Personalstellenprogramm für 2005 bereits durch eine Verpflichtungsermächtigung abgesichert.

Ich gehe davon aus, dass der Landesjugendplan im Haushaltsjahr 2005 so ausgestaltet werden wird, dass das Programm im bisherigen Umfang fortgeführt werden kann. Ab 2006 allerdings wird dann zu beachten sein, dass sich der Rückgang der Zielgruppe der Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit aufgrund des Geburteneinbruchs Anfang der 90er Jahre auswirken wird und die Angebotsstruktur davon nicht unbeeinflusst bleiben kann. Klar ist insofern bereits jetzt, dass wir wegen der demographischen Veränderungen langfristig nicht von der Zahl der 610 Stellen als statischer und vorgegebener Größe ausgehen können. Über alles Weitere wird eine neue Landesregierung in verantwortungsvoller Fortführung der erfolgreichen Jugendpolitik der vergangenen Jahre zu entscheiden haben und hoffentlich gerade in Zeiten des Ausbaus des ganztagschulischen Angebots auch in diesem Bereich ein klares und deutliches Zeichen setzen.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Kaiser-Nicht, bitte.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Minister, angesichts der Tatsache, dass Kommunen und Träger jetzt schon extreme Schwierigkeiten haben, Personal- und Sachkosten kofinanzieren, frage ich Sie: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie planen, ab 2006 das 610-Stellen-Programm zurückzufahren?

Minister Reiche:

Das ist eine Fehlinterpretation. Ich habe darauf hingewiesen, dass ab 2006 der demographische Einbruch auch im Bereich der Jugendarbeit deutlich zu spüren sein wird und dass insofern eine neue Landesregierung sich - aus guten Gründen - die Frage stellen muss, ob sie angesichts der Haushaltssituation

dieses Programm ungekürzt fortsetzt oder ob sie das zum Anlass nimmt, hier eine Reduzierung vorzunehmen.

Gerade weil wir das ganztagschulische Angebot ausbauen wollen, hielte ich es für günstiger, das 610-Stellen-Programm nicht zu kürzen, weil wir Schulsozialarbeiter in großem Umfang brauchen. Insofern habe ich auf die Ambivalenz dieser schwierigen Frage hingewiesen.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Faderl, bitte.

Frau Faderl (PDS):

Danke, Herr Minister, für den letzten Satz. - Meine Frage lautet: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass zwar die Kinderzahl zurückgeht, aber, wie ich gestern auch in meiner Rede sagte, nicht gleichzeitig die Zahl der Betreuungsfälle, dass die Zahl der Betreuungsstunden und die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit den Eltern um Hilfe zur Erziehung bitten, steigt und dass aus diesem Grunde das 610-Stellen-Programm nicht gekürzt werden sollte?

Minister Reiche:

Ich sehe das genauso wie Sie. Wir haben in der Tat ein Problem, weniger mit Bildung, wie es von vielen Handwerksmeistern und anderen immer wieder gesagt wird, sondern wir haben ein massives Problem mit der Erziehung. Das stimmt leider. Denn noch nie hat eine Generation ihre Kinder so schlecht erzogen, wie das die Generation von uns beiden gemacht hat, weil wir im Vergleich zu den Generationen nach dem Krieg, die es nun wirklich schwerer hatten, Erziehung nicht in dieser Weise ernst genommen haben und weil gerade unsere Altersgenossen sich eher häufig im Mittelpunkt gesehen haben, als die Verantwortung für ihre Kinder wahrzunehmen. Deshalb haben wir ein wachsendes Problem damit, nicht nur bei der Betreuung, sondern auch bei der Förderung, solche Erziehungsdefizite auszugleichen.

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Domres, der Gelegenheit hat, seine **Frage 2156** (Hubschraubersonderlandeplatz am Regelkrankenhaus Perleberg) zu formulieren.

Domres (PDS):

Am 8. Mai 2000 erhielt die Kreiskrankenhaus Prignitz gGmbH vom Landesamt für Bauen, Wohnen, Verkehr und Straßenwesen die Genehmigung für die Anlage und den Betrieb eines Hubschraubersonderlandeplatzes für das Regelkrankenhaus in Perleberg. Danach war die Stationierung eines Rettungshubschraubers Gegenstand verschiedener parlamentarischer Anfragen. Entscheidungen bezüglich einer möglichen Stationierung konnten seinerzeit noch nicht getroffen werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie stellt sich der aktuelle Sachstand bezüglich einer Stationierung eines Rettungshubschraubers am Standort Regelkrankenhaus Perleberg dar?

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht erneut an die Staatssekretärin Schlüter.

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Schlüter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema ist schon fast eine unendliche Geschichte. Wir hatten es auch hier schon des Öfteren. Wie Sie aus verschiedenen Antworten wissen, soll die Luftrettungsstation gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern errichtet werden, was es nicht einfacher macht. Aber weil dort bestimmte Regionen in den für Luftrettung festgelegten Zeiten so nicht erreicht werden können und weil diese Regionen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg betreffen, müssen beide Länder handeln.

Erst hat das Einvernehmen der Kasse für die Betriebskosten gefehlt; das ist geklärt. Dann äußerte sich Mecklenburg-Vorpommern erst einmal gar nicht. Jetzt macht es eine belastbare Vorplanung zur Voraussetzung seiner Entscheidung. Diese Vorplanung hat der Kreis Prignitz ausgeschrieben. Sie wird voraussichtlich im September dieses Jahres vorliegen. Auf der Basis der dann bezifferbaren Gesamtkosten können wir endgültig - hoffentlich endgültig - über Finanzierung und Errichtung entscheiden, und zwar beide Länder.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf.

Domres (PDS):

Frau Staatssekretärin, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eine Entscheidung noch im Jahr 2004 erwarten?

Staatssekretärin Schlüter:

Ich wünsche sie mir - schon allein deshalb, dass ich nicht immer auf diese Frage antworten muss.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Abgeordnete Fechner zur Formulierung ihrer **Frage 2157** (Tätlicher Angriff auf Polizeibeamtin).

Frau Fechner (DVU):

Eine HIV-infizierte Afrikanerin hat in Neuruppin eine Polizistin gebissen. Die Asylbewerberin aus Kamerun hatte am 1. Juni 2004 die Ausländerbehörde in Neuruppin aufgesucht. Da sie nach rechtskräftigem Abschluss eines Asylverfahrens zwecks Abschiebung zur Festnahme ausgeschrieben war, verständigte die Ausländerbehörde umgehend die Polizei. Bei Eintreffen der Beamten versuchte die seit mehreren Jahren HIV-infizierte Beschuldigte, sich durch den Biss der Festnahme zu widersetzen. Noch ist nicht bekannt, ob sich die Polizistin mit dem AIDS-Virus infiziert hat.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Möglichkeiten will sie ergreifen, um Polizisten, aber auch Mitarbeiter der Ausländerbehörden in Zukunft wirksam vor solchen Übergriffen zu schützen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Fechner, am 1. Juni 2004 ist bei der Festnahme einer zur Abschiebung anstehenden, offenbar HIV-infizierten Ausländerin eine junge Polizistin durch Bisse verletzt und möglicherweise ebenfalls infiziert worden. Als ich davon erfahren habe, war ich im höchsten Maße betroffen. Ich habe mit dieser Beamtin telefoniert und ihr zugesichert, dass wir alles tun, um die notwendige ärztliche Versorgung und Unterstützung zu geben, weil dies eine schwierige Situation ist. Die Polizistin befindet sich jetzt in intensiver ärztlicher Behandlung und sie wird in den nächsten Wochen, den Wochen der Ungewissheit, auch seelsorgerisch betreut.

Ich muss sagen, diese Frau hat mich sehr beeindruckt, weil sie klar geäußert hat: Das ist geschehen, es war nicht vorhersehbar und das ist mein Berufsrisiko, also menschlich gesehen eine besondere Situation. Sie ist verheiratet und ihre Familie trägt dies gemeinsam mit.

Da weder die Ausländerbehörde noch die Polizei Kenntnis von einer etwaigen HIV-Infizierung hatten und eine solche auch nicht erhalten können, war die Einbeziehung einer HIV-Infektion in die vor jedem Polizeieinsatz erforderliche Gefahrenprognose nicht möglich. Eine Übermittlung personenbezogener Gesundheitsdaten von der Gesundheits- an die Ausländerbehörde und damit auch an die Polizei war in dem hier zugrunde liegenden Fall von der derzeitigen Rechtslage nicht erfasst. Polizistinnen und Polizisten müssen ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ausländerbehörden tagtäglich bei ihrer Arbeit mit unvorhersehbaren gefährlichen Situationen rechnen. Dennoch sind wir uns wohl einig, dass ein solcher Fall ein Sonderfall ist und wir gemeinsam alles tun sollten, damit ein derartiger sich nicht wiederholt.

Die Landesregierung ist deshalb entschlossen, die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zu ergreifen, damit zukünftig Informationen über HIV-Infizierungen an diejenigen Behörden fließen können, die auf diese Informationen in ihrer täglichen Arbeit insbesondere zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind. Ob hierzu eine Änderung von Bundesrecht erforderlich ist oder ob das Land in diesem Zusammenhang eigene Regelungen treffen kann, wird derzeit von den zuständigen Ministerien intensiv geprüft mit der Absicht, hier eine Verbesserung der jetzigen Lage zu erreichen.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf.

(Frau Fechner [DVU]: Meine Frage hat sich erledigt!)

Präsident Dr. Knoblich:

Wunderbar. Danke sehr. - Wir sind bei der **Frage 2158** (Entwicklung Bahnangebot in Brandenburg), gestellt von Herrn Domres, der dazu Gelegenheit hat, wenn er denn fertig würde mit dem Gespräch mit Herrn Trunschke.

Domres (PDS):

Wie den Medien zu entnehmen war, drohen dem Land Brandenburg erhebliche Einschnitte beim Bahnverkehr. Ab 2005

sollen zahlreiche Züge gestrichen und einige Regionalexpress-Strecken teilweise verkürzt werden. So wurde berichtet, dass einzelne Züge auf den Regionalexpresslinien 2, 4 und 6 gestrichen werden und auf der Linie 5 einige Züge nicht mehr auf der gesamten Strecke fahren sollen. Damit besteht die Gefahr, dass gerade der äußere Entwicklungsraum weiter abgehängt wird und sich die Erreichbarkeit wiederholt verschlechtert.

Ich frage die Landesregierung: Welche Informationen und Positionen hat sie zu den geplanten Einschnitten?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Szymanski, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Domres, die gesamte Fragestellung war ja schon am Mittwoch Thema. Ich habe dort ausgeführt, dass es im Jahr 2004 und auch im Jahr 2005 keine Abbestellungen ganzer Strecken geben wird. Es handelt sich um eine Kürzung, die nur im Jahr 2004 erfolgt ist. Die Kürzungen haben wir kompensiert, indem wir Baumaßnahmen gestreckt haben. Darüber hinaus haben auch Strecken, die wir im vergangenen Jahr abbestellt haben, zu dieser Compensation geführt. Wir befinden uns jetzt im ganz normalen üblichen Verfahren zum Fahrplan Dezember 2004 und für das gesamte Jahr 2005. Es wird natürlich geprüft, welche Strecken sehr gering ausgelastet sind. Und es wird geprüft, inwieweit Strecken so stark frequentiert sind, dass es zu einer Mehrung der Takte kommt. Das ist ein ganz normales übliches Verfahren.

Ihre Frage beantwortend: Wir wollen die Mobilität in der Fläche weiterhin sichern und entwickeln und wir werden in den Jahren 2004 und 2005 keine Abbestellungen von Strecken vornehmen.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf.

Domres (PDS):

Herr Minister, habe ich Sie erstens richtig verstanden, dass Sie davon ausgehen, dass es in den Jahren 2004 und 2005 keine Reduzierung von Angeboten auf den erwähnten Regionalexpresslinien gibt?

Die zweite Frage: Welche Konsequenzen haben die Sparvorschläge bei der Bahn AG zum Beispiel für den Prignitz-Express?

Minister Szymanski:

Ich gehe davon aus - ich wiederhole das jetzt wohl schon zum dritten Mal -, dass wir keine Strecken abbestellen werden, auch keine Teilstrecken. Es ist ein völlig üblicher normaler Prozess, dass Sie, wenn Sie nachts so gut wie keine Fahrgäste auf einer Strecke haben, diese abbestellen. Wir müssen verantwortungsvoll mit dem Geld umgehen und müssen dort, wo sich höhere Fahrgastzahlen entwickeln, auch entsprechend positiv reagieren.

Wichtig ist es, die Attraktivität dahin gehend zu erhöhen, dass die Übergangsstellen vom Schienen- zum übrigen öffentlichen Personennahverkehr so entwickelt werden, dass wir mehr Fahrgäste im öffentlichen Verkehr haben und vom Individualverkehr wegkommen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, könnten Sie gleich hier bleiben, um die **Frage 2159** (Geplante Einsparungen beim SPNV) zu beantworten? Ich glaube, sie hätte auch gleich mit in die Beantwortung der vorhergehenden Frage gepasst.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident, vielen Dank. Ich bin sehr überrascht, dass Sie mich noch aufrufen, aber meine Fragen sind beantwortet.

Präsident Dr. Knoblich:

Wunderbar. - Das hat eine ganz einfache Ursache. Meine Uhr läuft sehr präzise. Ich bin insofern etwas erfreut, als es, glaube ich, das erste Mal in 14 Jahren ist, dass wir alle auf dem Papier stehenden Fragen abgearbeitet haben, und das auch noch in einer vernünftigen Zeit.

(Allgemeiner Beifall)

Insofern ist der erste Haken am Ende einer Aufgabe nun gemacht.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 2:**

Aktuelle Stunde

Thema:

„Brandenburg auf dem Weg in die Zukunft - eine politische Bilanz über die 3. Wahlperiode“

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Das Wort erhält zunächst der Vorsitzende der SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Fritsch, bitte.

Fritsch (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Tag ist in der Tat ein besonderer, denn wir haben auch das erste Mal eine gemeinsame Aktuelle Stunde auf Antrag zweier Fraktionen. Das hat in der Öffentlichkeit Erstaunen hervorgerufen, aber ich halte es durchaus für richtig, zum Ende der Wahlperiode einmal zurückzuschauen und zu sehen: Was können wir denn für die Zukunft daraus lernen?

Als vor fünf Jahren der Koalitionsvertrag abgeschlossen wurde, lag der 18. Juni 2004 in weiter Zukunft. Viele haben sich damals gefragt, ob denn die Summe der Gemeinsamkeiten fünf Jahre lang reichen würde. Heute, am Ende der Wahlperiode, können wir feststellen: Die Summe der Gemeinsamkeiten hat gereicht bis dahin, dass wir gestern noch mit Zweidrittelmehrheit eine Verfassungsänderung beschließen konnten. Auch da

gab es ja „hoffnungsfrohe“ Spekulationen, es könne schief gehen. Dies ist nicht eingetreten.

Heute ist die Zukunft für uns die nächste Legislaturperiode. Die Zeit hat es nun einmal an sich, unaufhaltsam zu vergehen. Wir sind ja ständig auf dem Weg in die Zukunft. Insofern ist der Titel der Aktuellen Stunde heute nichts Besonderes. Die Frage, die sich stellt, ist aber: Wie kommen wir dahin, auf welchen Wegen und mit welchen Ergebnissen?

Wir benutzen in der Politik eine ganze Reihe von Instrumentarien, Prognosen, Hochrechnungen, Annahmen, Entwicklungsszenarien usw. Diese liegen dann häufig auch den Diskussionen und Debatten in den Ausschüssen und im Plenum zugrunde und führen zu Entscheidungen, die die Zukunft mitbestimmen. In den letzten Jahren war das besonders auffällig, auch in der praktischen Politik. Wir haben die demographische Entwicklung zu beobachten, wir haben das Seitz-Gutachten in die Hand bekommen, wir haben eine Klimastudie gelesen, wir haben den PISA-Test gehabt, Verkehrsprognosen, Stadt-Gemeinde-Entwicklung und vieles andere mehr. All das erlaubt uns einen, wenn auch möglicherweise etwas unscharfen, aber doch ausreichend sicheren Blick in die nähere Zukunft und, wenn es gut geht, auch in die mittlere Zukunft.

Trotzdem können auf jedem Wege immer Ereignisse eintreten, die die Prognosen über den Haufen werfen, Annahmen ad absurdum führen und unsere Szenarien zu Makulatur werden lassen. Solche Ereignisse waren zum Beispiel der 11. September 2001 oder das Elbe-Hochwasser oder politische Entscheidungen des Bundes, die zu erheblichen Steuerausfällen in den Bundesländern führen, oder auch Gerichtsentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts oder des Europäischen Gerichtshofs.

Alle Konzepte, Prognosen und Strategien, die in die Zukunft führen, haben einen gemeinsamen Ausgangspunkt. Dieser gemeinsame Ausgangspunkt ist das Heute. Heute, das ist das gegenwärtige Brandenburg, so wie wir es vorfinden. Wer es nicht gut kennt oder falsch beschreibt, hat einen falschen Ausgangspunkt und wird einen falschen Weg gehen.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Was ich gestern hier an Beschreibungen von Brandenburg gehört habe, war nicht das Bild meines Landes. Egal, ob es beim Thema Sorben und Wenden oder beim Thema Kinder und Jugendliche war, das war eine Beschreibung einer Gegend, die man eigentlich nur so schnell wie möglich verlassen kann. Gerade das wollen wir ja nicht. Wir wollen ein reales Bild von Brandenburg mit ehrlichen Zahlen und Daten. Frau Ministerin Wanka hat sich gestern über die Falschdarstellungen hinreichend deutlich beschwert, zu Recht, glaube ich. Wir wollen ein Szenario von Brandenburg, in dem es sich auch in Zukunft zu leben lohnt, gerade auch für unsere Jugendlichen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Aber Politik soll ja nicht nur Prognosen abgeben, sie soll auch den Rahmen für das praktische Handeln setzen. Das tut sie mit der Gesetzgebung, mit Rechtsverordnungen und vielem anderen mehr. Und sie soll den Menschen auch Orientierungshilfe geben. Orientierungshilfe ist mehr als nur ein moralischer Appell. Orientierungshilfe ist gerade in Umbruchzeiten besonders notwendig und auch besonders schwer zu geben. Wie gehen

wir denn um mit der demographischen Entwicklung? Wir kennen sie alle. Wie gehen wir denn um mit der Einwohnerverdünnung in den äußeren Entwicklungsräumen? Natürlich hat das Folgen. Natürlich wird es weniger Schulstandorte geben. Natürlich haben wir weitere Wege zu den Schulen. Wir können das beklagen, jammern und sagen: Nun müssen wir alle hier wegziehen. - Wir können aber auch sagen: Es gibt viele Gegenden auf der Welt, in denen die Besiedelungsdichte noch geringer ist, die Menschen sich trotzdem wohl fühlen, zufrieden leben und eine ordentliche Schulausbildung bekommen.

Wie gehen wir um mit der demographischen Entwicklung mit Blick auf Bauwesen, Wohnungsleerstand, Straßenbau? Radwegbau will ich gar nicht ansprechen, denn diesen brauchen wir - auch wenn wenig Leute dort wohnen - für die touristische Entwicklung des Landes. Wie gehen wir um mit dem ÖPNV? Die Frage ist gerade eben diskutiert worden.

Ich glaube, dass in der vergangenen Legislaturperiode im Bereich Bau - vielleicht hätte es noch ein, zwei Jahre früher sein können - die Umsteuerung von der Förderung von Neubau auf Wohnungsbausanierung richtig war und auch konsequent fortgesetzt werden muss. Wir haben mehr Wohnungen als Einwohner und wir haben in der Altbausubstanz jede Menge Arbeit und Beschäftigung für Handwerker und Unternehmen, die diese Arbeit dringend brauchen.

Im Bildungswesen - Sie kennen die Debatte - hatte die Koalition nicht immer eine einheitliche Meinung; es gibt unterschiedliche Vorstellungen, wie man zu den besten Ergebnissen kommt.

Klar ist aber, was uns allen wichtig ist: Wir brauchen eine hohe Qualität. Um diese zu erhalten, brauchen wir die Zweizügigkeit der Standorte. Die Absenkung der Klassenfrequenzen macht die Geschichte lediglich teurer, aber die Lernergebnisse nicht besser. Darin sind wir uns völlig einig.

Ich sage noch eines: Forderungen nach Einzügigkeit und niedrigen Klassenfrequenzen werden zwar vor Ort häufig gern gehört; sie lösen aber keines der Probleme, sondern bedeuten ein Ausweichen vor den vor uns stehenden Problemen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Bildungsoffensive hat viel auf den Weg gebracht. Ich spreche dieses Politikfeld nicht umsonst als Erstes an; denn ohne gute Ausbildung unserer Jugendlichen wird alles, was an sonstigen Konzepten auf dem Tisch liegt, nicht funktionieren. Inzwischen werden Qualität und Leistung in der Schule regelmäßig bewertet. Die Zahl der Stunden in Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften haben wir erhöht. Ferner erwähne ich die Einführung einer ersten Fremdsprache ab der 3. Klasse und von Prüfungen nach der 10. Klasse. All das sind neu entstandene Szenarien, die in der Anfangsphase nicht immer befriedigende Ergebnisse gezeitigt haben. Die Ergebnisse der erstmals durchgeführten Prüfungen am Ende der 10. Klasse sind in der Öffentlichkeit heftig diskutiert worden. Ich bin aber davon überzeugt: Wenn der eingeschlagene Weg fortgesetzt wird, werden wir dort in wenigen Jahren völlig andere Bilder sehen.

Wir wissen aber auch, dass Schule nicht nur Wissen an sich anhäufen, sondern junge Menschen auch auf ein Leben im Beruf vorbereiten soll. Die SPD-Fraktion hat die Veranstaltungsreihe

„Schule und Wirtschaft“ ins Leben gerufen. Wir merken, dass Lehrer, Schüler und Unternehmer, wenn sie in Diskussionen zusammensitzen, zum Teil immer noch - auch heute noch, wenn auch Gott sei Dank mit abnehmender Tendenz - das Gefühl haben, sich gegeneinander wehren zu müssen. Das müssen sie nicht! Sie begreifen zunehmend, dass sie ihre Vorstellungen miteinander verzahnen und gemeinsame Aktivitäten starten müssen. Die Unternehmer müssen deutlich sagen, was sie von der Schule erwarten; die Schule muss eindeutig wissen, was in den Unternehmen vor sich geht. Nur dann werden wir erreichen, dass die Quote der abgelehnten Lehrstellenbewerber abnimmt.

In wenigen Jahren wird es mehr Lehrstellen als Schüler geben. Das darf in den Schulen nicht zu der Einstellung führen: „Dann ist ja egal, wie gut ich lerne.“ Die Ergebnisse der praktischen Arbeit in den Unternehmen hängen vom Qualifikationsgrad der Mitarbeiter ab. Wir alle wissen es: Ohne funktionierende Wirtschaft gibt es kein funktionierendes Gemeinwesen; ohne funktionierendes Gemeinwesen gibt es kein Geld für Bildungspolitik, Sozialpolitik, Jugendpolitik oder Kulturpolitik - ich könnte die Reihe beliebig fortsetzen. Das Geld, das wir hinterher ausgeben, muss vorher irgendwo erarbeitet werden.

Die spannende Frage aber lautet: Wie helfen wir der Wirtschaft auf die Sprünge? Patentrezepte werden immer wieder genannt; einige haben wir aufgegriffen:

Wir haben den Bürokratieabbau forciert sowie Normen und Standards gesenkt.

Wir haben eine neue Bauordnung verabschiedet.

Wir müssen natürlich dafür sorgen, dass diese Instrumentarien, wenn sie denn einfacher werden, nicht nur in den Verwaltungen vor Ort, sondern auch in den Köpfen der Mitarbeiter vor Ort ankommen und so gehandhabt werden, dass jeder möglichst leicht und schnell zu seiner Genehmigung kommt.

Wir haben das Naturschutzgesetz vereinfacht.

Wir fördern nach wie vor Wirtschaftsprojekte - auch Großprojekte - mit öffentlichem Geld. Natürlich kann dabei immer etwas schief gehen; da muss man genau hinsehen. Deshalb halte ich es durchaus für richtig, dass wir zwei Untersuchungsausschüsse zu laufen haben. Ich möchte, dass sich die Parteien in den Untersuchungsausschüssen nicht nur beharken - was sie hinreichend ausführlich tun -, sondern dass aus den Erkenntnissen etwas gelernt wird. Unabhängig von dem Ergebnis, über das wir am 26. August debattieren werden - ich weiß nicht, wie es aussehen wird -, müssen wir Konsequenzen ziehen, wie wir mit solchen Fällen in Zukunft umgehen.

Ich glaube, eine Lehre kann man schon heute ziehen - diese Lehre kennen wir übrigens schon seit 1990 -: Verkaufen heißt heute die Devise; Produzieren allein ist nicht die Rettung. Wer keinen Absatz für seine Produkte organisiert, wird wirtschaftlich keinen Erfolg haben.

(Klein [SPD]: So ist es!)

An den beiden Fällen wird sehr deutlich: Die künftigen Geschäftspartner nicht mit ins Boot geholt und nicht vertraglich an sich gebunden zu haben ist eine der wesentlichen Ursachen

gewesen, dass die beiden Großprojekte CargoLifter und Chipfabrik nicht funktioniert haben.

Daraus sollten wir konkrete Lehren für unsere künftige Förderpolitik ziehen. Wir sollten damit aufhören, stattdessen darüber zu diskutieren, wer wann wem was gesagt hat. Das wird uns nicht vorwärts bringen. Solche Diskussionen sind auch für die Zukunft vermeidbar, wenn man ein waches Gespür für drohende Situationen hat.

Herr Innenminister, hätten Sie den Zeitpunkt für Ihr Gespräch mit Herrn Fűrniß auf den direkten Beginn der staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen gelegt, dann wäre kein böser Schein aufgekommen und wir müssten über das Thema nicht diskutieren.

(Minister Schönbohm: Das war aber jetzt gemein!)

Aber Sie werden im Ausschuss noch darüber berichten; man kann hier auch vorbeugen.

Noch einmal: Normen und Standards sowie Bürokratie herunter, Förderung sinnvoll und gezielt weiterführen!

Das allein reicht aber nicht. Wir fördern an manchen Stellen auch Verdrängungsinvestitionen bzw. Rationalisierungsinvestitionen. Das kommt dem Arbeitsmarkt nicht unbedingt zugute.

Was wir gezielt fördern müssen, sind innovative Produkte. Das Arbeits- und das Wirtschaftsressort können sich nicht gegenseitig aus dem Sumpf ziehen. Wissenschaft und Wirtschaft müssen eine viel engere Symbiose als bisher eingehen. Verkaufbar ist nur Neues!

(Zuruf von der CDU: Verkaufbar ist, was nachgefragt wird!)

Die Wechselwirkungen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Bildungsministerium und die Wechselwirkungen, die wir zwischen dem Wissenschaftsministerium und dem Wirtschaftsministerium brauchen, sind viel enger, als wir es bisher gesehen haben; denn wenn Impulse von diesen beiden Bereichen ausgehen sollen, dann müssen diese immer von der innovativen Seite kommen.

Meine Damen und Herren, über Wirtschaft wird Herr Kollege Müller noch einiges mehr sagen. Ich darf nicht vergessen zu erwähnen, dass auch der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Ich will auch nicht unterschlagen, dass die teuren Investitionen, die wir überall im touristischen Bereich tätigen - das Stichwort „Radwege“ ist vorhin gefallen -, möglichst einer Mehrfachnutzung zugeführt werden müssen. Ich wiederhole an dieser Stelle: Wer auf die Idee kommt, Radwege streckenweise zu pflastern, um die Grundwasserneubildung zu fördern - was trotzdem nicht passiert -, der macht es den Skatern unmöglich, diesen Weg zu benutzen. Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern. Die Mehrfachnutzung aller Infrastrukturen ist ein ganz wichtiges Element.

Gleiches gilt für die Mehrfachnutzung aller Angebote. Wir haben noch lange nicht den Stand erreicht, dass der Reiter, der Radfahrer oder der Wanderer erkennen kann, was an Interessantem in erreichbarer Weite von seinem Weg in Brandenburg zu sehen ist. Kirchen, Schlösser, Herrenhäuser usw. müssen als

Angebote erkennbar sein, damit die Menschen sich hier wohl fühlen. Die Besucher müssen zu dem Schluss kommen: Hier gibt es so viel zu sehen; ich komme wieder.

Sie sollen möglichst für mehrere Tage wiederkommen; denn wer übernachtet, der bezahlt sein Bett, isst Abendbrot und lässt mehr Geld hier. Deshalb ist es richtig, dass die Kollegen im Fläming einen Wander-/Reitweg über mehrere Tage organisiert haben. Deshalb ist es richtig, dass das Kuratorium Neustadt gerade beschlossen hat, einen Wander-/Reitweg von Neustadt nach Redefin zu organisieren. Wir brauchen die Mehrtagestouristen in viel stärkerem Maße, als es bisher der Fall ist.

Ich glaube auch, dass es richtig war, den - für mich nur virtuellen - Streit zwischen Wanderern, Radfahrern und Reitern dadurch aufzulösen, dass wir mit dem Waldgesetz die Möglichkeit eröffnet haben, Wege für bestimmte Zwecke zu sperren. Es ist auch richtig, dass der Landwirtschaftsminister an einer Rechtsverordnung arbeitet, die die Umsetzung auf Kreisebene, wo die Sachkenntnis vorhanden ist, ermöglicht. Ich kenne keinen Landrat, der nur Reiter oder nur Radfahrer ist. Ich glaube, die objektivste Möglichkeit wird dort gefunden werden.

Wirtschaft ist nicht Handwerk und Industrie; Wirtschaft ist auch Landwirtschaft. Wir freuen uns über die Stabilität unserer Landwirtschaft. Mit 8 000 Betrieben und 30 000 Arbeitskräften ist das ein merklicher Stabilitätsfaktor im Lande. Aber es gibt neue Rahmenbedingungen. Sie verändern sich weiter. Es wird neue Tätigkeitsfelder geben und es gibt sie schon. Sie werden in größerem Maße gebraucht werden. Ich nenne das Stichwort „grüne Raffinerie“. „Erdöl war gestern“, werden wir in wenigen Jahren sagen. Einige sagen dies heute schon.

Vieles, was aus Erdöl hergestellt wird, werden wir in Zukunft aus Biomasse herstellen. Deshalb finde ich es gut, dass wir gestern unseren Beschluss zu den biologisch abbaubaren Verpackungen gefasst haben. Es ist zugegebenermaßen nur ein kleines Segment, aber ein Einstieg. Es wächst das Bewusstsein für diese Problematik und dafür, was man aus Biomasse alles machen kann. Das sind nicht nur Energie und Alkohol, sondern sind zum Beispiel auch sich selbst auflösende Nägel, mit denen man in der Chirurgie Knochen nageln kann. Auch das gibt es schon in Brandenburg und diese Entwicklung wird sich fortsetzen.

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode - um dies nicht unerwähnt zu lassen - die Kommunalreform hinter uns gebracht. Noch befindet sie sich in der Umsetzungsphase. Wir haben die Kommunalfinanzen mit dem FAG gestern neu geordnet. Wir haben eine Infrastruktur zu beobachten, die sich auf die wandernden Bevölkerungsanteile einstellen muss. Dezentrale Abwasserentsorgung ist hierbei ein Thema, das Robert Gemmel fast die Gesundheit gekostet hätte, so sehr hat er sich dafür engagiert. Es ist richtig, so zu verfahren: Alles, was an Infrastruktur modular zu gestalten ist, müssen wir modular gestalten; sonst können wir auf Bevölkerungswanderungen nicht reagieren.

In Brandenburg sollen sich die Bürger wohl fühlen. Wir brauchen dafür auch ein sicheres Brandenburg. Deshalb erwähne ich noch die Polizeireform.

(Beifall bei der CDU)

Eine 58%ige Aufklärungsquote kann sich zweifellos sehen lassen.

Wir haben das Feuerwehrgesetz geändert, haben Brand- und Katastrophenschutz zusammengeführt und die integrierten Leitstellen angeschoben.

Wir haben gestern über den Verfassungsschutz gesprochen und heute etwas zum Rechtsextremismus gehört. Offenbar ist jetzt auf Bundesebene der Weg für das Zuwanderungsgesetz frei. Hierzu jedoch noch eine Bemerkung: Egal, wie das Gesetz gestrickt ist, es wird immer Einzelfälle geben, bei denen sich die Frage stellt: Gehört der Mensch in diese oder jene Kategorie? Kann er bleiben oder kann er nicht bleiben? Auch wenn es im Gesetz eine Härtefallregelung gibt, wird sich diese Frage stellen. Also, Herr Innenminister, brauchen wir im Lande schon eine entsprechende Kommission, die beratend tätig wird, bevor die Gerichte sprechen. Ich hoffe da auf Ihre Bereitschaft. - Es sieht so aus, als sei sie vorhanden.

Wir werden bei den folgenden Vorträgen vermutlich noch großes Wehklagen darüber hören, dass an dieser und jener Stelle gespart und gestrichen werden muss und wir mit der Haushaltskonsolidierung noch nicht weiter gekommen sind. Beide Forderungen widersprechen einander und sind nicht besonders „regierungsfähig“.

(Zuruf von der PDS: Und warum sollen die Leute euch wählen?)

Das war Aussage 1. Aussage 2, Herr Innenminister oder Herr Landesvorsitzender - so sage ich in dem Fall besser -: Diese Feststellung war keine Koalitionsaussage.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Fritsch und erteile nun der Fraktion der PDS das Wort. Herr Abgeordneter Prof. Dr. Bisky, bitte sehr.

Prof. Dr. Bisky (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie werden nicht verwundert sein, dass ich die Märchenstunde, die die Taten der Landesregierung in besonders hellem Licht erstrahlen lassen soll, nicht fortsetzen möchte.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Erst vor wenigen Tagen haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ja eine Quittung ausgestellt bekommen, ebenso Sie, meine Damen und Herren von der SPD. Sagen Sie bitte nicht, das habe nur an Europa gelegen. Wenn in Brandenburg die Wahlbeteiligung so gering wie nirgendwo sonst ist, liegt das nicht nur an Europa.

Diese Koalition hatte am vergangenen Sonntag in den Wahllokalen ganz real noch 10 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger hinter sich und ich warne davor, dass Sie jetzt versuchen, den restlichen 90 % mit einer Selbstloborgie weiszumachen, dass sie sich geirrt hätten.

(Beifall bei der PDS)

Damit wir uns nicht missverstehen: Ich baue darauf, dass im

Herbst, wenn es um den neuen Landtag geht, wieder mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger zur Wahl gehen. Ich hoffe darauf und ich habe keinen Grund, dies zu fürchten. Was am letzten Wochenende geschehen ist, ist ein Denkmäler für uns alle, auch für meine Partei, eine Ermahnung zu Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein und vor allem zu Konsequenz und Realismus. Sozial gerecht statt selbstgerecht!

Manche sagen nun: Neues Spiel - neues Glück. - Nein, so einfach wird es für niemanden von uns sein. Die Auseinandersetzungen gehen in die nächste Runde und an deren Ende wird wiederum gewählt und gewogen. Was am Ende dabei herauskommt, wird wesentlich davon abhängen, wie jeder von uns mit dem Ergebnis vom letzten Sonntag umgeht. Mit Bluffen allein wird man nicht vorankommen. Eine nüchterne Bilanz ist unverzichtbar.

Frau Enkelmann wird unsere alternativen Projekte für die Zukunft vorstellen. Ich konzentriere mich auf die Bilanz.

(Oh! bei SPD und CDU)

- Ihnen wird das Lachen noch vergehen. - Sie sieht folgendermaßen aus: 1991 gab es in Brandenburg noch das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Ostdeutschland, heute gibt es den geringsten Anstieg im Vergleich zu anderen ostdeutschen Flächenländern.

Weniger als ein Drittel aller Brandenburgerinnen und Brandenburger ist in ein Beschäftigungsverhältnis eingebunden. In keinem anderen ostdeutschen Land fällt diese Quote niedriger aus. Nirgendwo in Deutschland drängen sich so viele Bewerber um einen freien Job wie im Land Brandenburg - nämlich 30.

Brandenburgs Schülerinnen und Schüler sind nur ungenügend auf die Zukunft vorbereitet. Das belegen PISA und IGLU. Damit büßen sie gegenüber Altersgefährten aus anderen Bundesländern Chancen ein - kein Wunder in dem Land mit den niedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler und mit immer weniger Schulen.

Noch nie hat die öffentliche Hand in Brandenburg einen geringeren Anteil des Landeshaushalts in Investitionen gesteckt. Gerade einmal ein Fünftel ist es noch.

Noch nie waren die Kommunen so schlecht gestellt wie jetzt - und doch wird die Gesamtverschuldung des Landes allein in der ablaufenden Wahlperiode um rund 5 Milliarden Euro steigen.

Zugleich erleben wir eine Verschwendung, die einem die Haare zu Berge stehen lässt - Chipfabrik, CargoLifter, Lausitzring, Flughafen Schönefeld. Gigantische Summen an Steuergeldern werden in den märkischen Sand gesetzt. Von den versprochenen Arbeitsplätzen keine Spur. Die CDU-Wirtschaftsminister haben es nicht besser gemacht als die sozialdemokratischen, sondern ihre Vorgänger in dieser Hinsicht weit übertroffen.

(Beifall bei der PDS)

Der ländliche Raum verödet. Der Trend zur Verarmung, zur Überalterung und zur Entvölkerung ist nicht gestoppt. Hier und da gibt es Leistungszentren im Land Brandenburg; das übersehen wir nicht. Doch ihre Ausstrahlung bleibt auf die unmittel-

bare Umgebung beschränkt. Mit dem Speckgürtel ist Berlin nach Brandenburg hineingewachsen. Eine neue, eine brandenburgische Perspektive hat unser Land den Menschen dort noch nicht gegeben.

Politische Debatten über eine Fusionsperspektive 2006/2009 bieten keine Antwort auf das eigentliche Problem. Das Land, die Region verliert an innerem Zusammenhalt. Die Politik hat sich von den Bürgerinnen und Bürgern getrennt. Sie werden zu Zuschauern gemacht. Die SPD/CDU-Mehrheit reduziert den Landtag zum Gefolgsorgan der Landesregierung und schottet das Parlament gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bewusst ab, zum Beispiel mit der Weigerung, die von über 150 000 Brandenburgerinnen und Brandenburgern getragene Volksinitiative gegen Kita-Kürzungen überhaupt zu behandeln. Überhaupt zu behandeln - darum geht es.

Bei der Gemeindegebietsreform wuchsen nicht Lebensorte zusammen, sondern wurden Kommunen häufig obrigkeitsstaatlich und zentralistisch aufgelöst und neu geordnet.

Die Medienstadt Babelsberg sieht nicht so aus, wie man es geplant und immer wieder versprochen hatte, und wenn ich den Presseberichten glauben kann, ist jetzt gar das Filmorchester bedroht. Ich hoffe, der Landesregierung fällt da etwas ein.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Mit vielen seiner Probleme steht Brandenburg nicht allein, steht auch der Osten nicht allein. Soziale Einschnitte bedrängen die Menschen in Ost und West, grenzen mehr und mehr von ihnen aus, nehmen ihnen Lebenschancen und Sicherheiten im Alter wie im Krankheitsfall, bei der Jobsuche und im Kampf um den täglichen Lebensunterhalt. Vieles wird teurer, vieles wird schlechter. Die finanziellen Spielräume der öffentlichen wie der privaten Haushalte verringern sich.

Die Massenarbeitslosigkeit aber ist geblieben. Perspektiven sind Mangelware. Die SPD/CDU-Koalition in Brandenburg hat der dafür verantwortlichen faktischen großen Koalition auf Bundesebene nichts entgegenzusetzen und sie hat dem auch nichts entgegensetzen wollen - anders übrigens als die häufig hier kritisierten rot-roten Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Brandenburg und seine Politiker als Flaggschiff und Lotsen des Ostens im wiedervereinigten Deutschland - diese Zeiten sind vorbei, nicht, weil Matthias Platzeck das nicht packt, er packt es nicht, weil sich die Zeiten verändert haben. Deshalb ist Realismus angesagt.

Wir bemerken sehr wohl Ihre Suche nach neuen Leitbildern für Brandenburg, Herr Ministerpräsident, und wir würdigen durchaus, dass Sie dabei nicht nur nach Bayern und Irland schauen.

Aber die Zeit der Deutungen und Symbole ist vorüber. Jetzt muss mit Bezug auf den konkreten Weg Brandenburgs in die Wissensgesellschaft zugepackt werden, wenn die zurückliegenden 15 Jahre nicht umsonst gewesen sein sollen und die bevorstehenden 15 Jahre genutzt werden sollen. Sagen Sie uns nicht, was Sie machen wollen, Herr Ministerpräsident, sondern sagen Sie uns vor allem, was Sie anders machen wollen - darum geht es -, anders auch als Ihr jetziger Koalitionspartner; denn Man-

fred Stolpes vor fünf Jahren getroffene fatale Einschätzung, hier könne man sozialdemokratische Politik am besten mit der CDU machen, hat in der Konsequenz nicht nur die SPD auf das damals blamable Zustimmungsniveau der Union gebracht, sondern auch einen Kurs eingeleitet, der das Land sozial-, wirtschafts- und finanzpolitisch in den Abgrund treibt.

(Beifall bei der PDS)

Das Klima von Toleranz, Offenheit und Liberalität wurde seit dem Regierungseintritt der CDU Stück für Stück von V-Leuten-Affären und Fußfessel-Debatten, von Verweigerung gegenüber dem Zuwanderungsgesetz und von Hasstiraden gegen die „kleine DDR“, wie das genannt wurde, oder die vermeintliche „DDR-Mentalität“ im Lande zerfressen.

Während Bundesregierung, Bevölkerungsmehrheit Ost und mit ihr die PDS und eben auch die SPD sich dem Irak-Krieg verweigerten, dienten Jörg Schönbohm und die Seinen das Land Brandenburg den USA als Teil der „Koalition der Willigen“ an.

(Zuruf des Abgeordneten Bartsch [CDU])

Gemeinsam beendeten SPD und CDU den Traum vom selbstbewussten Brandenburg bei jeder Bundesratsentscheidung, die die negativen Auswirkungen der Hartz-Gesetze oder der Steuerreform auf Ostdeutschland billigend in Kauf nahm.

Sie haben wahrlich keinen Anlass, den Brandenburgerinnen und Brandenburgern Dankbarkeit und neuerlichen Vertrauensvorschuss abzuverlangen. Von zehn ursprünglichen Mitgliedern des Kabinetts sind noch drei vorhanden, sieben haben das Kabinett verlassen. Das ist immerhin eine hohe Quote. Aber es ist vielleicht noch nicht das Ende. Ich bleibe da Optimist.

(Beifall bei der PDS)

Da Sie sonst niemand lobt, ersetzen Sie die entstandene Lücke mit Eigenlob, als Bezug ein Filmtitel: Das ist der große Bluff.

Abschließend habe ich noch eine Bitte. Hier und anderswo kann man große Plakate lesen mit dem Slogan „Brandenburg ist sexy“. „Oha!“, sage ich. Schau ich mal runter, dann sehe ich, dass das von der Brandenburg-Partei ist und die Brandenburg-Partei CDU macht natürlich keinen Populismus, sondern da atmet immer tiefer deutsche Philosophie. Junge Union mit „Brandenburg ist geil“ lasse ich da einmal beiseite.

(Zuruf des Abgeordneten Bartsch [CDU])

Ich habe dennoch eine Bitte an Sie, Herr Innenminister: Bitte keine sexuellen Belästigungen auf dem Weg zum Arbeitsplatz! - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Prof. Dr. Bisky und gebe das Wort der Fraktion der CDU. Bitte, Frau Abgeordnete Blechinger.

Frau Blechinger (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr

Prof. Bisky hat heute wieder einmal deutlich gemacht, dass er die Kunst des Weglassens in hervorragender Weise beherrscht.

(Zuruf von der PDS)

Jeder weiß, dass man durch Weglassen wichtiger Informationen auch Unwahrheiten verbreiten kann. Als Sie über das Europawahlergebnis sprachen, haben Sie zum Beispiel die Information weggelassen, dass die PDS dort, wo sie regiert, auch Verluste eingefahren hat.

(Zurufe von der PDS)

Wir haben uns in der Koalition entschieden, in der letzten Aktuellen Stunde dieser Legislaturperiode gemeinsam Bilanz zu ziehen. Wir wollen damit deutlich machen: Bei aller Verschiedenheit in den politischen Ansätzen, bei allen Differenzen in Sachfragen hat uns immer wieder ein Ziel zusammengeführt, nämlich die positive Entwicklung des Landes im Interesse seiner Bürger.

In unserer Koalitionsvereinbarung heißt es: Die Koalitionspartner setzen Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Bereitschaft sowie die Kreativität der Brandenburger. Die Bürgerinnen und Bürger, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten sind der eigentliche Reichtum unseres Landes. Die Koalition wird Rahmenbedingungen erhalten bzw. schaffen, in denen die Bürger ihre Fähigkeiten zum Wohle des Landes entfalten können. - Das ist unser Ziel.

Wie haben wir dieses Ziel umgesetzt? - Mit unserer Infrastrukturpolitik und der Wirtschaftspolitik konnten bei schwierigsten Rahmenbedingungen die Entwicklung vorangebracht und Chancen für die Menschen eröffnet werden. Die gemeinsam mit unserem Koalitionspartner umgesetzten Maßnahmen für unser Land lassen sich in den Bereichen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik ganz konkret festmachen. Also keine Märchenstunde, Herr Prof. Bisky!

Wir haben die Wirtschaftsförderung neu ausgerichtet und die Kräfte in der Zukunftsagentur für Unternehmer und potenzielle Investoren gebündelt. Wir haben in der Außenwirtschaft neue Prioritäten gesetzt und neue Instrumente entwickelt und genutzt. Damit ist es uns gelungen, die Exportquote deutlich zu steigern. Wir haben die Brandenburger Interessen gegenüber der Bundesregierung bei der Neuformulierung des Bundesverkehrswegeplans vertreten - entgegen Ihrer Behauptung, Herr Prof. Bisky. Jetzt wird es darauf ankommen, dass die Bundesregierung die dem Land Brandenburg versprochene Maßnahme auch finanziert.

Neue Ansätze haben wir auch bei der Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft sowie Hochschule und Wirtschaft gefunden. Ein investitionsfreundliches Klima fängt in der Schule an.

Wir haben die Bauordnung novelliert und Normen und Standards abgebaut. Jeder weiß, dass die CDU an der einen oder anderen Stelle noch weitere Möglichkeiten des Normenabbaus gesehen hat. Aber es liegt ein tragfähiger Kompromiss vor, an dem wir in den kommenden Jahren weiterarbeiten müssen.

Wir haben erfolgreich gegen die geplanten Kürzungen bei der

GA-Förderung gekämpft - entgegen Ihren Behauptungen hier vor wenigen Minuten, Herr Prof. Bisky.

(Beifall bei der CDU)

Hier hat sich der Bund bewegt, weil die Koalition geschlossen die Interessen des Landes vertreten hat. Die Fortentwicklung des ÖPNV-Gesetzes ermöglicht den Kommunen mehr Flexibilität.

Mit der GA-Förderung, dem wichtigsten Wirtschaftsförderinstrument Brandenburgs, konnten in dieser Legislaturperiode mehr als 50 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden. Damit konnte der überdurchschnittliche Verlust von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft nicht kompensiert werden. Herr Prof. Bisky, auch wenn Sie das immer wiederholen und den Eindruck zu erwecken versuchen, dass diese Wirtschaftspolitik besonders schlecht gewesen sei: Wir hatten die Rahmenbedingungen, dass die Bauwirtschaft in Brandenburg einen wesentlich höheren Anteil an der Gesamtwirtschaft hatte als in den anderen Bundesländern. Damit hat der Niedergang der Bauwirtschaft natürlich auch wesentlich dramatischere Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Brandenburg.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der PDS)

Die Zahl der Arbeitsplätze, die in die Schwarzarbeit abgewandert sind, kann man nur schätzen. Sicher ist, dass dieser Bereich wesentlich höhere Steigerungsraten hat als die legale Wirtschaft. Hier müssen endlich wirksame Maßnahmen zur Zurückführung der Schwarzarbeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse eingeleitet werden wie die Senkung der Lohnnebenkosten und die Einführung des elektronisch lesbaren und fälschungssicheren Sozialversicherungsausweises.

Die Aufzählung der gemeinsamen erfolgreichen Schritte, die wir in diesen für die Landespolitik wichtigen Bereichen gegangen sind, ließe sich fortsetzen. Dass Prof. Bisky heute wieder dazu beigetragen hat, dass die gescheiterten Großprojekte ja nicht in Vergessenheit geraten, ohne die 47 erfolgreichen Großprojekte zu nennen, zeigt: Die Kunst des Weglassens beherrschen Sie hervorragend.

(Zurufe von der PDS)

Das Ziel ist - das war an Ihrer Rede eindeutig zu erkennen -, Brandenburg schlechztureden.

(Prof. Dr. Bisky [PDS]: Nein, Ihre Politik!)

Stichwortartig wollen wir die Dinge nennen, die noch vor uns liegen: die Fortschreibung des Landesstraßenverkehrsbedarfsplans, der Bau des Flughafens Berlin Brandenburg International, die Erarbeitung eines Investitionserleichterungsgesetzes oder die Verabschiedung eines mittelstandsfreundlichen Landesvergabegesetzes. Diese Aufgaben sind nur in der großen Koalition zu erledigen. Wir müssen weiter an der Etablierung einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur arbeiten. Nur Wirtschaft schafft Arbeit und Brandenburg benötigt dringend zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Unsere Ausgangssituation im Jahre 1999 war alles andere als günstig. Zu diesem Zeitpunkt hatte Brandenburg bereits die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der neuen Länder. Die PDS in

Sachsen-Anhalt hat mit dazu beigetragen, dass uns Sachsen-Anhalt inzwischen überholt hat.

Ich erinnere auch an folgende Bedingungen, die uns die Arbeit erschwert haben: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung vermochte nicht, die Konjunktur anzukurbeln. Ging die Bundesregierung noch Anfang 2001 von einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,7 % aus, hatten wir bis 2003 ein Minus von 0,2 %. Erst für dieses Jahr ist eine leichte Erholung prognostiziert. Bisher sind die jeweiligen Prognosen allerdings nicht eingetreten.

Von 2000 bis 2003 hatte unser Land aufgrund der Steuerreform Steuerausfälle in Höhe von über 1,8 Milliarden Euro zu verkraften. Diese massiven Einnahmeverluste haben uns in unserem erklärten Ziel, die Nettoneuverschuldung auf null zu senken, stark zurückgeworfen. Trotzdem sind die Gesamtausgaben gesunken, obwohl neue, unabwiesbare Mehrausgaben auf uns zukamen. Herr Fritsch hat sie schon genannt. Deshalb gehörte die Haushaltskonsolidierung zu den wesentlichen Herausforderungen in dieser Legislaturperiode.

Um die finanziellen Spielräume für Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Infrastruktur zu gewinnen, haben wir eine Reihe von Reformen auf den Weg gebracht mit dem Ziel, die Personalkosten zu verringern und die Verwaltung effizienter zu machen. In der Landesverwaltung sind seit dem Jahr 2000 von ursprünglich 67 000 Stellen mehr als 5 000 Stellen abgebaut worden. Bis Ende 2007 werden es mehr als 12 400 Stellen sein.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, in einem Werk, das ein bestimmtes Produkt herstellt, gibt es 13 Jahre lang keine Endkontrolle. Glauben Sie, dass dieses Produkt noch den erwarteten Qualitätsansprüchen genügt? - Das war die Situation in der Schule zu Beginn dieser Legislaturperiode. So haben uns die Ergebnisse zu Beginn der PISA-Studie nicht überrascht. Das waren aber nicht die Ergebnisse der Arbeit dieser Regierungskoalition, auch wenn die PDS immer wieder versucht, diesen Eindruck bei den Bürgern zu erwecken, sondern es waren die falschen Weichenstellungen der Bildungspolitik Anfang der 90er Jahre. Die Erhebungen für die PISA-Studie erfolgten nämlich bereits im Jahr 2000, nicht einmal ein halbes Jahr nach Beginn dieser Legislaturperiode, während die Ergebnisse allerdings erst zwei Jahre später veröffentlicht wurden.

Uns war schon 1999 klar, dass im Bildungsbereich eine Kurskorrektur dringend notwendig ist. Deshalb haben wir uns in der Koalitionsvereinbarung auf die Bildungsoffensive verständigt, die unter anderem mit dem Schulgesetz 2001 umgesetzt wurde. Ich will die darin festgeschriebenen Veränderungen nicht alle aufzählen - sie sind zum Teil hier schon genannt worden -, die wir im Übrigen fast alle gegen die PDS durchgesetzt haben. Lassen Sie mich nur einige wesentliche Punkte herausgreifen.

Vor der Novellierung des Schulgesetzes konnte man in Brandenburg als Analphabet bis in die 9. Klasse gelangen. Die Versetzungsregelungen ließen das zu. So war es nicht verwunderlich, dass sich 31,6 % der bei PISA getesteten Schüler auf der untersten Kompetenzstufe bzw. darunter befanden. In der PISA-Studie werden solche Schüler als „potenzielle Risikoschüler“ im Hinblick auf Berufsausbildung bezeichnet. Jetzt gibt es leistungsbezogene Versetzungen ab Klasse 3. Das heißt, die schulischen Defizite müssen dort korrigiert werden, wo sie entstanden sind.

Auch die zentralen Abschlussprüfungen haben wir gegen den Widerstand der PDS und der GEW durchgesetzt. Da gab es Sprüche wie: „Vom Prüfen werden die Schüler nicht besser“ oder, noch drastischer: „Vom Wiegen wird die Sau nicht fett“. Ich frage mich, warum Sie noch keinen Antrag gestellt haben, den TÜV abzuschaffen; denn da würde ja das Gleiche gelten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Nach den ersten Ergebnissen der schriftlichen Abschlussprüfungen bezweifelt wohl kaum noch jemand, dass unsere Entscheidung richtig war; denn ohne klare Diagnose gibt es keine Therapie.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Wer aber erwartet hat, dass sich drei Jahre nach Verabschiedung des Schulgesetzes der Leistungsstand der Schüler sprunghaft verbessert haben müsste, verkennet, dass erfolgreiche Bildungspolitik einen langen Atem erfordert. Bildung ist kein Kaffeeautomat, in den man oben eine Münze einwirft und dann unten der fertige Kaffee herauskommt. Die ersten Schüler, die nach der Novellierung des Schulgesetzes eingeschult wurden, werden 2011 die Schule verlassen. Das macht die zeitliche Dimension deutlich.

Natürlich hätten wir uns als CDU-Fraktion noch weiter gehen- de Veränderungen gewünscht. So halten wir zum Beispiel bildungsgangbezogene Lehrpläne für unabdingbar, um auf die individuellen Fähigkeiten der Schüler besser einzugehen. Noch ist es in Brandenburg nicht möglich, dass praktisch begabte Schüler einen Schulabschluss mit guten Noten erreichen, da alle an der gleichen Elle gemessen werden.

(Beifall bei der CDU)

Zumindest können sie nicht den Abschluss „erweiterte Berufsbildungsreife“ mit guten Noten erwerben. Das lässt das Gesetz nicht zu.

Die größte Herausforderung der kommenden Legislaturperiode wird die Absicherung des Fachunterrichts und der Erhalt eines qualitativ hochwertigen und erreichbaren Bildungsangebots vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen sein. Wir haben in der Koalition bereits jetzt auf die demographischen Veränderungen durch das Projekt kleine Grundschulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen und die Absenkung der Klassenfrequenzen in Grundzentren des äußeren Entwicklungsraums reagiert. Allerdings muss man wissen: Für die Kommunen ist die kleine Grundschule pro Schüler doppelt so teuer wie eine normale Grundschule. Wer vor diesem Hintergrund einzügige weiterführende Schulen fordert, treibt die Kommunen in den ländlichen Regionen in den Ruin, von den fachlichen Defiziten einmal abgesehen.

(Zuruf von der PDS: Warum schreiben Sie das dann in die Koalitionsvereinbarung?)

Ich begrüße es außerordentlich, dass Bildungsminister Reiche im sächsischen Bildungsmodell die Zukunft sieht. Wenn es nicht nur um das Anbringen neuer Türschilder geht, sind wir mit dabei.

(Beifall bei der CDU)

Als rohstoffarmes Land war Brandenburg schon immer auf die Kreativität und das Wissen seiner Menschen angewiesen. Es zählt nicht nur, was die Schule unseren Kindern und Jugendlichen vermittelt, das Gleiche gilt ebenso für die Hochschulen. Forschung und Lehre sind nicht zum Nulltarif zu haben. Aus diesem Grund haben wir mit den beschlossenen Haushalten der Vorjahre die Ausgaben für die Universitäten und Fachhochschulen erhöht. Mit dem Beschluss der Landesregierung zum Ausbau der Hochschulen bis zum Jahre 2007 sind weitere Aufwüchse bei den Hochschulausgaben verbunden. Gleichzeitig haben wir gemeinsam mit den Hochschulen das bundesweit beachtete neue Modell der leistungsorientierten Mittelvergabe eingeführt, das den Wettbewerb stärkt, zur Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen beiträgt und gleichsam einen optimalen Einsatz der zur Verfügung stehenden Gelder befördert. Wir haben Zielvereinbarungen mit den Hochschulen abgeschlossen und sie mit dem Hochschulpakt zusätzlich privilegiert. Schließlich haben wir ihnen mit der Novelle des Hochschulgesetzes neue Freiräume für ihre strukturelle Entwicklung und auch hinsichtlich der Möglichkeit zur Auswahl ihrer Studierenden eröffnet.

Ziel der Koalition war es, die Ressource Wissen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft, insbesondere in die kleinen und mittleren Unternehmen zu tragen. Bei der sich ständig beschleunigenden Wissensvermehrung müssen Theorie und Praxis permanent ineinander greifen.

(Beifall bei der CDU)

Die brandenburgischen Unternehmen sollten die daraus erwachsenden Möglichkeiten noch besser nutzen. Neben den Ergebnissen für das eigene Unternehmen bieten Kooperationen mit den Hochschulen die Chance, junge Fachkräfte frühzeitig an Unternehmen zu binden, damit gut ausgebildete Absolventen unserer Hochschulen anschließend auch in Brandenburg arbeiten und leben.

Was wären wir alle ohne unsere Familie? Die Familie ist durch nichts zu ersetzen. Sie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Deshalb haben wir die Förderung der Familie auch im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gesichert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist durch die im Bundesvergleich hohen Standards bei der Kinderbetreuung gesichert.

Aber Familienpolitik hat mehr Facetten. Vor allem die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern ist eine vordringliche Aufgabe. Das hat Herr Reiche heute früh in der Aktuellen Stunde auch schon deutlich gemacht. Auch die wachsende Gewalt im Familienalltag erfüllt uns mit Sorge. Beide Problembereiche hat die CDU-Fraktion sorgfältig analysiert und daraus Anträge für den Landtag abgeleitet. Leider sind die von uns mehrfach angemahnten familienpolitischen Leitlinien wegen der schwierigen Haushaltslage nicht verabschiedet worden. Hier haben wir noch eine wichtige Aufgabe vor uns.

In Sicherheit zu leben ist ein Grundrecht für unsere Menschen. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit. Daher gehört die Gewährleistung der inneren Sicherheit zu den Kernaufgaben des Staates. Mit der Polizeireform, mit einem umfangreichen Ausstattungsprogramm und der Schaffung einer leistungsstarken und bürgernahen Polizei haben wir diese Pflicht erfüllt.

(Beifall bei der CDU)

Einige wenige Zahlen zu der erfolgreichen Arbeit unserer Polizei möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Die Zahl polizeibekannter Fälle konnte von 251 750 im Jahre 1999 auf 245 713 im Jahre 2003 gesenkt werden. Die Gewaltkriminalität sank im gleichen Zeitraum von 6 466 auf 5 258 Fälle. Die Aufklärungsquote stieg von 53,1 % im Jahre 1999 auf den bundesdeutschen Spitzenwert von 57,5 % im vergangenen Jahr. Das ist die höchste Quote seit Bestehen unseres Bundeslandes.

An dieser Stelle möchte ich den Polizisten für ihren schwierigen und zum Teil gefährlichen Dienst ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CDU)

Zu einer echten Bewährungsprobe für diese Koalition gestalten sich die Novellierung des Naturschutzgesetzes.

(Lachen der Abgeordneten Schellschmidt [SPD])

Wir als CDU sind dabei immer von unserem Leitgedanken, Umwelt und Naturschutz mit den Menschen in der täglichen Arbeit umzusetzen, ausgegangen. Die Naturschutzpolitik der CDU richtet sich nicht gegen die Natur, nicht gegen die Umwelt, aber wir sind gegen eine aufgeblähte Verwaltung und gegen eine Ausgrenzung des Menschen aus der Natur. Das waren unsere Grundsätze auch bei den harten Auseinandersetzungen um die Novellierung des Naturschutzgesetzes.

Wenn Minister Birthler vor wenigen Wochen anlässlich des Deutschen Naturschutztages in Potsdam feststellen konnte - Herr Präsident, ich darf zitieren -, „Wir hatten für den Naturschutz noch nie eine so erfolgreiche Legislaturperiode“, dann darf ich anfügen: Diese für den Naturschutz so erfolgreiche Legislatur war die erste mit der CDU in Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Insofern stehen wir erst am Anfang einer erfolgreichen Naturschutzpolitik. Naturschutz mit den Menschen heißt für uns: keine Ausweisung von Schutzgebieten ohne die Beteiligung der betroffenen Bürger vor Ort.

(Schippel [SPD]: Das ist gesetzlich so vorgeschrieben!)

- Richtig. Insofern stehen wir erst am Anfang einer erfolgreichen Naturschutzpolitik. Die Konflikte um und in dem Nationalpark „Unteres Odertal“ zeigen, welch weiter und schwieriger Weg noch vor uns liegt.

In Bezug auf die Nutzung der Windkraft ist ein deutlicher Stimmungsumschwung in Brandenburg festzustellen. Der allgemein zunehmenden „Verspargelung“ der Landschaft, die nicht nur als Verschandelung, sondern als Belastung, in manchen Orten als Hindernis für die allgemeine Entwicklung gesehen wird, treten immer mehr Bürger mit Protesten und offener Kritik entgegen.

Wer bei erneuerbaren Energien einseitig auf die höchst uneffektive Windkraft setzt, vergisst die wichtigsten Ressourcen Brandenburgs: den Brandenburger Wald und die Biomasseerzeugung im Ganzen. Leider haben wir als Land hier nur geringen Handlungsspielraum. Wir setzen uns dafür ein, dass für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Nutzung anderer

regenerativer Energiequellen wie insbesondere der Biomasse die bauplanungs- und immissionsrechtlichen Bestimmungen vereinfacht werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mit der Änderung des Landeswaldgesetzes haben wir in der Koalition eine Stärkung der Eigentümer, insbesondere der kleinen Waldbesitzer erreicht. Die Belastungen, die vom Eigentümer zu tragen sind, müssen durch Erweiterung der Palette der Nutzungsmöglichkeiten im Wald kompensiert werden.

Für ein lebenswertes Brandenburg brauchen wir eine gut funktionierende Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist nicht nur Produzent von Nahrungsmitteln; sie leistet einen ebenso wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben deshalb alles getan, um die land- und forstwirtschaftliche Produktion zu erhalten und die Betriebe auf dem Land in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Gerade bei der Umsetzung der europäischen Agrarreform in nationales Recht haben wir darauf geachtet, dass die Brandenburger Landwirte nicht benachteiligt werden.

In der mir zur Verfügung stehenden Zeit konnte ich in der Bilanz nur auf einige Themenfelder eingehen. Das bedeutet nicht, dass uns die nicht genannten Themen weniger wichtig sind.

Die Koalition hatte einen klaren Wählerauftrag zu erfüllen. Wir sind 1999 angetreten, unser Land zu modernisieren, die Wirtschaft zu stärken, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern und die innere Sicherheit zu stärken.

Die Ergebnisse unserer Arbeit sind beachtlich. Für die CDU-Fraktion kann ich erklären: Die Ergebnisse der großen Koalition waren ein Erfolg für die Menschen in unserem Land. Ich danke allen, die uns dabei unterstützt haben.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Klein [SPD])

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Blechinger. - Ich gebe das Wort der Fraktion der DVU. Bitte, Frau Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie wollen - und haben das zum Teil schon getan - heute hier über ihre geleistete Arbeit im Parlament Rechenschaft ablegen und werden das in Ihrer verbleibenden Redezeit auch noch weiter tun. Müsste die Überschrift Ihrer beantragten Aktuellen Stunde nicht eigentlich anders lauten?

Leider habe ich nur acht Minuten Redezeit. Es fällt mir also sehr schwer,

(Frau Konzack [SPD]: Das ist viel!)

Frau Konzack, jeden Punkt, der mir, meiner Fraktion und allen Bürgerinnen und Bürgern draußen im Lande schwer im Magen liegt, anzusprechen. Ich werde mich auf die zwei für mich am wichtigsten Themen beschränken:

(Fritsch [SPD]: Was für eine andere Überschrift?)

auf die wirtschaftliche Situation und auf den Umgang mit dem Bürger.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Zukunftserwartungen der kleinen und mittleren Unternehmen und das Vertrauen potenzieller Unternehmensgründer in die Konjunktur liegen am Boden. Kleinere und mittlere Unternehmen fühlen sich hier in Brandenburg nicht zufällig als Stiefkinder der staatlichen Förderpolitik. Ihre Ansätze, Herr Minister Junghanns, sind einfach zu spät gekommen.

Es handelt sich also genau um die Menschen, die dafür sorgen, dass Arbeit und Ausbildungsplätze entstehen, und genau die behandeln Sie im Land Brandenburg wie Stiefkinder.

Ersichtlich wird das umso mehr, wenn man sieht, dass der Haushalt 2003 auf Kosten der Investitionen zum Teil saniert wurde, während die konsumtiven Ausgaben munter weiter steigen. Das ist genau der falsche Weg, meine Damen und Herren. Wohin all das Geld ansonsten gegangen ist, wissen wir. Oder soll ich es noch einmal aufzählen? Wollen Sie es noch einmal hören, Herr Fritsch?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Die Großprojekte nenne ich gar nicht. Es ist in unnütze Modellversuche und aufgrund unwirtschaftlichen Handelns in Verschwendungen in Größenordnungen geflossen, wie der neue Bericht des Landesrechnungshofes beweist.

(Beifall bei der DVU)

Die offizielle Arbeitslosenquote beträgt 20,2 %. In Prenzlau sind offiziell ca. 30 % der Menschen arbeitslos. In vielen Gegenden unseres Landes leben mehr Menschen von staatlichen Leistungen und von Renten als von ihrem eigenen Arbeitseinkommen. Die demographische Entwicklung ist katastrophal. Junge Menschen verlassen nach wie vor das Land, weil sie hier keine Perspektive sehen.

5 500 Jugendliche werden im Herbst ohne Ausbildungsplatz bleiben, so eine Schätzung. 30 000 Schulabgänger werden jetzt erwartet; ihnen stehen 10 000 betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber. Aber die genauen Zahlen kennen Sie selbst nicht. Wo erscheinen eigentlich die Jugendlichen, die aus den vorigen Jahren ohne Ausbildungsplatz übrig geblieben sind? Sie werden lieber gleich ganz verschwiegen. Haben Sie sich schon einmal ernsthaft darüber Gedanken gemacht, warum unsere Kleinunternehmen nicht ausbilden? Nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil es Geld kostet. Das kostet Geld, das sie nicht haben, weil sie selbst Monat für Monat ums Überleben kämpfen müssen, immer in der Angst, dass das Kreditinstitut den Hahn abdreht; denn dort fragt man, wenn die BWA keine positiven Zahlen aufweist, nicht danach, ob das Unternehmen Lehrlinge hat.

Kommen wir zum Umgang mit dem Bürger. Dazu zwei Sätze zur PDS: Sie stellen sich überall dort, wo es geht, sichtbar ne-

ben Demonstranten oder Bürgerinitiativen. Wenn es aber darum geht, hier im Parlament Farbe zu bekennen, ziehen Sie den Schwanz ein.

(Beifall bei der DVU)

PDS: Partei Der Scheinheiligen.

(Beifall auf den Besucherplätzen)

Unehrlicher kann man Politik nicht machen.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete Hesselbarth, ich bitte Sie um Entschuldigung dafür, dass ich Sie unterbreche. - Wenn ich noch einmal sehe, dass auf den Besucherplätzen Beifall gesendet wird, dann muss ich Sie bitten, den Saal zu verlassen. - Bitte schön, sprechen Sie weiter.

Frau Hesselbarth (DVU):

Die Wahl am vergangenen Sonntag hat ganz deutlich gezeigt, meine Damen und Herren von SPD und CDU, dass Sie ein großes Glaubwürdigkeitsproblem haben. Das erlebe ich selbst auch ständig, wenn ich im Land unterwegs bin. Die so genannten großen Volksparteien haben die Verbindung zum Volk verloren. Nur dann, wenn Wahlen sind, scheint der Wahlbürger umworben; das ist einfach zu wenig.

(Dr. Wiebke [SPD]: Die DVU habe ich nirgendwo gesehen!)

Was die Menschen im Land wirklich berührt - Arbeit, Lohn, Familie und eine Perspektive für den Einzelnen -, bewegt Sie nicht. Das sieht man auch daran, dass Briefe nicht oder erst dann beantwortet werden, wenn man weiß, dass die DVU geantwortet hat. So ist es.

(Dr. Wiebke [SPD]: Ich habe noch nie jemanden von der DVU auf einer Veranstaltung gesehen!)

Man sieht es auch eindeutig daran, wie Sie mit Ihrer Abwesenheit dieses Parlament „würdigen“; ein Blick in die leeren Reihen beweist es.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Vielleicht hat das mit Ihrer Rede zu tun!)

Viel konsequenter ist da die Politik der DVU-Fraktion. Auch ein Blick in die Statistik dieses Landtages belegt das. An dieser Stelle möchte ich mich für die von meinen Abgeordnetenkollegen und auch von den Fraktionsmitarbeitern geleistete Arbeit recht herzlich bedanken.

(Zurufe von der PDS: Tosender Beifall! - Das ist Ihre Abschiedsrede!)

- Übrigens wäre ich sehr dafür, Frau Dr. Enkelmann, dass Politiker ein leistungsbezogenes Gehalt bekommen sollten. Dann würden manche ganz schön alt aussehen.

(Kuhnert [SPD]: Dann würden Sie gar nichts kriegen!)

- Herr Kuhnert, getroffene Hunde bellen.

Wir jedenfalls treten für Brandenburger Interessen ein und formulieren das außerdem verständlich. Der Bürger nimmt davon Notiz, auch wenn Sie, meine verehrten Vertreter der Medien, fast alles, was wir tun, verschweigen. Ich sage „fast“; denn wenn Sie meinen, eine Meldung könnte negative Folgen für uns haben, dann berichten Sie ja. Vielen Dank dafür.

Frau Prof. Dr. Wanka - sie ist jetzt leider ebenfalls nicht anwesend; ich werde mir diese Bemerkung dennoch nicht verkneifen - hält uns gemäß ihren gestrigen Ausführungen für blöd. Ich dachte wirklich, dass es in der Politik so etwas wie Anstand gibt. Wie naiv! Aber auch das beweist einmal mehr die Arroganz, mit der Sie alle hier dem politischen Gegner entgegentreten.

Auch wenn Sie alle hier es für unwahrscheinlich halten, sage ich Ihnen: Unsere Arbeit, also die Arbeit der DVU hier im Land Brandenburg, ist noch lange nicht beendet. Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass wir uns hier nach dem 19. September 2004 wiedersehen.

(Beifall bei der DVU - Vereinzelt Lachen bei der SPD - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das klingt ja wie eine Drohung!)

- Herr Schippel, wer zuletzt lacht, lacht am besten.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth. - Ich gebe das Wort jetzt der Landesregierung. Bitte, Herr Ministerpräsident Platzeck.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass wir Gelegenheit nehmen können, kurz innezuhalten, Bilanz zu ziehen und das Vorhandene zu registrieren. Das ist nötig und hat, liebe Kollegen von der PDS, nichts mit Bluff zu tun. Eine solche Standortbestimmung braucht man auch, wenn man seinen Weg anschließend vernünftig weitergehen will.

Herr Prof. Bisky ist gerade nicht da, aber vielleicht wird es ihm ja gesagt. Erstens fand ich bei seiner Rede sehr bedenklich, dass er ein Land Brandenburg schilderte, in dem es nicht dunkel, sondern schwarz ist, in dem die Menschen nichts zuwege gebracht haben und in dem es keine Zukunft gibt, also kein Land zum Leben.

Unser Land Brandenburg, in dem wir leben, ist ein anderes Land.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es ist sehr wohl ein Land mit Problemen, aber ein Land mit Zukunft, mit engagierten Menschen und vielen Erfolgen.

Zweitens: Wenn Sie, Herr Prof. Bisky, sagen, das Einzige, das wirtschaftlich passiert sei, sei die Ausuferung Berlins, dann bitte ich Sie sehr herzlich, die Unterlagen heranzuziehen, die

das Statistische Landesamt bereitstellt und anhand derer Sie feststellen können, dass vier der fünf größten Wertschöpfungszentren Brandenburgs im so genannten äußeren Entwicklungsraum liegen, weil Schwedt und Schwarzheide, aber auch Baruth und andere eben nicht im Speckgürtel von Berlin liegen. Das sind auch Erfolge einer Industrie- und Wirtschaftspolitik mit langer Sicht, die das ganze Land und eben nicht nur den Speckgürtel Berlins im Blick hat.

(Beifall bei SPD und CDU)

Drittens: Herr Prof. Bisky, wenn Sie gerade über das Filmorchester so besorgt sind, dann sage ich Ihnen Folgendes: Das Land Brandenburg steht auch künftig sehr wohl zu seiner Verpflichtung. Ich verstehe aber bis heute eines nicht: Es ist ein Filmorchester mit dem Namen „Filmorchester Babelsberg“, aber mit Sitz in Berlin. Vielleicht sollten Sie Ihren Genossen in Berlin einmal den Tipp geben, dass es sehr sinnvoll wäre - wir bemühen uns seit Jahren darum -, wenn sich Berlin an diesem Filmorchester beteiligte und Brandenburg dabei nicht allein ließe. Dann wird nämlich ein Schuh daraus.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich von Problemen spreche, so gibt es natürlich ein Hauptproblem. Es hat uns begleitet, es begleitet uns weiter und wird uns auch in den nächsten Jahren noch begleiten. Es ist längst nicht mehr nur ein Brandenburger oder ostdeutsches Problem, sondern, wie gestern in einer Veröffentlichung zu lesen war, zunehmend ein Problem des so genannten alten Europa; das ist die Arbeitslosigkeit. Dieses Problem hat viele Quellen und viele Ursachen. Zur Ursache Globalisierung kommen bei uns noch der Umbruch und die immer noch nicht bewältigten Folgen des Umbruchs vor 15 Jahren hinzu.

Fest steht auf jeden Fall, dass eine Arbeitslosigkeit von durchschnittlich über 18 % schlicht und ergreifend nicht hinnehmbar ist; das werden wir auch in Zukunft nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Allerdings sage ich, auf die Rede des Vorsitzenden der PDS-Fraktion eingehend, also auf diese Schwarzmalerei: Man kann sich natürlich ein, zwei Zahlen herauspicken, aber man sollte dann die Fairness haben, wirklich das ganze Tableau der Zahlen hinzulegen, die das Wirtschaftsleben eines Landes beschreiben. Dann käme man nicht darum herum, dass Brandenburg beim BIP je Einwohner seit langem bis heute den zweiten Platz hinter Sachsen einnimmt. Man kommt nicht umhin, festzustellen - es sei denn, Sie wollen die statistischen Regeln außer Kraft setzen -, dass die Wirtschaftskraft pro Einwohner, gemessen am westdeutschen Niveau, in Brandenburg bei 74 % und in Sachsen bei 69 % liegt. Man kommt nicht umhin, Herr Bisky, festzustellen, dass Brandenburg die höchste Selbstständigenquote hat. So, wie Sie das Land geschildert haben, muss es für Sie ein rabenschwarzer Tag gewesen sein, als „Focus Money“ berichtete, dass die erfolgreichsten Landkreise Ostdeutschlands auf den ersten sechs Positionen nicht, wie erwartet, sächsische oder thüringische Landkreise waren, sondern Teltow-Fläming gewonnen hat und Havelland Dritter und Potsdam-Mittelmark Fünfter geworden sind. Es muss für Sie ein schlimmer Tag gewesen sein, als dies herauskam.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Niemand blüht also hier. Dazu stehen wir viel zu tief in den Problemen und sind viel zu sehr mit den Problemlösungen beschäftigt. Aber wir sollten dieses Land nicht kaputtreden, den Leuten den Mut nehmen und so tun, als gäbe es nur noch Schwarz am Horizont. Das wäre falsch und tödlich.

(Beifall bei SPD und CDU)

Bei der Beschreibung unserer derzeitigen Probleme kommt man auch nicht um die Demographie herum. Stadtumbaumaßnahmen und Schulschließungen sind Vorboten gravierender Einschnitte. Wir haben vor dem Landtag Brandenburg die Diskussion um den Aufbau Ost ausführlich referiert, die zum Teil an der Wirklichkeit vorbeigegangen ist. Sie war schwer zu verhindern; aber wir haben es gemeinsam geschafft, dass sie in den letzten Wochen eine vernünftige, sinnvolle und durchaus hilfreiche Wendung nehmen konnte. In den Wochen nach dieser schrägen Debatte ist auch deutlich geworden, dass der Aufbau Ost viel mehr Beispiele für Erfolge als für Versagen bietet.

Uns allen ist sicherlich klar, dass die Förderung durch Bund und EU aufrechterhalten werden muss. Frau Blechinger hat bereits gesagt, dass wir gemeinsam dafür gesorgt haben, dass Hiobsbotschaften, die aus meiner Sicht völlig unnötig ins Land gestreut wurden und Unsicherheit ins Land gebracht haben, jetzt glücklicherweise Vergangenheit sind und dass auch der Solidarpakt II als gesichert erscheint. Wir sind auf die Solidarität des Bundes weiterhin dringend angewiesen.

Natürlich gibt es Versuche - dies haben wir in der Debatte um den Aufbau Ost schon geschildert; deshalb will ich es jetzt nicht wiederholen -, diese Solidarität entweder aufzuweichen oder herunterzufahren, auf jeden Fall aber zu schmälern. Dies erleben wir in Teilen jetzt wieder in der Föderalismuskommission. Ich werde mich keinem Modell anschließen, das dem reinen Wettbewerbsföderalismus das Wort redet. Wir sind nicht in der Lage, einen solchen Wettbewerbsföderalismus zu überstehen. Wer diesen Wettbewerb will, muss auch gleiche Startchancen für jeden organisieren. Da sie aber nicht gleich sind, lasse ich mich in dieser Kommission gern als ein Mensch mit zentralistischer Sozialisation beschimpfen. Ich glaube aber, dies ist für unser Land wie für viele ostdeutsche Länder der eindeutig bessere Weg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Brandenburg ist keine Insel und wird auch in den nächsten Jahren keine Insel sein. Globalisierung und internationaler Wettbewerb verlangen auch von uns ein größtmögliches Maß an Flexibilität. Die Erweiterung der Europäischen Union, die viele Chancen beinhaltet, ist eine zusätzliche Herausforderung. Auch daraus mache ich überhaupt kein Hehl.

Zwei, drei Worte zur Koalition, weil dies bereits in vielen Beiträgen mitschwang: Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Wir alle wissen, dass Koalitionen keine Liebesbeziehungen sind. Das waren sie nie, das sind sie nicht und das werden sie auch niemals sein. Man muss miteinander arbeiten können. Die beiden Parteien, die 1999 den Koalitionsvertrag ausgearbeitet und unterschrieben haben, haben sich auf ein anspruchsvolles Programm verständigt und dabei das Notwendige, aber, Herr Prof. Bisky, immer auch das Machbare fest im Blick gehabt. Dass der Finanzrahmen nicht nur eng war, sondern dass in etlichen Veröffentlichungen vom Zusammenbruch

öffentlicher Haushalte die Rede war, damit mussten wir umgehen. Dies haben wir weder herbeigewünscht noch 1999 in dieser Schärfe vorausgesehen.

Wenn man die Arbeit dieser Koalition resümiert, dann muss man aber feststellen, dass weder ernsthafte Zerreißproben noch mehr oder weniger medial beförderte anderweitige, naturgemäß auftretende Konflikte die Koalition haben auseinander bringen können. Wir haben die Herausforderungen beherzt angenommen. Wir hatten uns damals viel vorgenommen und haben Wesentliches davon auch erreicht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe vorhin gesagt, die zentrale Frage werde bleiben, wo die Menschen in Brandenburg Arbeit finden und wo neue Arbeitsplätze entstehen. Es geht sicherlich fast dem ganzen Hause darum, dass den Menschen - vor allen Dingen den jungen Menschen - in Zukunft kein Grund mehr geliefert wird, ihr Glück dauerhaft anderswo suchen zu müssen. Wir wollten und wollen weiterhin den Menschen Perspektive geben und bei ihnen Zuversicht wecken. Wir wissen - das haben wir in den letzten 15 Jahren alle gelernt -, dass neue Arbeitsplätze vom Staat nicht geschaffen und nicht verordnet werden können. Der Staat kann nur die Rahmenbedingungen schaffen.

Bei allem, was an Zwischenrufen vorhin kam, halte ich es durchaus für einen Erfolg, dass wir solche umfassenden Ordnungs- und Gesetzeswerke wie das Bauordnungsrecht, den Denkmalschutz und das Naturschutzrecht den neuen Bedingungen, die es am Beginn dieses Jahrhunderts gibt, angepasst und diese Regelungen novelliert haben. Natürlich nehmen wir dabei eines wahr, was wir uns selbst, aber auch den Bürgern ehrlich sagen sollten - bei der Bauordnung haben wir es sehr deutlich gespürt -: Wir leben in einem Land, in dem man gern von Deregulierung redet und wenige Regeln haben möchte. Aber wehe, es fehlt eine Regel! Dann möchte man sich gern auf diese Regel beziehen. Manche Menschen in diesem Land können viel zu wenig damit leben, dass ganze Lebensbereiche nur noch schwach geregelt sind und dass man sich stattdessen einigen muss, dass man sich in die Augen gucken und sich über den Gartenzaun hinweg einmal die Hand reichen und sagen muss, der Nachbar solle seine Garage doch bitte so und so bauen, weil dies das Bauamt nicht mehr im Einzelnen regelt. Jetzt bekommen wir viele Beschwerden, in denen gefragt wird, wieso es für bestimmte Einzelfälle keine Verordnung und kein Gesetz gibt. Wir sollten ehrlich zugeben, dass wir auch so sind. Ich habe neulich einmal gesagt: Vielleicht fehlt uns ein bisschen Sonne, um großzügiger zu werden und mit den Nachbarn besser auszukommen.

Wir haben uns die Aufgabe gestellt, die staatliche Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Dies ist in vielen Bereichen auch gelungen. Es war bereits von der Polizeireform, die ein Erfolg war, die Rede; die Forstämterreform und die Schulämterreform sind hier im selben Atemzug zu nennen. Das sind drei grundlegende Reformen im Verwaltungsbereich: zehn statt 18 Forstämter, zwei statt sechs Polizeipräsidien, sechs statt 18 Schulämter. Dies haben wir gegen viele Widerstände, wie wir alle wissen, gemeinsam hinbekommen. So etwas muss man erst einmal nachmachen. Insgesamt sind in dieser Zeit in Brandenburg 72 Ämter und Einrichtungen weggefallen. Das ist ein guter und sinnvoller Weg, wenn von schlanker und effektiver Verwaltung gesprochen wird.

Mehr Mut zu weniger Staat tut nicht nur der Wirtschaft gut. Es setzt aber Teile der Landesverwaltung - über das hinaus, was ich über die Zusammenlegung von Ämtern gesagt habe - natürlich auch dem Druck aus, ihre eigenen Betriebe in Organisationsformen zu überführen, die wirtschaftsnäher sind, die näher am Leben stehen und von der Verwaltung wegrücken. Auch für diese Überführung von Landesbetrieben gibt es sehr gute Beispiele, etwa die Straßenbauverwaltung mit immerhin 3 000 Beschäftigten. Weitere Umwandlungen werden geprüft.

Unsere sehr hohen Ansprüche an unseren Verwaltungsstandort haben auch Ergebnisse gehabt. Dass Brandenburg heute durchaus mit effektiver Verwaltung verbunden wird, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass so arbeitsplatzintensive Einrichtungen wie die Minijob-Zentrale mit 900 Arbeitsplätzen in Cottbus oder die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen mit 420 Mitarbeitern und perspektivisch mit knapp 1 000 Mitarbeitern in Brandenburg an der Havel angesiedelt wurden. Dies wollte ich der Vollständigkeit halber erwähnen, weil man es sonst immer so schnell abhakt.

Wir wissen sehr wohl, dass diese Ansiedlungen der eine Teil sind, dass aber der Mittelstand Rückgrat und Motor unserer Wirtschaft bleibt. Die Landesregierung hat unter Beweis gestellt - Frau Blechinger hat einiges dazu gesagt -, dass den kleinen und mittleren Unternehmen viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde: Es wurden Existenzgründungen gefördert und die ZukunftsAgentur leistet inzwischen gute Arbeit. Auch das war am Anfang holprig; es konnte auch nicht anders sein, wenn drei Institutionen zusammengeführt werden. Auch auf diesem Felde werden wir Stück für Stück besser und haben dabei wirtschaftliche Erfolge.

Herr Prof. Bisky, eines kann ich überhaupt nicht verstehen: Wenn man sich heute die Wertschöpfungsbasis Brandenburgs anschaut - der Hauptfehler der ersten Debatte um den Aufbau Ost war, dass man so tat, als hätte man einfach an dem weiterbauen und es erweitern können, was vorhanden war -, stellt man fest, dass es bei uns fast ausschließlich neue Wertschöpfungspotenziale gibt. Wenn Brandenburg heute eine gute Adresse in der Medizin- und Umwelttechnik, in der Biotechnologie, sehr wohl auch in der Medienwirtschaft ist, wenn wir heute über eine der modernsten Chemieindustrien in Schwarzeheide und Schwedt verfügen, wenn unsere Verkehrs- und Luftfahrttechnik heute auf dem besten Wege ist, neben Hamburg und München zum dritten Standbein der deutschen Luftverkehrstechnik zu werden, wenn inzwischen Fakt ist, dass wir über eine der modernsten Holzindustrien Europas verfügen - das Kompetenzzentrum in Baruth ist das modernste und auch vom Umfang her größte Holzverarbeitungszentrum in ganz Europa -, und wenn man sieht, welch hochmoderne Kohle- und Energiewirtschaft wir haben - nicht umsonst hat Vattenfall seinen Sitz in Cottbus in einem wirklich futuristischen, zukunftsweisenden Gebäude genommen -, dann sind all das positive Zeichen, die mit nicht nur geringer Ausstrahlung, wie Sie gesagt haben, sondern mit sehr großer Ausstrahlung in die ganze Region hinein, wie der Vorsitzende von Vattenfall gestern gerade gesagt hat, gesehen sind.

(Beifall bei SPD und CDU)

Über den Tourismus und seine Wirkung hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion schon geredet. Ich will noch ein Wort zu dem leidigen Thema Großprojekte sagen, weil es vorhin schon wie-

der hier anklang. Wir haben genau aufgelistet: Es gibt 50 Großprojekte mit einem Investivolumen von über 50 Millionen Euro in unserem Land. Übrigens waren viele mit erheblichen Risiken behaftet, weil damals niemand genau wusste, ob sie ticken werden, weil niemand die Wirtschaftsentwicklung so genau vorhersehen konnte. Von diesen 50 Großprojekten geben heute 47, die erfolgreich arbeiten, zehntausenden Menschen in diesem Land Arbeit, Lohn, Brot und Zukunft. Das als Misserfolg hinzustellen ist schlichtweg falsch. Mehr will ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Weil ich auch das Thema Lausitzring nicht mehr hören kann, will ich hier nur noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Es gibt eine Betreibergesellschaft, die zunehmend erfolgreich ist. Wer einmal wissen will, was auf dem Lausitzring los ist, kann heute Abend mitkommen. Herbert Grönemeyer legt sein einziges Deutschlandkonzert dorthin, 50 000 Karten sind bereits verkauft.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Das nur einmal zur Information, damit ein paar Dinge im Kopf klarer werden.

Wir haben da Nachteile gehabt, überhaupt keine Frage. Das Standortmarketing war keine ausgeprägte Stärke. Wir werben inzwischen sehr intensiv für den Standort Brandenburg. Wir können das auch - man kann nur werben, wenn auch die anderen Faktoren stimmen -, weil das Umfeld mittlerweile an vielen Stellen stimmt und werbewirksam ist.

Wir haben attraktive Innenstädte. Dazu hat auch die Politik der Regierung erhebliche Beiträge geleistet. Wir haben eine moderne Infrastruktur und wir haben eine intakte Umwelt.

Frau Blechinger, Sie werden sich nicht wundern. Ich zitiere Klaus Töpfer von der letzten Konferenz, mit dem wir die ersten vier Jahre Umweltpolitik gemeinsam konzipiert haben. Auch das Dosenpfand war seine Idee; das will ich nur einmal am Rande sagen. Klaus Töpfer hat auf der Konferenz jetzt noch einmal sinngemäß gesagt: Wer es ernst meint mit dem Schutz des Klimas, wer den Klimawandel wirklich aufhalten will, wer es ernst meint damit, den Verfall des Artenreichtums wirklich aufhalten zu wollen, wer es ernst meint damit, Menschen gesundes Wasser, gesunde Luft und anderes auf Dauer anbieten zu wollen, der muss auch den Mut haben, Menschen zu sagen, dass das mit Einschränkungen verbunden ist.

Mir ist da ein Schuss zu viel Populismus drin, so zu tun, als könnten wir die Bewahrung der Schöpfung organisieren, und kein Mensch merkt es.

Nein, ganz so leicht wird es leider nicht werden. Mir ist das Thema zu wichtig, als dass wir da nicht ehrlich sein müssten.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

Die Wissensgesellschaft stellt zunehmend hohe Anforderungen an uns alle. Das kam in mehreren Beiträgen zum Ausdruck. Die Koalition hat genau deshalb eine Bildungsoffensive gestartet. Die Selbstständigkeit von Schulen bei gleichzeitig klarer

Standardsetzung und Kontrolle der Ergebnisse wurde und wird erweitert. Unser gemeinsames Ziel heißt: mehr Qualität in Brandenburger Schulen, mehr Qualität für den Start ins Leben, für den ersten wichtigen Ausbildungsschritt. Davon werden wir uns weiterhin leiten lassen, guter Unterricht in guten Schulen mit noch besser motivierten Lehrern. Wir wissen, dass wir da in den ersten zehn Jahren einige Versäumnisse hatten. Wir wissen aber auch, dass wir vieles davon geändert, verbessert und aufgeholt haben. Neue Rahmenlehrpläne in der Grundschule und in der Sekundarstufe I, zentrale Prüfungen in den 10. Klassen und Einführung des Zentralabiturs - da schließe ich mich meiner Vorrednerin völlig an - sind für mich wichtige Schritte. Die werden auch Bestand haben; denn ohne einen solchen Vergleich können wir die Organisationsform nicht so verbessern, dass wir die Qualität, die wir haben wollen, auch bekommen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Mit der Unterzeichnung des Hochschulpaktes konkretisieren wir, was das Land als herausragende politische Priorität bestimmt hat. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sind unverzichtbar für die Modernisierung und die Zukunft unseres Landes. Wir haben keine andere Chance. Wenn da gesagt wird - ich höre das auch in Unternehmen -, „ja, aber Handel, Handwerk und Gewerbe“, dann muss man sofort abbrechen und sagen: Das richtet sich nicht gegen Handel, Handwerk und Gewerbe; aber wenn unsere Wertschöpfungsbasis nicht so modern ist, dass Menschen Geld verdienen können in diesem Lande, können sie die Leistungen von Handel, Handwerk und Gewerbe nicht abfragen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Deshalb brauchen wir Wissenschaft und Forschung; sonst kann niemand einen Auftrag auslösen, damit es dann auch Arbeit auf den vielen anderen Feldern gibt. Deshalb haben wir uns ganz klar darauf konzentriert, deshalb sind wir keinem Ratschlag gefolgt, der dahin ging, eine Hochschule weniger würde es für solch ein kleines Land auch machen, sondern wir sind genau auf diesem Kurs geblieben und wir werden auch künftig auf diesem Kurs bleiben. Wir haben trotz schwieriger Haushaltslage anders als andere Bundesländer die Ausgaben für unsere Hochschulen erhöht und schaffen Voraussetzungen, dass in den nächsten zwei Jahren 3 500 neue Studienplätze entstehen können.

Wir haben auch - ich will das nicht wiederholen - eine Menge guter Bedingungen geschaffen, um die Hauptaufgabe, die wir haben - das alles ist ja kein Selbstzweck -, nämlich eine bessere Verbindung zur Ausgründungsfähigkeit, zur Technologieentstehung, also Wirtschaft und Wissenschaft näher zusammenzubringen, zu erfüllen. Dafür sind eine Menge Schritte gegangen worden. Wir haben Netzwerke nicht zum Fremdwort werden lassen, sondern haben diese Netzwerke Stück für Stück aufgebaut, ob in der Optik oder in der Kunststoffkompetenz - bei BioTOP und anderen gibt es die inzwischen im Land -, und sind dabei, Zukunft zu organisieren.

Die Demographie ist angesprochen worden; ich muss ein bisschen schneller werden, weil die Zeit rennt. Erste wichtige Schritte sind wir hier gegangen. Ich denke, dass auch die klare Benennung dieser Problemlage dazugehört. Wir waren eines der ersten Länder, das ganz klar gesagt hat, was uns auf diesem Feld erwartet, was wir auf diesem Feld künftig tun müssen. Wir

haben aus meiner Sicht vor allen Dingen die Hauptaufgabe, Familie und Kinder noch mehr als bisher in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über demographische Probleme reden, reden wir über Folgen und darüber, was wichtig ist, aber wir vergessen, auf die Ursachen zu schauen. Eine liegt darin, dass Frauen, die den Wunsch haben, zwei Kinder zur Welt zu bringen, im statistischen Durchschnitt nur 1,2 davon verwirklichen. Wir müssen unbedingt auf allen Ebenen - das hat nicht nur die Landespolitik zu leisten - dafür sorgen, dass mindestens dieser Wunsch Wirklichkeit werden kann.

Ich lasse jetzt das Thema Kommunen weg. Der Innenminister wird noch reden und ich denke, er wird das Wesentliche dazu sagen.

Ich will noch das Thema Berlin ansprechen, weil gerade in den letzten Tagen gesagt wurde, in der Zusammenarbeit mit Berlin sei in den vergangenen Jahren nichts passiert.

Ich sage einmal ganz schlicht: Mit der Zusammenführung von zwei Rundfunksendeanstalten, die wir vor kurzer Zeit zwischen Berlin und Brandenburg vorgenommen haben, sind wir einen Riesenschritt gegangen. Dieser Schritt hat auf jeden Fall Zukunft, egal, wie sich ansonsten alles weiterentwickelt. Man muss einmal in anderen Gegenden der Bundesrepublik gucken, was da so passiert.

Ich bedanke mich sehr herzlich, dass auch die Bildung gemeinsamer Obergerichte - auch nicht üblich zwischen Bundesländern - erfolgreich bewältigt werden konnte.

Wir gehen alle davon aus: Diese Region gehört zusammen. Deshalb wollen wir auch alles unternehmen, was unsere Wirtschaftsregion wirklich zum Leben bringt.

Ich sage genauso klar: Für mich hat die Fusion dieser beiden Länder so lange keine Chance, wie die für die Menschen wichtigen Fragen ungeklärt sind. Dazu gehört das Stadtstaatenprivileg. Wer das für die Zukunft aufgeben will, versündigt sich aus meiner Sicht. Dazu gehört die Haltung des Bundes, der sich ganz klar zu seiner Hauptstadt bekennen muss, nicht nur zu einer einmaligen Entschuldung, sondern zu einer Dauerhilfe und -finanzierung. Dazu gehört für mich aber auch, dass Berlin selbst eine Aussicht gibt, wie es mit den Schulden umgehen will. Wir sind keine Jungfer im weißen Kleid, das weiß ich sehr wohl; aber Berlin im Moment zu schultern schlage ich zumindest den Bürgern nicht vor.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD/CDU-Landesregierung hat die Schwächen, die wir hatten, ehrlich analysiert und die Positionen neu bestimmt. Wir haben umgesteuert, wo umgesteuert werden musste. Bei aller politischen Auseinandersetzung - die wird in den nächsten Wochen noch einmal zunehmen, das ist keine Frage - ist viel Entscheidendes und Zukunftsweisendes geschehen. Wir haben den Aufbau und die Modernisierung unseres Landes weiter vorangebracht. Diese Aufbauarbeit erfolgreich fortzusetzen, das muss weiterhin die wichtigste Aufgabe bleiben. Für mich ist das auch meine allerwichtigste persönliche Aufgabe und mein Ziel.

Wir haben noch viel Arbeit vor uns. Brandenburg muss ein Land werden, zu dem Menschen auch wieder das Vertrauen haben hinzuziehen, nicht nur hier zu bleiben, ein Land, in das sie gerne kommen, in dem sie ihre Zelte aufschlagen und ihre Existenz aufbauen.

Der Wahlkampf geht in seine heiße Phase. Ich möchte deshalb noch einmal an uns alle appellieren: Lassen wir uns unsere Erfolge nicht gegenseitig schlechtreden; das nutzt niemandem. Das schadet dem Land, das schadet den Menschen in diesem Land. Dazu darf auch ein Wahlkampf nicht herhalten.

(Beifall bei der SPD)

Da es in dieser Legislaturperiode voraussichtlich die letzte Möglichkeit ist, möchte ich mich bei allen Abgeordneten der demokratischen Parteien sehr herzlich für die Zusammenarbeit bedanken, zuvorderst bei den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, aber auch bei den Abgeordneten der PDS, weil es im Wesentlichen ein vernünftiger Umgang war, auch wenn Sie in den letzten Wochen ein bisschen krakeeliger geworden sind, was aber bestimmt auch mit dem Wahlkampf zusammenhängt.

Ich wünsche mir sehr, dass wir diesen Grundgeist, der den brandenburgischen Landtag immer noch auszeichnet und der diesem Lande nicht schadet, sondern nutzt, auch in die nächste Legislaturperiode hineintragen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die PDS-Fraktion. Für die spricht Frau Dr. Enkelmann.

Frau Dr. Enkelmann (PDS): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Bilanz steht immer am Ende. Ihre Bilanz steht am Ende einer schwarz-roten Koalition in Brandenburg. Und das ist auch gut so.

Eine Bilanz ist aber immer auch die Chance, Schlussfolgerungen zu ziehen, und sie ist die Chance für eine Kurskorrektur. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben genau diese Chance heute nicht genutzt.

Zur Bilanz, Herr Ministerpräsident, gehört eben auch Ehrlichkeit und davon war wenig zu hören. Es geht nicht um Schönfärberei und Schwarz-Weiß-Malerei hilft uns an dieser Stelle nicht. Wenn Sie nur in die weißen Farbtöpfe greifen, dann gestatten Sie an dieser Stelle zu sagen, dass wir sehr wohl auch noch den schwarzen Pinsel sehen.

Eine ehrliche Bilanz ist eine gute Voraussetzung dafür, tatsächlich künftig Erfolge zu erreichen. Die zukünftige Regierung hat vor allem die Aufgabe, die drängenden Probleme dieses Landes endlich anzupacken. Es geht um Arbeit, es geht um Bildung, es geht um soziale Gerechtigkeit. Die Konzepte der Parteien zur Lösung dieser Probleme gehören auf den Tisch. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, was auf sie zukommt, wenn sie sich am 19. September für diese oder jene Partei entscheiden.

Mehr als 70 % der Bürgerinnen und Bürger im Land sind unzufrieden mit der Politik der Landesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Bisky [PDS])

Da hat sich unheimlich viel Frust angesammelt. Viele haben inzwischen resigniert. Das ist eine der Ursachen für die niedrigen Wahlerfolge bei der Kommunal- und bei den Europawahlen. Dass Sie das nicht wissen wollen, ist mir klar.

(Beifall bei der PDS)

Für die PDS ist das eine Herausforderung. Wir wollen den Bürgern Mut machen. Dieses Land hat eine Zukunft, es lohnt sich einzubringen, es lohnt hier zu bleiben. Es ist an der Zeit, endlich die Potenziale, die in unserem Land stecken, zu entdecken und gezielt zu fördern.

Was diesem Land und was Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und SPD fehlt, ist eine Vision davon, wo die Entwicklung Brandenburgs hin soll. Bisher jedenfalls wurde auf falsche Pferd gesetzt.

Wofür also steht die PDS? Auf Rang 1 unseres Forderungskatalogs steht eine wirkliche, alle Bereiche der Gesellschaft erfassende Wende in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der PDS)

Bildung gehört gerade in einem rohstoffarmen Land wie Brandenburg zu den wichtigsten Standortfaktoren. Bildung ist ein harter Standortfaktor für Brandenburg geworden. Der Bildung kommt wachsende Bedeutung für individuelle Beschäftigungschancen zu. Wir stehen für eine Bildungspolitik, die auf Herstellung von Chancengleichheit setzt.

(Beifall bei der PDS)

Das beginnt bei einem uneingeschränkten Recht auf Kita-Betreuung, deren Förderung Sie gekürzt haben, meine Damen und Herren von der SPD, schließt die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung ein und endet noch lange nicht bei integrativen Ganztagschulen.

Wir haben vor wenigen Tagen ein 10-Punkte-Programm für eine moderne Schulpolitik vorgelegt. Darin fordern wir unter anderem die Zusammenführung von Gesamt- und Realschule zu integrativen Sekundarschulen als ersten Schritt zu einer Schule für alle, die Einführung eines elternbeitragsfreien Vorschuljahres, den Ausbau des Netzes von Ganztageseinrichtungen, die Stärkung der Verantwortung von Lehrerinnen und Lehrern und die Erhöhung der Qualität der Grundschulbildung. Nicht von Finnland träumen, Herr Ministerpräsident, sondern von Finnland lernen!

(Beifall bei der PDS)

Wenn jetzt die CDU das Bildungsressort für sich reklamiert, sollte sich jede und jeder über die Folgen im Klaren sein: frühkindliche, noch härtere Auslese, Leistungsdruck als Hauptelement pädagogischer Arbeit und: Schulschwänzer werden künftig mit Fußfesseln ausgestattet.

(Zurufe von der CDU)

Bildung ist zugleich ein Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit und für eine neue Qualität nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung. Auch wenn Sie es schon lange nicht mehr hören können: In Brandenburg ist allein in Großprojekte mehr als 1 Milliarde Euro versenkt worden.

(Beifall bei der PDS sowie Zuruf der Abgeordneten Konzack [SPD])

- Dieses Geld, Frau Konzack, hat an anderen Stellen, wo eine Förderung wichtig gewesen wäre, gefehlt.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Ihre Arbeitsplatzversprechen zerplatzten wie Seifenblasen.

(Klein [SPD]: Ein Quatsch, den Sie da erzählen!)

Der Aufschwung für den Mittelstand blieb ein schöner Traum. Dieses Geld ist unwiederbringlich verloren.

(Klein [SPD]: Wir wären deutlich weiter, wenn Sie beispielsweise beim Flughafen nicht ständig die Bremse gezogen hätten!)

Schuld daran tragen nicht die Brandenburgerinnen und Brandenburger; Schuld daran trägt diese Regierung. Aus diesen Fehlentscheidungen müssen Konsequenzen gezogen werden: Schluss mit dem Prinzip Gießkanne und dem Prinzip „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“. Wir brauchen eine langfristige, auf die Zukunft orientierte, also nachhaltige Strukturpolitik. Zukunftsfähige Branchen wie Bio-, Umwelt- und Energietechnologie, Verkehrstechnik, Schienenfahrzeugbau, Medienwirtschaft, Papierindustrie, aber auch Tourismus brauchen gut ausgebildete, hoch motivierte Fachkräfte.

(Zurufe von der SPD)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen.

(Frau Förster [SPD]: Sie regen sich doch auf!)

Die Unternehmen, die sich hier entwickelt haben, müssen stabilisiert werden. Tragendes Fundament der Wirtschaft in Brandenburg wird auch künftig ein moderner, leistungsfähiger Mittelstand sein. Damit dieser auch in Zukunft wirklich eine Chance hat, schlagen wir vor, Förderprogramme zu vereinfachen, Genehmigungsverfahren zu entbürokratisieren, Bürgerschaftsprogramme für Modernisierungsvorhaben zu entwickeln sowie den Zugang zu zinslosen bzw. zinsgünstigen Darlehen zu erleichtern.

(Beifall bei der PDS - Klein [SPD]: Es ist schlimm, dass Ihre Rede aufgeschrieben wurde, bevor der Ministerpräsident gesprochen hat!)

- Schonen Sie Ihre Stimme, Herr Klein!

Landwirtschaft und die einzigartige naturräumliche Ausstattung werden auch künftig wichtige und entwicklungsfähige Potenziale sein. Es ist noch gar nicht so lange her, da waren das Havelland, das Oderbruch und der Spreewald die Gemüsegärten Berlins. Heute bekommen die Berliner gerade einmal 5 % der landwirtschaftlichen Produkte aus Brandenburg. Ich finde,

der Berliner sollte nicht nur im Barnimer Hofladen, sondern auch in seinem Kiez mit Brandenburger Produkten versorgt werden können.

(Beifall bei der PDS)

Dazu ist es vor allem notwendig, Erzeugerverbände, Logistik und Absatzorganisationen gezielt zu fördern.

Neben den klassischen Aufgaben werden sich für die Landwirtschaft neue Betätigungsfelder wie die Landschaftspflege und die Produktion nachwachsender Rohstoffe entwickeln. Die Landwirtschaft kann ihren Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität der ländlichen Räume leisten. Dazu gehören aber auch eine weitgehende Sicherung von Schulstandorten, Frau Konzack, ein gutes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr sowie die Gewährleistung einer medizinischen Grundversorgung in der Fläche.

(Beifall bei der PDS)

Jährlich verliert Brandenburg ca. 20 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist für mich eine grausige Vorstellung. Immerhin entspricht das der Größe einer mittleren Kleinstadt. Denke ich an die Debatte, die wir in diesem Haus geführt haben, erinnere ich mich vor allem an Ihre Hilflosigkeit und an Ihre Resignation: Man kann ja doch nichts machen.

Die Probleme, die wir insbesondere mit den schwachen Geburtenjahrgängen haben, beziehen sich nicht nur darauf, dass Frauen nur noch 1,2 Kinder - wie das gehen soll, ist mir schleierhaft - zur Welt bringen, sondern sie sind vor allem dem geschuldet, dass Brandenburg junge Frauen im gebärfähigen Alter verliert. Es ist also eine Kette ohne Ende. Das heißt, wir werden auch künftig niedrigere Geburtenraten in diesem Land haben.

(Beifall bei der PDS)

Ich teile Ihren Pessimismus an dieser Stelle nicht. Ich will, dass Brandenburg lebenswert ist und bleibt, und zwar für die ältere und für die jüngere Generation, aber natürlich auch für Frauen.

(Klein [SPD]: Ihre Rede ist völlig daneben!)

- Ich kann mir ja vorstellen, dass Ihnen das nicht passt, Herr Klein. - Dafür ist es in erster Linie notwendig, die Spirale der Arbeitslosigkeit zurückzudrehen. Das beginnt bei der Forderung nach dem Recht auf berufliche Erstausbildung. Dieses Recht muss in der Verfassung des Landes Brandenburg verankert werden.

(Beifall bei der PDS - Klein [SPD]: Beim Miesreden sind Sie absolute Spitze, das ist wirklich wahr! Dagegen ist Bisky Optimist ohnegleichen!)

Die PDS wird darüber hinaus in die öffentliche Debatte Grundsätze für eine neue Arbeitsmarktpolitik einbringen. Dazu gehören die Neuregelung der Landesförderung ebenso wie Vorschläge zu flexiblen Teilzeitmodellen, eine Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik und die schrittweise Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Wesentliches Kriterium für Wirtschaftsförderung müssen künftig Beschäftigungseffekte sein.

Wir wissen sehr wohl, dass angesichts der desolaten Haushaltslage in diesem Land, die Sie, meine Damen und Herren der Koalition, zu verantworten haben und um die auch wir uns nicht herumschummeln können, eine Konsolidierungsphase dringend erforderlich ist. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass der Schuldenberg in Brandenburg seit 1999 von 12 auf 17 Milliarden Euro angewachsen ist.

(Beifall bei der PDS)

Entscheidend ist nur, mit welchem Maßstab an die Konsolidierung herangegangen wird. Die Bilanz der Koalition hat sehr deutlich gezeigt, dass mit pauschalen Kürzungen quer durch den Gemüsegarten kein Blumentopf zu gewinnen ist. Hier bedarf es klarer Schwerpunktsetzungen. Den Anfang müssen schon die Regierung und die Verwaltung selbst machen.

So könnte aus meiner Sicht die Vielzahl von Bewilligungsbehörden für Fördermittel deutlich reduziert werden. Mit der Umstellung eines Teils der Förder- auf Bürgerschaftsprogramme werden ebenfalls Mittel frei, die insbesondere in den Bildungsbereich fließen sollten.

Wenn wir über Konsolidierung der öffentlichen Haushalte reden, dürfen wir selbstverständlich die Kommunen nicht vergessen. Die Vorschläge haben wir gestern in die Beratungen zum Finanzausgleichsgesetz eingebracht. Ich finde, Brandenburg hat etwas Besseres verdient:

(Frau Förster [SPD]: Als die PDS!)

eine Regierung mit Augenmaß und Verstand,

(Klein [SPD]: Wenn ich keine Glatze hätte, stünden mir die Haare zu Berge!)

verantwortungsbewusst statt selbstverliebt,

(Zurufe von der SPD)

sozial und damit voller Kraft. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die SPD-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Heiko Müller.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Enkelmann, mir ist aufgefallen: Sie haben in Ihrer Stimme eine Empörung vom ersten bis zum letzten Wort und wiederholen dann lauter wichtige Dinge, die der Ministerpräsident schon hervorgehoben hat.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Es ist doch gut, wenn man sich einig ist!)

Das ist offensichtlich Ihr Prinzip: Sie wollen Inhalte durch Empörung ersetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU - Vietze [PDS]: Sie produzieren Empörung, indem Sie regieren!)

Wenn man sich die Konzepte ansieht, die Sie vorzutragen versuchen, dann bleibt eines übrig: Es ist immer noch eine Wünsch-dir-was-Politik. Das hilft Brandenburg nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU - Zurufe von der PDS)

Sie haben natürlich in einem Recht: Wir haben in den vergangenen fünf Jahren nicht alle Ziele erreicht; nicht alle Hoffnungen sind erfüllt worden. Aber Wesentliches haben wir geschafft. Das übersehen Sie geflissentlich.

(Zuruf von der PDS: Zum Beispiel?)

Es ist völlig klar: Wir haben eine Situation, die darauf hinausläuft, dass wir die Konsolidierung des Haushalts immer in unsere Überlegungen einbeziehen müssen. Das ist von 1994 bis 1999 so gewesen; von 1999 bis 2004 war es noch stärker so. Im Bereich der Wirtschaftsförderung haben wir Programme aufgelegt, die durchaus sinnvoll und zielgenau waren. Einige Programme mussten wir einstellen, weil schlichtweg das Geld nicht mehr da war. Daraus müssen wir ableiten, künftig noch zielgenauer zu fördern. Wir müssen Mitnahmeeffekte zurückdrängen und uns stärker auf den einsetzenden Effekt konzentrieren. Das ist eingeleitet worden. Insoweit sind wir auf einem vernünftigen Weg.

(Zuruf von der PDS: 15 Jahre sind Sie an der Regierung!)

Was den Bürokratieabbau angeht, haben wir eine Menge erreicht. Wir haben das Naturschutzgesetz, das Denkmalschutzgesetz und die Bauordnung verändert. Auch die Wirtschaft sagt: Man würde sich immer mehr wünschen, aber viele Änderungen sind vernünftig gewesen. - Wir sind an dieser Stelle deutlich weiter als noch 1999.

Sie haben Recht, wenn Sie kritisieren, dass die Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung nicht mehr ganz so toll aussehen wie vorher. Von 1994 bis 1999 betrug das jährliche Wirtschaftswachstum im Durchschnitt 3,74 %, von 2000 bis 2003 waren es nur noch 0,39 % und von 2001 bis 2003 sogar minus 0,5 %.

Ich könnte es mir einfach machen und sagen: Das ist kein Wunder; denn seit 2000 hat die CDU das Wirtschaftsministerium. - Aber so einfach will ich es mir nicht machen. Das wäre auch ein bisschen verkürzt.

Meine Damen und Herren von der PDS, Sie übersehen die äußeren Einwirkungen, die von uns in keiner Weise beeinflussbar waren. Die Globalisierung ist zwar seit vielen Jahren Thema; aber uns trifft es härter als viele andere, weil unsere Wirtschaftsstrukturen nicht so gefestigt sind wie jene in den westdeutschen Bundesländern oder in Westeuropa. Wir haben seit mindestens zwei Jahren de facto eine Weltwirtschaftskrise, und zwar auf allen Kontinenten, insbesondere in Europa, hier wiederum besonders in Deutschland. Das hängt auch ein bisschen mit den Rahmenbedingungen, die wir hier haben, zusammen.

Die Exportquote Brandenburgs ist nicht ausreichend, hat sich aber in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Auch das muss man sehen.

Als Strukturproblem haben wir nach wie vor eine Eigenkapi-

talschwäche, insbesondere bei kleinen Unternehmen. An dieser Stelle ist eine Menge geschehen; aber für die Zukunft bleibt noch eine Menge zu tun. Das ist unsere Zielsetzung im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Wir haben nach wie vor ein Problem mit der Marktdurchdringung. Der Marktzugang unserer Unternehmen ist nicht optimal, weil sie zu spät gekommen sind und sich Strukturen längst gefestigt hatten. In diese einzubrechen ist sehr schwierig, insbesondere für kleine Unternehmen wie die unsrigen.

Problematisch ist die Entwicklung der Bauwirtschaft. Sie hat zunächst eine Boomphase erlebt. Diese Entwicklung geht jetzt in einem Maße zurück, wie es in der Bundesrepublik kaum jemals irgendwo der Fall gewesen ist. Das hängt wiederum mit den Rahmenbedingungen zusammen und wirkt sich natürlich auf die Kennzahlen Produktivität, Produktionsausstoß, Wirtschaftswachstum usw. aus.

Wenn man sich die politische Begleitung dieser Entwicklung ansieht, stellt man fest, dass - auch im Wirtschaftsausschuss - vier Themen dominiert haben: Sicherung der Investitionsmittel, ZAB-Neustrukturierung, Auslandsplattformen und Chipfabrik. Insbesondere Letzteres hatte erhebliche Auswirkungen auf die Effizienz und die Arbeitsfähigkeit des Wirtschaftsministeriums. Ich will es deutlich sagen: Es gab zum Teil fast eine Lähmung, insbesondere was die Hausspitze angeht. Ich will es noch deutlicher sagen: Der ehemalige Wirtschaftsminister Fürniß hat einen ziemlichen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Kraft des neuen Wirtschaftsministers Junghanns wurde über lange Zeit dadurch gebunden, dass er diese Scherben zusammenfegen musste. Ich glaube, das ist eine Belastung für Brandenburg gewesen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Bisky [PDS])

Betrachten wir die Diskussion um die Großprojekte! Wir haben das Problem, dass von allen Großprojekten immer nur einige genannt werden, nämlich jene, die permanent in der Politik und der Presse präsent waren.

Wenn meine Vorredner fragen: „Welche anderen Großprojekte?“, dann antworte ich ihnen: Ich habe hier eine Liste, die Sie sich gern ansehen können. Sie können daraus zum Beispiel die Zahl der entstandenen Arbeitsplätze erkennen. Genau diese Angaben können Sie nicht übersehen haben.

(Zuruf von der PDS: Eine Milliarde ist versenkt worden!)

Dass darüber in der Öffentlichkeit nicht so viel diskutiert worden ist, ist der Grund, warum die Bewertung so problematisch erscheint und das Bild so schief ist. Diese Großprojekte haben nämlich funktioniert, ohne dass groß politisch darüber geredet worden ist, ohne dass sich die Presse eingemischt hat. Warum stand das nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit? Weil es der Normalfall ist, dass sich die Politik nicht einmischt und die Projekte dennoch funktionieren. Das ist gut so und das soll auch so bleiben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Vietze [PDS]: Wen haben Sie jetzt kritisiert? Wer hat denn die Großprojekte politisch instrumentalisiert?)

Wir hatten genau bei den Projekten ein Problem, in die sich die

Politik stark einmischen musste, bei denen die Investitionen von der öffentlichen Hand abhängig waren und bei denen die Verwaltung Aufgaben des Investors übernommen hat. Deswegen war die Presse immerzu dran;

(Zuruf von der PDS: Deswegen sind sie schief gegangen?)

deswegen wurde darüber politisch diskutiert, deswegen wurde es hoch und runter dekliniert. Aus den Problemen, die wir bei diesen Projekten hatten, sollte man lernen; wir haben daraus gelernt.

Stellen Sie sich einmal die Frage, was mit den industriellen Kernen ist! Wir haben in den ersten Legislaturen darüber diskutiert, ob sie stabilisierbar seien. Heute wird nicht mehr darüber geredet, weil es an sehr vielen Orten funktioniert hat. Unser Wirtschaftsarbeitskreis und der Wirtschaftsausschuss waren immer wieder in Schwedt. Wenn man sich die dortige Entwicklung ansieht, sowohl was den industriellen Bereich angeht, als auch was den Stadtumbau angeht, dann stellen wir fest: Es hat viel stattgefunden. Das ist ein Erfolgsmodell. Hier hat sich etwas außerordentlich positiv entwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches kann ich von Schwarzheide, Ludwigsfelde, Eisenhüttenstadt, Rathenow usw. sagen.

In Bezug auf den Bestand an kleinen und mittleren Unternehmen haben wir in den Bereichen Biotechnologie, Luftfahrttechnologie, Maschinenbau und Fahrzeugbau, aber auch im Tourismus im Laufe der Zeit eine gute Struktur entwickelt. Sie entspricht immer noch nicht dem, was wir uns wünschen - keine Frage: wir wünschen uns mehr -; aber es hat sich eine Menge an Positivem entwickelt. Das sollte man immer wieder deutlich sagen.

Wir haben ein Problem, was die Finanzausstattung angeht. Deswegen wird es in der näheren Zukunft darum gehen, die Investitionsquote auf hohem Niveau zu halten. Bei uns gibt es nach wie vor Nachholbedarf; die Lösung hängt oft mit Geld zusammen. Deswegen wird die Kofinanzierung der Investitionsmittel aus EU und GA wichtig sein. Noch wichtiger ist aber, dass wir es schaffen, Brandenburg ein positives Image zu verleihen. Dazu müssen wir unsere Stärken deutlicher herausstellen; wir müssen uns aber auch intensiver auf unsere Stärken konzentrieren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das habe ich gesagt!)

Die Zukunft beginnt in den Köpfen. Unternehmer müssen wieder stärker unternehmen. Das erfordert eine stärkere Konzentration auf Innovationen. Wir, die Politik, müssen versuchen, diese Entwicklung stärker zu unterstützen.

Verwaltungen müssen aber auch unternehmen lassen. Nicht die Gesetze, sondern die nicht ausreichende Nutzung von Spielräumen sind oftmals das Problem. Es muss klar sein: Wenn ein Verwaltungsbeamter im Rahmen seines Spielraums eine Entscheidung trifft, die nicht im Interesse der Arbeitsplätze im Unternehmen liegt, dann muss er unter Erklärungsdruck geraten und die Frage beantworten: Warum hast du nicht anders

entschieden? - Bisher wird sich oft zurückgelehnt und gesagt: Ich konnte ja so entscheiden. - Das darf nicht so bleiben, da muss mehr Druck gemacht werden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Wir brauchen in den Unternehmen bessere Strategien für Personalentwicklung und Weiterentwicklung. Wir brauchen an den Hochschulen mehr Zeit zum Forschen, aber auch eine leistungsabhängige Bezahlung. Wir brauchen in den Verwaltungen weniger Hierarchie, dafür mehr Eigenverantwortung. Wir brauchen in der Politik weniger Regeln, dafür mehr Freiräume. Die Wirtschaft wird letztlich von der Wirtschaft gemacht. Wir sollten nicht versuchen, die besseren Unternehmer zu sein. Das wird uns nicht gelingen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Politik muss sich noch stärker als Dienstleister für die Wirtschaft verstehen. Wirtschaftspolitik muss Querschnittsaufgabe und nicht nur Aufgabe des Wirtschaftsministeriums sein. Ein Weiteres hat sich in den letzten Monaten und Jahren deutlich gezeigt: Wirtschaftspolitik ist Chefsache!

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Der Ministerpräsident steht mit seiner ganzen Person für eine positive Wirtschaftspolitik.

Wir müssen auf Kooperation setzen, vor allem zwischen Unternehmen und Hochschulen. Auf globalen Märkten können sich kleine Unternehmen nicht in dem Maße positionieren wie es größere Strukturen können. Deswegen muss dieser Aspekt in die Fördertechnologien stärker aufgenommen werden.

Die Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft muss ausgebaut werden, um den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben zu verbessern. Auf diesem Gebiet ist schon einiges geschehen. Der Bildungsminister hat das „Netzwerk Zukunft“ auf den Weg gebracht, das unterdessen ordentlich funktioniert.

Wir müssen die Förderungen stärker auf regionale und branchenorientierte Schwerpunkte lenken, müssen aber auch zum Wettbewerb der Regionen herausfordern. Die Regionen müssen sich stärker zusammenfinden, die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern und alle zusammen mit den Verwaltungen, mit den Menschen in der Region, um ein Profil für die Region zu entwickeln; denn überregional wird man nur anerkannt, wenn man auch ein Profil hat. Deswegen ist das ein sehr wichtiger Punkt.

Was ich als weiteres Potenzial sehe, ist, dass Unternehmen stärker für Unternehmen werben. Das erlebe ich an manchen Standorten schon. Da gehen die Unternehmen selbst auf andere zu und sagen: Wir haben hier einen guten Standort. Ihr würdet gut hineinpassen; kommt in unsere Region!

Wir müssen eines stärker als bisher tun, nämlich den einzigen richtigen Standortvorteil nutzen, den wir haben: Wir sind die Hauptstadtregion. Das kann keine andere Region in Deutschland vorweisen. Wir müssen mit diesem Pfund wuchern, und zwar viel stärker als bisher, und können dies gerade im Bereich Wirtschaft tun. Da gibt es keine Landesgrenzen. Wir müssen dieses Engagement verstärken. Dazu gehört aus meiner Sicht

auch, dass die Wirtschaftsförderung zusammengebracht werden muss.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Wir haben bisher die Situation, dass auf der einen Seite Brandenburg für die Hauptstadtregion wirbt und auf der anderen Seite Berlin. Das muss zusammengefügt werden. Das gelingt am besten, wenn die handelnden Personen nicht ständig in Versuchung geraten, gegeneinander zu arbeiten, sondern miteinander an die Lösung dieser Aufgabe herangehen.

Wir müssen auch Folgendes erreichen. Es gab einmal Strategien in Brandenburg zur Technologieförderung, zur Außenwirtschaftsförderung. Ich glaube, dazu müssen wir uns neu positionieren; denn manches ist im Laufe der Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Wir müssen das Profil auch an dieser Stelle schärfen und eine erkennbare Strategie formulieren.

Insofern bleibt eine Menge zu tun. Das ist aber immer so am Ende einer Legislaturperiode. Es wäre ja schlimm, wenn alle Aufgaben gelöst wären. Das Genannte wird unsere Aufgabe sein und wir werden uns ihrer annehmen, damit das Land Brandenburg in der nächsten Legislaturperiode wieder ein Stück weiterkommt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Abschließend erhält das Wort noch einmal die Landesregierung. Für sie spricht der Innenminister.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern hatten wir keine Gelegenheit, des 17. Juni 1953 zu gedenken. Ich meine, dass dies ein wichtiger Tag und es wert ist, sich daran zu erinnern, was damals geschah. Damals haben die Menschen in unserem Land versucht, die Freiheit zu erringen. Dies wurde ihnen verwehrt. Wenn wir diese Diskussion heute führen und uns überlegen, wo wir stehen würden, wenn der 17. Juni ein Erfolg für jene Menschen gewesen wäre, die Freiheit wollten, würden wir feststellen, dass wir ganz woanders stünden.

(Beifall bei der CDU sowie schwacher Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen - ich vermute, dass Sie mir in dieser Aussage, Herr Kollege Bisky, sogar zustimmen, ich weiß es jedoch nicht - Folgendes sagen: Frau Enkelmann, zu dem, was Sie über Wirtschaft und Tonnenideologie gesagt haben, kann ich nur sagen: Sie haben schnell gelernt - mit Worten, aber nicht mit Taten.

(Widerspruch bei der PDS)

Damit müssen wir uns auch in Zukunft auseinander setzen. Sie haben hervorragende Worthülsen benutzt, die Sie bisher nicht mit Inhalten gefüllt haben.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Sie sollten dies in meinem Beitrag nachlesen!)

Auch wenn es uns nicht gelungen ist, alles zu erreichen, was wir gewollt haben - an unserem Einsatz, den Mühen der harten Arbeit und dem Ringen um den richtigen Weg hat es nicht gefehlt. Mein Dank gilt den Mitarbeitern, den Beamten und Angestellten, ohne die wir unsere Aufgabe nicht hätten bewältigen können.

Wir haben in der Regierungskoalition unter zwei Ministerpräsidenten gezeigt, dass diese Koalition handlungsfähig ist und wir schwierige Aufgaben gelöst haben - trotz mancher Reibungen. Eine Koalition ohne Reibung ist eine Koalition ohne Menschen. Von daher gesehen sind wir nicht unmenschlich, sondern menschlich, wenn wir uns einmal reiben, und Gott sei Dank ist das auch so. Aber es überwiegt das Gemeinsame und das ist das Entscheidende.

Wir haben für die Bürger unseres Landes Aufgaben angepackt; sie sind in vielfältiger Weise schon erwähnt worden. Darum möchte ich nur noch kurze Bemerkungen dazu anbringen.

Wir haben umfassende und weitreichende Reformen im kommunalen Bereich, bei der Polizei und der Forstwirtschaft durchgeführt. Alle Reformen, die wir in Angriff genommen haben, haben Sie von der PDS abgelehnt.

(Zuruf von der PDS)

Ich will nur daran erinnern: Das ist Ihr gestalterischer Wille, ist der Geist, der verneint. Sagen Sie einmal Ja zur Zukunft unseres Landes und sagen Sie nicht Nein, weil Sie gegen Veränderungen sind. Das ist der Punkt.

(Beifall bei CDU und SPD - Widerspruch bei der PDS)

Sie waren immer dagegen. Nennen Sie Beispiele, bei denen Sie dafür waren.

(Zurufe von der PDS)

Wir haben den Kommunen mehr Planungssicherheit gegeben. Richtig war es auch, einen Fonds für hoch verschuldete Gemeinden einzurichten, gegen den Sie auch waren, als wir gestern das Finanzausgleichsgesetz verabschiedeten.

(Zurufe von der PDS)

- Schauen Sie doch nach, wie Sie abgestimmt haben.

Wir haben im Bereich der Justiz mehr Richter und Gerichtsvollzieher eingestellt, haben die Justizvollzugsanstalten ausbruchssicher gemacht.

Aber nichts hat diese Legislaturperiode mehr geprägt als die Finanzsituation. Wegbrechende Steuereinnahmen waren die große Herausforderung.

(Zurufe von der PDS)

Wenn man alles, was Sie sich vorstellen, zusammenrechnet, muss man Sie auch fragen, woher wir das Geld dafür bekommen sollen.

(Zuruf von der PDS: Das haben wir doch gesagt!)

Die Wahrheit des Geldes wird Sie einholen und alle Versprechungen, die Sie jetzt, vor der Wahl, machen, werden Ihnen auf die Füße fallen. Das sage ich Ihnen. Wir werden das einmal dokumentieren.

(Beifall bei CDU und SPD - Zurufe von der PDS)

Sagen Sie doch einmal, wie Sie den Haushalt sanieren wollen.

(Zuruf von der PDS: Wir haben Vorschläge unterbreitet!)

Sie wollen überall mehr ausgeben. Wir sind den beschriebenen Weg gegangen. Ich schaue Kollegen Bischoff an, der dazu konkrete Vorschläge unterbreitet hat. Gerade was den Personalabbau angeht, waren Sie auch nicht dafür.

(Zurufe von der PDS)

Da haben Sie gesagt: Personalabbau ja, aber niemand soll es merken. - Von daher gesehen haben wir in unserer Regierungsarbeit schwierige Dinge angepackt, haben unserer Bevölkerung und auch unseren Mitarbeitern Beschwerden zugemutet. Der gemeinsame Pakt, den wir im öffentlichen Dienst geschlossen haben, zeigt: Wir sind gewillt, schwierige Dinge anzugehen. Wir reden nicht darüber, sondern handeln. Das ist der Unterschied zwischen dem, was Sie machen, und dem, was wir machen.

(Beifall bei CDU und SPD - Widerspruch bei der PDS)

Diese Regierung hat auch nach dem 11. September reagiert, als wir - in einer schwierigen Haushaltssituation - gesagt haben: Wir wollen für die Sicherheit der Bürger mehr tun. Darum haben wir die Ausstattung des Verfassungsschutzes verbessert, haben die Polizeiausstattung verbessert und die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien auf einen solchen Stand gebracht, dass sie jederzeit, wenn ein entsprechendes Ereignis eintritt, in der Lage sind, gemeinsam mit allen betroffenen Ressorts Vorschläge zu unterbreiten, wie damit umzugehen ist.

Es ist über Wirtschaft gesprochen worden. Natürlich: Die Wirtschaft schafft Arbeit. Das ist unstrittig. Wir haben in dieser Legislaturperiode einen schweren Rückschlag hinnehmen müssen - die Chipfabrik. Aber erkennen Sie doch auch einmal alles andere, was positiv gelaufen ist, an! Ich habe den Eindruck, Sie haben immer auf einem Auge so ein komisches Glas, durch das man nichts sieht, und auf dem anderen Auge sehen Sie nicht richtig. Erkennen Sie doch bitte einmal an, was wir in diesem Land erreicht haben! Wir haben etwas erreicht.

(Beifall bei CDU und SPD - Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

- Fangen Sie jetzt nicht an, hier mit Ihrem Hühnerauge zu kokettieren. Ich gucke mit beiden Augen und habe keinen Tunnelblick. Weiten Sie Ihren Tunnelblick etwas; dann können Sie sehen.

Unsere Arbeit findet bisweilen nicht die Zustimmung aller; Ihre Arbeit findet sie sowieso nicht.

(Widerspruch bei der PDS)

Vieles werden wir den Bürgern zumuten, haben wir ihnen auch

zugemutet. Wir werden weiter versuchen müssen, um die Zustimmung der Bürger zu werben. Wenn man etwas verändert, ist es immer schwierig, dies klarzumachen. Sie müssen doch akzeptieren: Wir können nicht immer nur die schöne neue Welt malen, sondern müssen auch sagen, was wir tun müssen. Schmerzhaft Entscheidungen werden auch in Zukunft notwendig sein. Ich sage Ihnen: In der nächsten Legislaturperiode werden verschiedene schmerzhaft Entscheidungen notwendig sein.

(Vietze [PDS]: Hoffentlich gerechte Entscheidungen!)

- Herr Vietze, wenn Sie von „gerecht“ reden, reden Sie von Staatsknete.

(Zuruf von der PDS: Nein!)

Da haben Sie ja Erfahrung. Sie sind schon so lange hier oben auf dem Brauhausberg, dass Sie niemand schlagen kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Haben Sie eigentlich schon das goldene Jubiläum auf dem Brauhausberg? - Das könnte ja fast sein.

(Gelächter bei CDU und SPD)

Wir haben im Land Brandenburg große Fortschritte gemacht. Trotzdem schließt sich die Schere zwischen Ost und West nicht. Wir wollen weiter wirken. Die Menschen spüren doch, dass etwas nicht stimmt. Auf der einen Seite sagen sie: Arbeit lohnt sich nicht, weil sie so schlecht bezahlt wird. Andere sagen: Keine Arbeit zu haben ist hoffnungslos. - Darum geht es: Wie wir diesen Ausgleich schaffen. Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass es sich lohnt, zu arbeiten, und wir müssen Arbeitsplätze schaffen. Das haben wir auch getan. Wir haben bzw. die Industrie hat in der vergangenen Legislaturperiode durch Mittel der GA-Förderung 12 000 Arbeitsplätze geschaffen. Eine Vielzahl von Kleinunternehmern, Männern und Frauen, hat den Mut, selbst Entscheidungen zu treffen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Machen Sie denen bitte Mut und meckern Sie nicht dauernd über sie und schüren Sie keinen Neid!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Widerspruch bei der PDS)

- Frau Enkelmann, ich möchte Sie im Rahmen der Vorbereitung auf weitere Aussagen nur daran erinnern, dass Brandenburg von den neuen Bundesländern die höchste Selbstständigquote hat, nämlich 10,6 %, vergleichbar mit der Bayerns.

(Zuruf von der PDS)

- Ohne Ich-AG; die rechnen wir da nicht mit.

Das Spannungsverhältnis zwischen Naturschutz und Arbeit hat der Ministerpräsident bereits angesprochen. Wir glauben, dass es da noch Diskussionsbedarf gibt. Diesen werden wir in der Koalition erfüllen, so wie es zwischen uns notwendig ist.

An der Schulpolitik - Frau Blechinger hat es ausgeführt - werden wir noch etwas arbeiten müssen, weil wir nicht das erreicht haben, was wir gemeinsam erreichen wollten.

(Zuruf von der PDS)

- Ja, wir geben zu, dass wir nicht alles erreicht haben. Dabei brauchen wir keine Glaubenskriege zu führen und Sie brauchen dabei auch wirklich keine Ideologie ins Spiel zu bringen; denn wir können es schaffen.

Hier leuchtet die rote Lampe, obwohl ich noch nicht einmal 15 Minuten geredet habe.

(Zuruf von der PDS)

- Ja, die rote Lampe heißt, beim Schwarzen immer aufmerksam sein. Das ist völlig klar.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Präsident, lassen Sie mich noch ganz kurz einen dritten Bereich ansprechen. Die ärztliche Versorgung besonders auf dem Lande wird eine Aufgabe sein, die uns in den nächsten Jahren alle gemeinsam beschäftigen muss. Wenn es uns nicht gelingt, darauf eine Antwort zu finden, wird die Tendenz, aus dem ländlichen Raum hinauszugehen, weiter zunehmen. Darum ist es entscheidend, dass wir diese Frage bei all dem, was wir vorhaben, nicht vergessen.

Ich hatte mir erhofft, dass von dieser Diskussion auch ein Zeichen der Ermutigung und der Gemeinsamkeit ausgehen kann. Was Sie von der PDS vorgetragen haben, ist: Viel bemüht, alles Murks. - Wir glauben, die Menschen wissen: Viel bemüht und etwas erreicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache und auch den Tagesordnungspunkt 2.

Es gibt noch einen Punkt ohne Debatte. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

2. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

Gesetzentwurf

der Abgeordneten Robert Gemmel, Reinhold Dellmann, Lothar Kliesch, Uta-Brigitte Müller, Christoph Schulze, Dr. Dietmar Woidke und Edwin Zimmermann

Drucksache 3/7610

(Neudruck)

Da beantragt wurde, auf eine Debatte zu verzichten, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen - Drucksache 3/7692 - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, möge die Hand aufheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit bei einer Reihe von Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den den Änderungsantrag berücksichtigenden Gesetzentwurf von sieben Abgeordneten, Drucksache 3/7610 - Neudruck. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, möge die Hand aufheben. - Gegenstimmen? -

Stimmenthaltungen? - Damit ist das Gesetz mit einer Reihe von Stimmenthaltungen in 2. Lesung einstimmig verabschiedet.

Ich verabschiede Sie nun bis 13.30 Uhr in die Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.03 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.30 Uhr)

Vizepräsident Habermann:

Ich eröffne den Nachmittagsteil der Sitzung und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Asylbewerber, ausreisepflichtige Ausländer und Leistungsmissbrauchsfälle

Große Anfrage 69
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/7196

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 3/7643

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der Fraktion der DVU und gebe Herrn Abgeordneten Schuldt das Wort.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihre Antworten auf unsere Große Anfrage fallen aus unserer Sicht grundunterschiedlich aus. Zum Teil sind Ihre Angaben recht konkret und brauchbar, so zu den allgemeinen Fragen 1 bis 17, andererseits sind sie unzureichend oder Sie selbst wissen offenbar schlichtweg nichts, so Fragen, bei denen es um Einzelheiten zu den Fällen von Leistungsmissbrauch geht. Das betrifft vor allem die Fragen 18 bis 30, die Sie offenbar überhaupt nicht beantworten können, weil Ihnen dazu angeblich jegliche Zahlen fehlen.

Das betrifft erstens die Landesebene und setzt sich zweitens auf der Kreisebene fort. Auch für die Kreisebene beantworten Sie unsere allgemein gehaltenen Fragen 31 bis 35 recht detailliert und brauchbar. Zu den Einzelfragen 36 bis 42 zu Fällen von Leistungsmissbrauch können Sie dann wiederum keine Angaben machen.

Erstens: Zu unseren Fragen 1 bis 16 habe ich dann auch nur eine kurze Anmerkung und zwei Nachfragen. Eine Anmerkung zur Frage 8 b): Meines Erachtens wäre es sinnvoll, auch die Personen statistisch zu erfassen, die eine Förderung zur freiwilligen Heimkehr ablehnen. Dann lassen sich nämlich Rückschlüsse auf die Rückkehrbereitschaft insgesamt ziehen.

Zur Frage 17 a): Hier halten wir eine Regelüberprüfung des Vermögensstandes Abzuschiebender für dringend erforderlich. Eine Prüfung von Fall zu Fall reicht nicht aus, um beispielsweise auch durch eine Sicherung von Sachen, zum Beispiel Autos, Unterhaltungselektronik usw., die Kosten von Abschiebung optimal abzudecken

Nachfrage zu Frage 8 b): Welche genauen Voraussetzungen sind es, nach denen über das REAG/GARP-Programm eine freiwillige Ausreise gefördert werden kann?

Nachfrage zu Frage 15: Aufgrund Ihrer Antworten zu den Fragen 5 a) und 15 können wir nicht erkennen, wie hoch die Anteile an den auf rund 1 Million Euro im Jahr 2003 angelaufenen Abschiebungskosten waren, die a) durchgesetzt, das heißt eingetrieben, und b) tituliert waren, aber nicht eingetrieben werden konnten. Können Sie hier konkrete Zahlen nennen?

Zweitens zu den Detailfragen. Zum Leistungsmissbrauch, also zu den Fragen 18 bis 30 und 36 bis 42, ist zu sagen: Es ist hier eine Differenzierung unter nichtdeutschen Tatverdächtigen danach vorzunehmen, ob diese hier legal leben oder als Asylbewerber oder gar als Illegale. Anders ist der Kreis von Personen, die nach Deutschland einreisen, um unsere sozialen Sicherungssysteme durch Leistungsmissbrauch gezielt auszunutzen, nicht feststellbar.

Dasselbe muss dann insbesondere auch für die gestiegene Zahl der Fälle des Missbrauchs gelten, bei denen Doppel- und Mehrfachbeantragungen vorliegen oder Familienangehörige fingiert werden. Diese Fälle weisen nämlich eine gesteigerte kriminelle Energie auf und sind für die Allgemeinheit in höchstem Maße schadensträchtig. Eine höhere Schadensträchtigkeit liegt auch bei Personen nahe, die einschlägig oder sonst strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Auch Verbindungslinien zur organisierten Kriminalität sind hier wahrscheinlich nicht auszuschließen. Angesichts des Umfangs dieser Fälle ist ihre statistische Erfassung dringend verbesserungsbedürftig. Sonst werden wir absehbar den Überblick darüber verlieren, was hier bei uns, in unserem schönen Land Brandenburg, geschieht. - Zunächst einmal vielen Dank.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Schuldt. Das Wort erhalten die Koalitionsfraktionen. Bitte, Herr Abgeordneter Klein. - Er signalisiert mir Verzicht. Die Fraktion der PDS wünscht auch nicht das Wort, die Landesregierung ebenfalls nicht. Herr Schuldt, Sie können wieder nach vorn kommen, wenn Sie den zweiten Teil in Anspruch nehmen wollen.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum zweiten Teil: Wenn Sie dazu nichts zu sagen haben - bitte schön, wir ja, und unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten eine Antwort auch auf diese Fragen.

(Beifall bei der DVU)

Zu einer weitergehenden Beantwortung unserer Fragen sind Sie, meine Damen und Herren von der SPD wie auch von der CDU sowie von der PDS, wahrscheinlich nicht in der Lage oder nicht willens. Eine Befassung mit der Bemerkung der kommunistischen PDS, wie sie zu dem Ausländerproblem steht, erübrigt sich übrigens auch.

Wir müssen mit dem wenigen Geld, das wir in Brandenburg haben, Haus halten, sprich: sparen, und darauf achten, dass es

dorthin gelangt, wo es am nötigsten gebraucht wird, also wo es in einem sozialen Staat auch hingehört. Dazu müssen wir aber zumindest wissen, wann, wo und an wen wir wie viel Geld berechtigt oder auch nicht berechtigt ausgeben. Schon an dieser Stelle werden wieder die Defizite dieser Landesregierung offenbar.

Das ohnehin knappe Geld gehört ganz bestimmt nicht in die Hände von Asylbewerbern oder sonstigen Illegalen, die ihre Identität verschleiern, Asylbewerbern, sonstigen Illegalen oder anderen Personen, die doppelt oder mehrfach soziale Leistungen beantragen, oder Asylbewerbern, sonstigen Illegalen oder anderen Personen, die für fingierte Familienangehörige Sozialleistungen kassieren. Ob Sie es glauben oder nicht, meine Damen und Herren, das sind Straftaten. Das hier verlorene Geld fehlt uns an anderer Stelle. Deswegen ist es auch notwendig, dass diese Landesregierung jederzeit ganz konkrete Angaben zum Täterkreis machen und selber darauf zurückgreifen kann - zur Ermittlung und zur Vorbeugung.

Nun geht es mir hier nicht darum, auf irgendwelche Asylbewerber oder andere Ausländer einzuhacken, mitnichten. Es geht mir allein darum, exakt dieser Landesregierung zu verdeutlichen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Genau diese zur Ermittlung und Vorbeugung notwendigen und umfassenden Erkenntnisse haben Sie ja offensichtlich nicht. Sonst müssten Sie unsere Detailfragen 18 bis 30 und 36 bis 42 beantworten können.

Auch politisch halten wir von der DVU-Fraktion dieses Problem für hochbrisant. An allen Enden und Ecken wird in Deutschland und besonders hier in Brandenburg, wenn es um die Bevölkerung des eigenen Landes geht, gespart. Überall wird dem ehrlichen Bürger in die Brieftasche gegriffen, den Familien bei den Kosten für die Schülerbeförderung, der Oma durch die Senkung der Rente und die Praxisgebühr und den Arbeitslosengeld-II-Beziehern künftig durch Vernichtung ihrer sauer angesparten privaten Altersrücklagen. Wie wollen Sie es denen gegenüber vertreten, dass Leistungsmissbrauch von Asylbewerbern und Illegalen hier nicht konsequent verfolgt wird? Die Ehrlichen beißen die Hunde und den Verbrecher lässt man laufen. - Das kann nicht das Ergebnis sein.

Nach alldem frage ich mich, woran das eigentlich liegt. Ist das etwa mutwillig? Das hätte in diesem Landtag sicherlich nichts zu suchen. Ist das Unvermögen? Auch das wäre hier wohl fehl am Platze. Oder ist es schlicht nur ein Problem, das zur Optik gehört, aber jedenfalls nicht zu diesem Landtag? Deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, sich noch einmal diese Große Anfrage durchzulesen. Vielleicht kommen Ihnen dann selber solche Gedanken und vielleicht können Sie dann zu den Damen und Herren auf der Regierungsbank sagen: Hier müsst ihr endlich mal handeln! - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Abgeordneten Schuldt. - Wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und ich kann feststellen, dass Sie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 69, Drucksache 3/7643, zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Jahresbericht des Petitionsausschusses gemäß § 12 PetG

Bericht
des Petitionsausschusses

Drucksache 3/7586

Wie wir heute Morgen bei der Abstimmung zur Tagesordnung vereinbart haben, erhält die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Abgeordnete Marquardt, das Rederecht für fünf Minuten. Die anderen Fraktionen haben Redeverzicht angezeigt. - Bitte schön, Frau Marquardt.

Frau Marquardt (Vorsitzende des Petitionsausschusses):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, dass es richtig ist, am Ende der Legislaturperiode zu unserem schriftlich vorliegenden Bericht noch einmal mündlich Stellung zu nehmen, zumal - das sage ich nicht, um meinen Abgeordnetenkollegen böswillig etwas zu unterstellen - mich trotzdem interessieren würde, wie viele meiner 87 Abgeordnetenkollegen, von unseren Ausschussmitgliedern einmal abgesehen, den Bericht wirklich intensiv und aufmerksam gelesen haben.

In der zurückliegenden 3. Legislaturperiode wurden bis zum Zeitpunkt der 80. Sitzung 3 288 Petitionen behandelt. Acht ausgewählte Petitionsbeispiele im Bericht zeigen die große Bandbreite der uns bis dahin zugegangenen 3 658 Petitionen auf. Eine zeitweise sehr starke Petitionswelle bezog sich auf den Bereich des Baurechts und der Nutzung von Wochenendgrundstücken zu Wohnzwecken. Hier gab es eine Schnittstelle zwischen gültigem Melderecht und geltendem Baurecht. Das ist im Punkt 2 des Berichtes nachzulesen. Zu diesem Punkt 2 - Umnutzung von Wochenendgrundstücken, benannt: melderechtliche Problematik - hat das Innenministerium inzwischen in einem Rundschreiben alle Meldebehörden im Land Brandenburg gebeten, bei einschlägigen Anmeldungen die Bürger auf das Baurecht hinzuweisen. Eine Ergänzung der Anmelde-scheine wird dazu erfolgen.

Die Zahl der Petitionen von Strafgefangenen ist im Berichtszeitraum zurückgegangen. Ich will das in Anbetracht der großen Aufmerksamkeit vor einigen Wochen zu dem Geschehen in JVA's nicht ganz außer Acht lassen. Signifikante Beschwerden über Misshandlungen der in den Medien dargestellten Art sind an den Ausschuss nicht herangetragen worden.

Sagen möchte ich von dieser Stelle, dass wir bei besonders schwierigen, hartnäckigen oder auch sensibel zu betrachtenden Petitionen die Möglichkeit genutzt haben, vor Ort des Geschehens zu gehen, um uns ein eigenes Bild zu machen und so besser zu Entscheidungsfindungen zu kommen.

Ich möchte für die nächste Legislatur vielleicht doch mit auf den Weg geben, obwohl unser Ausschuss immer ein bisschen ein Schattendasein führt, da wir unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeiten und agieren und relativ wenig nach außen an die Presse geben, dass der Ausschuss von Wichtigkeit für den Bürger ist - das zeigt allein die Zahl der Petitionen - und immer wieder die Anlaufstelle ist, von der er sich Hilfe erwartet und

bis zu den entsprechenden rechtlichen Grenzfällen auch erwarten kann. Ich denke, dass aus diesem Sachverhalt heraus die künftigen Abgeordneten ein bisschen mehr Augenmerk auf die Arbeit dieses Ausschusses lenken und ihm vielleicht ein bisschen mehr Wertschätzung zuteil werden lassen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Dies nicht nur wegen der Tatsache, dass wir auch im Sommer fleißig tagen und als einer der wenigen Ausschüsse Sommersitzungen haben, um einfach zwischen Petitionsanliegen und Entscheidungsfindung nicht eine unangemessen lange Zeit vergehen zu lassen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Vorsitzenden des Petitionsausschusses. Ich will gleichzeitig dem gesamten Petitionsausschuss den Dank für die geleistete Arbeit hier aussprechen. Er ist einer der arbeitsintensivsten Ausschüsse. Das weiß ich. Er hat auch sicherlich einen großen Beitrag geleistet bzw. leistet einen großen Beitrag zum Ansehen des Parlaments nach außen. Deswegen, denke ich, ist es richtig, dass wir am Ende einer Legislaturperiode herzlichen Dank sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich stelle gleichzeitig fest, dass Sie den Bericht des Petitionsausschusses - Drucksache 3/7586 - zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 12
des Petitionsausschusses

Drucksache 3/7587

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass ich sofort feststellen kann, dass Sie die Übersicht 12 des Petitionsausschusses - Drucksache 3/7587 - zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16.12.1999 (BGBl. I S. 2432)

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/7618

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Deutschen können uns, wenn das so weitergeht, langsam gar nichts mehr leisten, vor allem aber nicht mehr Auto fahren, obwohl Mobilität zur unabdingbaren Existenzvoraussetzung geworden ist, besonders hier bei uns in Brandenburg.

Von Anfang 1999 bis Mai 2004 hat sich der Preis für Rohöl vervielfacht. Die aktuellen Rohölpreise können Sie auf der Website der Firma Texaco nachlesen, von wo ich auch diese Grafik hier entnommen habe.

(Die Abgeordnete zeigt ein entsprechendes Blatt.)

Kurzfristige Ursachen wie der Irakkrieg und die dadurch ausgelöste Zunahme von Anschlägen kommen noch dazu. Langfristige Ursachen sind die sich abzeichnende Verknappung der Ölvorräte und die zunehmende Abhängigkeit der Industriestaaten von der Energiequelle Erdöl. Die zurzeit auftretende Explosion der Ölpreise ist nicht nur der Vorgeschmack auf künftige Entwicklungen. Die Preissteigerung seit 1999 bedeutet vor allem volkswirtschaftlich, dass sich - wie erwähnt - die Ölrechnung der Bundesrepublik Deutschland seit 1999 vervielfacht hat. Das für das Erdöl gezahlte Geld fließt aus unserer Volkswirtschaft ab und steht für Investitionen und Kaufkraft in unserem Land nicht mehr zur Verfügung.

Das sind die Zustände, auf die wir keinen Einfluss haben. Unsere tolle Bundesregierung setzt noch eins obendrauf: Am 1. April 1999 trat das so genannte Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform in Kraft, welches die Grundlage für die so genannte Ökosteuer bildet. Im Januar 2003 kam dann die letzte Stufe der ökologischen Steuerreform und alles wurde gleich noch einmal teurer. Von jedem Euro, den Sie für Benzin ausgeben, kassiert Herr Eichel zurzeit über 70 Cent.

Was hat die so genannte Ökosteuer tatsächlich an rechtspolitischen Wünschen erfüllt? Wurden etwa tatsächlich die Rentenkassen und die Umwelt, wie von Rot-Grün angekündigt, entlastet?

Die einzige Entlastung trat beim Bundeshaushalt ein. Die öffentlichen Rentenversicherungssysteme sind nach wie vor in erschreckender Weise gefährdet und die Umwelt sieht auch nicht gesünder aus. Was jedoch im Hinblick auf die steuerliche Belastung von Mineralöl besonders gravierend zu bewerten ist, ist der immense Schaden für die Wirtschaft unseres Landes.

Die Mehrfachbesteuerung durch Mineralölsteuer, Umsatz- bzw. Einfuhrumsatzsteuer, Ökosteuer sowie die Besteuerung des Kfz-Betriebes durch die Kraftfahrzeugsteuer machen die Teilnahme am Kraftverkehr mittlerweile zum Luxus, da sie das ohnehin disproportional hohe Kostenrisiko insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Verhältnis zu denen der meisten anderen EU-Staaten - im Verhältnis zum übrigen Ausland erst recht - zusätzlich hochtreibt.

Für diese Situation haben aber nicht nur die Unternehmer in Brandenburg kein Verständnis, sondern fast jeder Bürger. Jeder, der heute noch arbeiten kann und an der bedenklich abnehmenden Wertschöpfung in Deutschland teilhat, ist auf die Energie aus Mineralöl angewiesen. Vor dieser Situation schei-

nen die Bundesregierung und insbesondere ihre Ökoideologen die Augen gänzlich verschlossen zu halten. Es drängt sich der Eindruck auf, diesen Leuten gehe es nur noch darum, den Bürger zu schröpfen und durch die spürbare Verteuerung der Energiepreise im Allgemeinen und der Rohölpreise im Speziellen der ökonomischen Lebensgrundlage des Landes förmlich den Hahn abzdrehen. Die Absenkung um wenige Cent in den letzten Tagen ist dabei zu vernachlässigen. Denn das ist letztlich ein punktuellere Ereignis und ändert nichts an der Tendenz.

Das macht es daher dringend notwendig, sich zumindest die politisch künstlich in die Höhe getriebenen Preisanteile vorzunehmen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel das Autofahren überhaupt noch leisten können. Die sofortige Abschaffung der unsinnigen Ökosteuer ist dazu ein erster und notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, damit der Bundesrat die Chance hat, aufgrund der dortigen Stimmenverhältnisse die nötigen gesetzgeberischen Schritte auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth. Sie können gleich hier bleiben, denn die Fraktionen der SPD und der CDU haben mir Redeverzicht angezeigt, die Fraktion der PDS auch, die Landesregierung ebenfalls, sodass ich sofort das Wort erneut an Sie geben kann.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da die anderen Politiker hier in diesem Landtag zu diesem wichtigen Thema nichts zu sagen haben, wird wieder einmal umso deutlicher, dass die regierenden Brandenburger Politiker offensichtlich nicht in der Lage sind, über den Tellerrand sowohl Brandenburgs als auch der eigenen parteipolitischen Ideologie hinauszublicken. Die grundlegende Ideologie ist wieder einmal wie alle Ideologien ein Gedankengebilde, das für komplexe Problemlagen einfache Antworten geben soll, in diesem Fall: Energie wird teurer, damit sparsam mit ihr umgegangen, die Umwelt geschont und die Rentenkassen entlastet werden. Große Probleme, einfache Lösungen - alles super, wunderbar. Auf Verluste wird dabei keine Rücksicht genommen.

So wurden zum Beispiel die übermäßigen Ökosteuersätze für Strom, Heizöl und Erdgas für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und für Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft mit der dritten Stufe der ökologischen Steuerreform von ursprünglich 20 % auf 60 % der Ökosteuerregelsätze angehoben. Das hat zwar nicht den gewünschten umweltpolitischen Lenkungseffekt gebracht, der im Jahre 1999 von Rot-Grün großspurig benannt wurde, aber im Jahr 2003 für den Bundeshaushalt immerhin Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 380 Millionen Euro. Darin liegen die eigentlichen Motive des Ökosozialismus.

Weitere Anhebungen, zum Beispiel bei der Besteuerung von Heizgas von ursprünglich 3,47 Euro auf 5,50 Euro je Megawattstunde und der ursprünglich ermäßigten Stromsteuer für

Nachtspeicherheizungen von 10,20 Euro auf 12,30 Euro, lasse ich hier einmal außen vor, denn das würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen. Ich möchte damit nur verdeutlichen, dass damit, obwohl wir heute in der Bundesrepublik Deutschland die höchste Abgabenbelastung seit ihrem Bestehen registrieren müssen, eine zusätzliche Belastung vor allem kleinerer und mittlerer Einkommen stattfindet. Was daran sozialdemokratisch ist, müssen Sie mir einmal erklären.

Weil die Idee der ökologischen Steuerreform, nämlich den Faktor Arbeit auf Kosten des Faktors Energie zugunsten der Unternehmen und Arbeitnehmer zu verbilligen, gänzlich gescheitert ist, bleibt also nur eines übrig: Die Entlastung für Unternehmen und Arbeitnehmer und die anfänglich im Rahmen der Gesetzgebungsdebatte genannte Aufkommensneutralität hat sich vor dem Bürger als schlimme Augenwischerei entlarvt. Eine Kompensation über Steuersenkungen und eine Verringerung von Lohnzusatzkosten, zum Beispiel durch die Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen mittels des Ökosteueraufkommens, hat faktisch nicht stattgefunden. Wir als DVU-Fraktion bezeichnen das klipp und klar als Wählerbetrug.

Deshalb bitte ich Sie abschließend noch einmal eindringlich, mit uns mitzugehen, um diesem steuerpolitischen Irrsinn ein Ende zu bereiten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in Drucksache 3/7618. Die Fraktion der DVU hat form- und fristgerecht namentliche Abstimmung beantragt. Sie kennen das Prozedere: Ich bitte Sie, Ihr Abstimmungsvotum laut und deutlich bekanntzugeben.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Schriftführer um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben?

(Der Abgeordnete Bochow [SPD] gibt sein Votum ab.)

Gibt es weitere Abgeordnete, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der DVU-Fraktion in Drucksache 3/7618 bekannt:

Für diesen Antrag stimmten 5 Abgeordnete, gegen ihn stimmten 49 Abgeordnete. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 6945)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Umbau und Sanierung des Landtagsgebäudes
„Am Havelblick 8“**

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/7631

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt wiederum mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Landtagsgebäude muss dringend saniert werden. Ich glaube, daran besteht kein Zweifel. Wie Sie alle wissen, hat im Januar ein Baugutachten die Baufälligkeit dieses Hauses festgestellt und nachdrücklich auf Abhilfe gedrängt. Nachdem bekannt geworden war, dass dem Landtagsgebäude im Juni aufgrund seiner maroden Elektroanlage die Schließung drohte, mussten kurzfristig 80 000 Euro von der Sonderbauleitung des Finanzministeriums zur Verfügung gestellt werden; sonst könnten wir womöglich hier und heute nicht einmal mehr tagen.

Die Elektroanlage ist dem Gutachten zufolge nur symptomatisch für den Gesamtzustand dieses Hauses. Das Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass das Landtagsgebäude baulich in einem erschreckenden Zustand ist. Nicht umsonst nannte es der frühere Ministerpräsident und heutige Bundesverkehrsminister Stolpe vor seinem Rücktritt eine Bruchbude.

Anders als in den anderen neuen Bundesländern wurde es in Brandenburg seit der Wiederherstellung des Landes im Jahr 1990 und der Wahl des ersten Landtages nach der Wende versäumt, ein den Erfordernissen der Gegenwart adäquates Landtagsgebäude für die Arbeit der Abgeordneten sowie der Landtagsmitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Das derzeitige Landtagsgebäude genügt diesen Anforderungen schon seit Jahren erkennbar nicht mehr. Doch statt seit mehreren Legislaturperioden über spekulative Alternativstandorte nachzudenken und dafür immer wieder Planungsmittel in die Haushalte einzustellen, die sich allesamt zulasten des Steuerzahlers buchstäblich in Luft auflösen, wäre es bereits vor Jahren an der Zeit gewesen, mit einer Grundsanierung des bestehenden Landtagsgebäudes sowie einem Neubau des heutigen Anforderungen ebenfalls längst nicht mehr genügenden Plenarsaals zu beginnen.

Doch geschehen ist in all diesen Jahren überhaupt nichts. Umso bemerkenswerter war es, dass der Landtagspräsident selbst, obwohl auch er in der Vergangenheit immer ein Befürworter von Alternativstandorten war, auf eine Sanierung des maroden Landtagsgebäudes gedrängt hat. Er hat endlich die Landesregierung aufgefordert, dringend ein Sanierungskonzept vorzulegen, da diesem Gebäude sonst noch in diesem Jahr die Sperrung droht. Als Ergebnis wurde dann die Baukommission des Landtages eingesetzt.

Die DVU-Fraktion sagt klipp und klar: Wir brauchen keine Luftschlösser, sondern eine effektive, handwerklich saubere und kostengünstige Grundsanierung dieses Gebäudes, die dem heutigen

Standard entspricht. Dem dient der vorliegende Antrag. Wir bitten zumindest alle Realisten unter Ihnen um ihre Zustimmung.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth. - Ich gebe jetzt das Wort an die Fraktion der PDS, an Herrn Abgeordneten Vietze.

Vietze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Realisten!

„Der Landtag möge beschließen: Es wird kein neuer Landtag für das Land Brandenburg gebaut. Auch über eine grundlegende Sanierung des vorhandenen Gebäudes wird erst dann entschieden, wenn die Fusion zwischen Berlin und Brandenburg zu einem Ergebnis gekommen ist.“

Das ist der Beschlusstext des Antrags der DVU-Fraktion in Drucksache 3/734.

In der Begründung - Frau Hesselbarth, Sie haben dazu höchstselbst geredet - hieß es damals zumindest:

„In dieser Legislaturperiode besteht jedenfalls kein Bedarf, das Thema Landtagsneubau noch länger zu erörtern.“

Hätten Sie sich doch an Ihre Erkenntnisse gehalten, wir hätten heute dieses Thema nicht auf der Tagesordnung. Auch müsste ich nicht darüber nachdenken, ob ich nicht vielleicht einen Fehler gemacht habe. Dazu will ich mich jetzt fairerweise erklären. Ich habe nämlich im Zusammenhang mit Ihrem damaligen Antrag formuliert:

„Über die Notwendigkeit einer Sanierung entscheidet man nicht in Abhängigkeit von einem Volksentscheid über die Fusion, sondern vom Bauzustand des Gebäudes.“

Nun haben Sie möglicherweise bis zur letzten Sitzung gewartet, um noch einmal auf das Problem des Bauzustandes des Gebäudes zu sprechen zu kommen. Da der Innenminister heute früh auch so freundlich war, darauf aufmerksam zu machen, kann ich nur sagen: Es stimmt! Für mich war im vergangenen Jahr Jubiläum; 1968 wurde ich zum ersten Mal in dieses Gebäude eingeladen. Daher weiß ich um dessen Bauzustand. Was übrigens meine regelrechte feste Arbeit in diesem Gebäude betrifft - ich sehe jetzt einmal von Einladungen zu bestimmten Veranstaltungen ab -, kann ich sagen, dass sie im Jahr 1989 begannen. Das ist ein Jahr Diktatur. Ich sage ausdrücklich: Ich freue mich, seit 15 Jahren in diesem Gebäude unter den Bedingungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu arbeiten, und lehne den Antrag der DVU ab. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Vietze. - Für die Koalitionsfraktionen erhält der Abgeordnete Klein das Wort.

(Klein [SPD]: Ich hätte es nur kürzer und geringfügig besser machen können! Deswegen verzichte ich!)

- Ich bedanke mich. - Die Landesregierung wünscht auch nicht das Wort. - Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben noch einmal das Wort.

(Dr. Wiebke [SPD]: Muss das sein?)

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, was Sie, Herr Vietze, aus meinem früheren Redebeitrag zitiert haben. Aber ich sage Ihnen eines: Wir haben eine neue Sicht der Dinge erhalten, die sich auch auf finanzielle Mittel bezieht. Wenn das Berliner Abgeordnetenhaus zu uns zieht, dann ist dafür nur ein Bruchteil der finanziellen Mittel nötig, der für die Sanierung erforderlich ist. Diese Erkenntnis haben wir aber leider erst jetzt und nicht früher erhalten; das wissen Sie auch. Daran erkennen Sie, Herr Vietze, dass wir als DVU-Fraktion in der Lage sind, schnell zu handeln.

(Beifall bei der DVU - Lachen bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Muschalla [SPD])

- Herr Muschalla, es sind 119 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen eingestellt. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Erinnern wir uns an die Aktuelle Stunde von heute Morgen: Brandenburg auf dem Weg in die Zukunft. - Wo sind denn jetzt die Chancen für die Brandenburger Unternehmer? Wo bleiben denn die Investitionen, meine Damen und Herren? Investitionen schaffen doch Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie sind daran offensichtlich nicht interessiert; diesen Eindruck habe ich jedenfalls. Sie haben auch keinen Mut, eine Entscheidung zu treffen. Was dies bisher für unser Brandenburg und für dieses Gebäude gebracht hat, sehen wir hier. Man kann es auch riechen. Herr Vietze, DDR hat für mich einen ganz speziellen Geruch. Ich mag ihn nicht! Diesen Geruch mögen auch die meisten Brandenburger nicht.

(Beifall bei der DVU)

Die Zeit scheint in diesem Hause stehen geblieben zu sein. Dieses Haus ist nur bedingt arbeitsfähig. Denken Sie auch einmal an die vielen Mitarbeiter dieses Hauses, die täglich ihre Arbeit hier verrichten müssen. Wenn es hier zu warm oder zu kalt ist, dann können Sie sich schnell in Ihre Abgeordnetenbüros verdrücken. Die Angestellten können das nicht. Außerdem gibt es für die behinderten Menschen in unserem Land kaum eine Chance, das politische Leben hautnah mitzuerleben. Auch dies sollten Sie bedenken.

Nun komme ich zu den Finanzen, Herr Muschalla. In den Einzelplan 15 ist eine Verpflichtungsermächtigung für Baumaßnahmen für den Landtag in Höhe von 119 Millionen Euro eingestellt. Die Kosten für die Sanierung und den Ausbau dieses Gebäudes belaufen sich auf rund 60 Millionen Euro. So lautete die Schätzung des Finanzministeriums im November 2003. Sollten nach der Fusion die Berliner dazukommen, erhöhte sich diese Summe um 13 Millionen Euro. Dies ist die kostengünstigste Variante, die sich sofort verwirklichen ließe.

Für das Stadtschloss findet sich im Falle eines Wiederaufbaus angesichts der Bewerbung Potsdams als Kulturhauptstadt Europas 2010 garantiert eine andere Nutzungsmöglichkeit.

Schließlich kommt auch niemand auf die Idee, den Landtag nach Sanssouci oder Cecilienhof zu verlagern.

Seien Sie also realistisch, meine Damen und Herren! Haben Sie den Mut zu Investitionen! Die Brandenburger Bauwirtschaft wird es Ihnen danken, ebenso der Bürger, wenn er mit seinen Sorgen in ein helles, freundliches Haus mit freundlichen Menschen kommt. Ihren Mut können Sie jetzt in der namentlichen Abstimmung beweisen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth. - Wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Wie Sie eben erfahren haben, ist zu diesem Antrag form- und fristgerecht namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich bitte Sie wieder, laut und deutlich Ihr Votum abzugeben.

Ich eröffne die Abstimmung zum Antrag in Drucksache 3/7631 und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Saal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben?

(Die Abgeordneten Frau Faderl [PDS] und Dr. Woidke [SPD] geben ihr Votum ab.)

Damit hatten alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben. Ich schließe die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der DVU-Fraktion in Drucksache 3/7631 bekannt:

Für diesen Antrag stimmten 5 Abgeordnete, 52 stimmten dagegen. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 6945)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Bundesratsinitiative zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3427), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Straftaten über die sexuelle Selbstbestimmung und zur Änderung anderer Vorschriften vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3007) - JGG

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/7633
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der einreichenden Fraktion das Wort. Herr Abgeordneter Schuldt, bitte.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Überarbeitung des Jugendgerichtsgesetzes, kurz JGG, mit über 70 Änderungen zeigt den Reformbedarf. Ich meine, es ist die Mühe wert, denn es handelt sich um einen Kernbereich des deutschen Strafrechts. Die Erkenntnisse der Ausschussreise nach Kiel haben mich darin im Übrigen bestärkt.

Lassen Sie mich zunächst den Antrag in seinen Grundzügen darstellen. Wir meinen: Straftat bleibt Straftat. Auch wer als Jugendlicher vor dem Jugendrichter steht, hat in aller Regel etwas ausgefressen, was man nicht mehr als Bubenstreich in Lehrermanier mit erhobenem Zeigefinger abhandeln kann. Hier muss zunächst eine spürbare Sanktion her. Alles andere führt nur dazu, dass selbst jugendliche Serientäter als Helden ihrer Clique den Gerichtssaal verlassen. Sie denken: Hurra, es ist nichts passiert, weiter so! Das untergräbt das Rechtsbewusstsein und wird weder der Tat noch dem Schutzbedürfnis der Allgemeinheit gerecht.

Andererseits, das ist natürlich nicht zu übersehen, sind Straftaten Jugendlicher vielfach Ausdruck von Erziehungs- und Bildungsdefiziten oder Ergebnis von Drogensucht oder großer Perspektivlosigkeit. Dem müssen wir uns stellen. Hierauf ist der zweite Schwerpunkt zu legen, meine Damen und Herren.

Beide Erkenntnisse zusammen führen zu einer Doppelstrategie, bestehend aus Sanktionen und Erziehung. Das ist Leitlinie für unseren gesamten Entwurf. Durch die Änderung der §§ 14, 17 und 18 stellen wir die Spürbarkeit sicher. Die Verwarnung wird zur Ausnahme und ist bei Gewaltdelikten ausgeschlossen. Die Schwere von Taten und Schuld ist zum Schutz der Bevölkerung vor Straftaten für die Verhängung von Jugendstrafen einzubeziehen, nicht mehr ausschließlich erzieherische Erwägungen.

Erzieherische Erwägungen fallen dann bei der Gestaltung der Bewährungszeiten, § 21 ff., ins Gewicht. Hier bekommt der Richter mehr Spielraum, auf Defizite des Jugendlichen einzugehen, insbesondere bei Bildung, Therapie und Integration.

Bei den weiteren Erziehungsregelungen differenzieren wir nicht nur zwischen den Auflagen und den Erziehungsmaßnahmen. Die bisherige Weisung geht darin auf. Es wird zudem klar gesagt, was Auflage und was Erziehungsmaßregel ist. Auflagen knüpfen an das Tatenrecht an, Erziehungsmaßnahmen an den im Einzelfall vorhandenen Erziehungsbedarf. Beide Kataloge werden auch auf Heranwachsende unter Anwendung des JGG erweitert. Ausbildung, Integration, Suchttherapie und der Schutz vor weiterer Verschuldung sind jeweils die Schwerpunkte.

Zur Erziehung muss der Jugendliche auch während der gesamten Bewährung unter Aufsicht bleiben. Dafür sind Bewährungshelfer da, unser § 24, aber auch die Jugendgerichtshilfe, die wir für kompetent halten, Jugendliche für die Dauer des gesamten Strafverfahrens zu unterstützen. Sie erhält eine entsprechende Schlüsselstellung.

Schließlich halten wir es für unerlässlich, für Heranwachsende bei Tötungsdelikten und dringender Wiederholungsgefahr aufgrund unheilbarer Erkrankungen unter strenger Voraussetzung die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung zu erörtern. Hier

muss der Schutz der Allgemeinheit Vorrang haben. Ich bitte um Ihre Zustimmung. - Bis bald.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhalten die Koalitionsfraktionen. Für sie steht Herr Homeyer auf der Rednerliste. - Er verzichtet. Für die PDS Herr Sarrach. - Nicht da. Die Landesregierung? - Sie verzichtet. Somit erhält der Abgeordnete Schuldt erneut das Wort. Bitte schön.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tragödie zweiter Teil:

(Zurufe: Das stimmt wirklich!)

Für den Bereich Jugendstrafrecht besteht ein umfassender Reformbedarf. Wenn ich hier von Tragödie gesprochen habe, dann ist es Ihre Tragödie, die Sie uns heute vorspielen, Sie, die doch von morgens bis abends hier herumkrakeelen und sagen: Wir sind die größten Demokraten. Der Ministerpräsident hat ja auch nur von den demokratischen Parteien gesprochen. Wo ist denn Ihre Demokratie, meine Damen und Herren? Indem Sie nicht einmal auf vernünftige Anträge einer Oppositionspartei reagieren? Oder können Sie es eventuell vielleicht gar nicht?

(Beifall bei der DVU)

Meine Damen und Herren, ich komme zu unserem Antrag zurück. Selbstverständlich wollen wir damit sichern, dass die Einzelpunkte unseres Entwurfs, die dringend notwendig sind, auf der Bundesebene auch tatsächlich beachtet werden. Der Weg dahin ist eben nur eine Bundesratsinitiative mit einem vollständig ausformulierten Gesetzentwurf. Wann haben Sie das denn überhaupt schon einmal gemacht, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen? Es kann doch übrigens nicht die Frage sein, dass wir das dann auch so machen, wie es notwendig wird. Das ist Ausdruck der seriösen Politik, die unsere DVU-Fraktion hier seit nunmehr fast fünf Jahren betreibt.

(Beifall bei der DVU)

In diesen Reformentwurf gehört dann eben auch alles hinein: die Doppelstrategie von Sanktionen und die Erziehung, die ich schon dargelegt habe. Bloße Ermahnungen, von der Wirkung her sachfremde Strafen und dergleichen helfen wirklich nicht mehr weiter. In den Augen jugendlicher Täter wirkt das geradezu lächerlich und bestärkt in dem Sinne im Grunde genommen den Jugendlichen, der sagt: Ach, es passiert uns sowieso nichts.

Nicht nur bei den Jugendlichen, sondern gerade bei denjenigen im Alter von 18 bis 21 Jahren besteht ja wohl dann noch erzieherischer Bedarf, wenn wegen mangelnder Reife das JGG anzuwenden ist. Eine möglichst enge Nähe der Tat zu den Sanktionen mithilfe gemeinnütziger Arbeit und des Täter-Opfer-Ausgleichs und - auch wenn die PDS hier vielleicht wieder aufbaut - die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung bei Heranwachsenden im Falle vorsätzlicher Tötungsdelikte, wenn aufgrund einer nicht heilbaren oder nicht absehbar heilbaren

Erkrankung die dringende Gefahr einer Wiederholung besteht, sind zu gewährleisten.

Die Voraussetzungen für die Anordnung und Überprüfung sind viel strenger als bei Erwachsenen. Es sind jeweils zwei Gutachten erforderlich, um zu einem einheitlichen Ergebnis zu kommen.

Auch die Bildungs- und erzieherischen Aspekte bleiben während der Sicherungsverwahrung erhalten. Es kann also nicht angehen, dass etwa in so klassischen Kriminalfällen wie demjenigen des Kindermörders Bartsch von staatlicher Seite nach Verbüßung einer Jugendstrafe keine Handhabe besteht. Dieser Fall war übrigens vor einiger Zeit - nach 40 Jahren - Gegenstand einer ARD-Serie. Er ist bis heute ein Synonym für Kindermörder.

Übrigens, meine Damen und Herren, bei seiner letzten Tat war dieser Jürgen Bartsch schon 19 Jahre alt. Oder soll ich sagen: erst 19 Jahre alt? Bedenken Sie bitte auch bei Ihrer Überlegung, ob Sie vielleicht doch unserem Antrag zustimmen werden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der DVU-Fraktion in Drucksache 3/7633 - Neudruck - folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Stärkung des Wassertourismus in Brandenburg

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 3/7641

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Für sie spricht der neu gewählte Europaparlamentsabgeordnete Dr. Ehler. Herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

Dr. Ehler (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich bei Tagesordnungspunkt 10 am Ende eines langen Plenartages mit dem Thema Wassertourismus an das Plenum wendet, wandelt auf einem schmalen Grat. Dennoch möchte ich Sie zum Schluss - denken Sie, die Letzten, die hier versammelt sind, daran, dass immer noch der schöne Bibelspruch gilt: Die Letzten werden die Ersten sein - gern darum bitten, diesem Thema ein Stück weit Ihr Ohr zu leihen.

Sie alle kennen die Ausflüge der Ausschüsse des Parlaments des Landes Brandenburg, manchmal etwas spöttisch als Erwachsenenbildung bezeichnet, aber doch in vielen Fällen außerordentlich erhellend für uns. Wir haben mit dem Wirtschaftsausschuss vor einigen Jahren eine Reise nach Irland

unternommen und waren dort unter anderem in der Shannonregion, einer der touristisch stärksten Regionen Europas. In allen überregionalen Ferienkatalogen ist die Shannonregion als eine der touristischen Regionen Europas bekannt. Uns wurde damals ein Vortrag über die Perspektiven der Region gehalten und von irischer Seite eine Analyse darüber gegeben, wer denn die Hauptkonkurrenzregionen für diese Shannonregion, die europa-, wenn nicht gar weltweit bekannt ist, seien. Zum Erstaunen der Abgeordneten des Landes Brandenburg wurden zum einen der Canal du Midi in Frankreich und zum anderen das Land Brandenburg genannt. Nach einer der größten Wassertourismusregionen in Irland wurde unsere Region im Nordwesten Brandenburgs angrenzend zu Mecklenburg als die zukünftige Konkurrenzregion für die eigene boomende Tourismusindustrie bezeichnet. Vielleicht sollte uns das Hinweis sein, wie viel Entwicklungspotenziale im Grund genommen im Wassertourismus liegen.

Ich möchte Ihnen nur einige Zahlen nennen. Der Bundesverband Wassersportwirtschaft hat für das Jahr 2002 - es sind die aktuellsten Zahlen - die Umsätze im engeren Sinne, was den Wasser- und Wassersporttourismus betrifft, mit 1,7 Milliarden Euro beziffert. Alle uns bis zum heutigen Tag vorliegenden Zahlen sprechen von deutlichen Steigerungsmöglichkeiten. Insofern glaube ich, wenn wir heute so viel von Zukunft gesprochen haben, ob sie denn fehlt oder wie sie uns erscheinen mag, dann ist das Thema Wassertourismus eines der Themen, bei dem das Land Brandenburg, wir gemeinsam, wirklich eine Perspektive haben.

Das Wichtige, worum es sich in dem heutigen Antrag dreht, nämlich um das WIN-Projekt, ist ein gemeinsames Projekt der Kreise Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin und Barnim sowie der Städte Oranienburg, Eberswalde und Neuruppin. Allein diese Gruppierung verdeutlicht den überparteilichen Charakter dieser Initiative. Wichtig ist vor allem, dass sie von der privaten Wirtschaft ausgegangen ist.

Es waren nicht die Kommunen oder die Kreise, sondern mittelständische Unternehmen, Charterbootunternehmen, Hoteliers und die Eigentümer von Marinas, die uns vor zwei, drei Jahren gesagt haben: Wir haben Entwicklungspotenzial. Wir kommen nicht auf euch zu und fordern Subventionen, weil wir Probleme haben. - Sie haben gesagt: Wir brauchen eure Unterstützung um noch besser zu werden.

Insofern glaube ich, dass im WIN-Konzept, insbesondere was die Zusammenarbeit zwischen privater Wirtschaft und Politik angeht - die Politik kann positive Rahmenbedingungen setzen -, eine Entwicklungschance liegt, wie sie nur in wenigen anderen Regionen erkennbar ist. Es kommt hinzu, dass wir von sehr strukturschwachen Regionen sprechen.

Wir sprechen häufig missverständlich von „Wassersport“, meinen aber „Tourismus“. Alle Zahlen zeigen, dass allein im letzten Jahr über 120 000 Übernachtungen in Brandenburg durch den Wassertourismus induziert worden sind. Es handelt sich um Menschen, die an- und abreisen, die zwar ein Charterboot mieten, aber doch am zweiten oder dritten Tag nach einer Übernachtungsmöglichkeit suchen. Darin liegt die Chance, mit einem „roten Band“ die touristischen Möglichkeiten, die wir in Brandenburg geschaffen haben, mit dem zu verbinden, was Brandenburg exemplarisch ausmacht, nämlich Möglichkeiten für attraktiven Wassersporttourismus. Insofern trägt sich das

WIN-Konzept aus eigenen Ressourcen. Es ist vom Technologiezentrum für Verkehr entwickelt worden, das wir vor Jahren in Brandenburg gegründet haben. Das WIN-Konzept wird von einer Vielzahl privater Unternehmen getragen; aber wir müssen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Was heißt das? Wir müssen das fährerscheinlose Fahren, das heißt das Führen eines Charterboots ohne Führerschein, fördern. Insoweit ist der Bund als Gesetzgeber ein Stück weit gefragt.

Wir müssen die infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen. Schleusen sind auszubauen. Das Fahrtgebiet für Charterboote in Brandenburg ist zu erweitern, nach unserer Initiative von 150 auf 300 Kilometer. Die Flottengrößen der Charterboote müssen um das Doppelte erweitert werden. Wir müssen einen Rahmen schaffen, um bestehende privatwirtschaftliche Initiativen, was die Errichtung von Charterbasen, Marinas und neuen Anlegemöglichkeiten betrifft, durch Infrastruktur zu unterfüttern.

Wir haben heute viel über Großprojekte und Wirtschaftspolitik gesprochen. Der Wassertourismus bietet uns eine exemplarische Chance; denn da steht keine Behauptung am fernen Horizont; da ist eine wirtschaftliche Realität. Diese gilt es von unserer Seite mit aller Macht zu unterstützen.

Die Tatsache, dass die Initiative über die Fraktionsgrenzen hinweg zustande gekommen ist; die Tatsache, dass das Land - ich möchte ausdrücklich Staatssekretär Vogel nennen - in der Lage war, kurzfristig Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn auch in bescheidenem Umfang; vor allen Dingen aber die Tatsache, dass die Kommunen und die Kreise die Initiative angestoßen haben - das alles sollte uns dazu veranlassen, nicht von einer von vielen möglichen Perspektiven zu sprechen, sondern von einer konkreten wirtschaftlichen Entwicklungschance.

Meine Damen und Herren! Wir führen hier exemplarisch all das zusammen, was ein solches Paket attraktiv und wirtschaftlich sinnvoll macht. Wir haben die Möglichkeit der überregionalen Vermarktung. Wir können den großen Tourismusunternehmen sagen: Das ist ein Zusammenschluss, der von einem überregionalen Ansatz ausgeht und internationale Attraktivität ausstrahlt. Nehmt uns in das große Katalogangebot auf! - Letzteres ist uns bisher, trotz aller Bemühungen, im Tourismus noch nicht gelungen. Das eröffnet die Möglichkeit, internationale Gäste zu werben.

Ferner ist es wichtig, die Angebote so attraktiv zu gestalten, dass die Gäste das Land Brandenburg nicht nur einmal, sondern auch ein zweites oder drittes Mal besuchen.

Ich weiß, dass „Wassertourismus“ ein langes zusammengesetztes deutsches Hauptwort ist und unter dem letzten Tagesordnungspunkt beraten wird. Dennoch möchte ich bei Ihnen darum werben zu erkennen, dass hier eine der zentralen Entwicklungsmöglichkeiten liegt. Wir können mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz sehr viel erreichen. Ein schrittweiser Aufbau ist möglich; wir müssen zunächst einmal kein großes Paket schnüren. Auch in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage steht das exemplarisch dafür, was wir als Land noch können, nämlich Rahmenbedingungen setzen. Das Unternehmertum können wir nicht ersetzen. Behauptete Zukunftsperspektiven können wir nicht auf unsere eigenen Überlegungen stützen.

Wir können aber dabei helfen - und das mit relativ geringen Mitteln -, Vernetzungsüberlegungen von privatwirtschaftlichen Ansätzen und ein überregionales Marketing zu unterstützen. Wir müssen gemeinsam mit dem Bund jene wasserbaulichen Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um ein solches Projekt umzusetzen.

Letzter Punkt: Von hier muss - auch an den Bund - ein Signal ausgehen. Hier besteht eine Entwicklungschance, die im Zusammenspiel zwischen dem Land Brandenburg, den Kommunen und den Kreisen genutzt werden kann. Wir haben Signale vom Bund erhalten, dass er bereit ist, unsere Initiative aufzunehmen. Voraussetzung ist, dass wir das Projekt nicht zerreden und keinen künstlichen Konflikt zwischen Umweltschutz und Tourismus aufmachen. Wir müssen in kluger Abwägung zwischen dem, was geht, und dem, was nicht geht, Schritt für Schritt das Projekt entwickeln. Ich gehe davon aus, dass der Bund dann auch bereit und in der Lage ist, für jenen Bereich, für den wir nicht die Verantwortung tragen, nämlich den Ausbau der Bundeswasserstraßen, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren! Es gibt nur wenige Dinge, anhand deren man plausibel darstellen kann, warum Wirtschaftspolitik und der Einsatz öffentlicher Mittel sinnvoll sind. In diesem Bereich hat es exemplarisch Sinn, auch in schwieriger Haushaltslage die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir haben mit unserem Antrag nicht den ganz großen Schritt getan, sondern wollen auf eine Weiterentwicklung, auf eine Plausibilisierung hinwirken. In einem ersten Schritt geht es darum, die Mittel für eine solche Konzeption zur Verfügung zu stellen. Am Ende sollte aber doch die Entscheidung stehen: Wir investieren in diesen Bereich und schaffen für Brandenburg ein Stück Zukunft. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Bevor ich dem Vertreter der PDS-Fraktion das Wort erteile, begrüße ich junge Gäste, Politologie-Studenten von der Universität Köln, die sich für Brandenburg interessieren und denen ich gerade ein wenig aus den letzten 14 Jahren erzählt habe. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Domres, schießen Sie los!

Domres (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der von Ihnen vorgelegte Antrag verdeutlicht: Wir haben Wahlkampf! Da macht es sich natürlich gut, schnell noch Anträge zu beschließen, die zum einen längst überfällig sind und mit denen man zum anderen das eigene Image aufpolieren kann.

Leider hat der Tourismus in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode im Landtag nicht die Rolle gespielt, die er hätte spielen müssen. Vielleicht kann in der neuen Wahlperiode der Vorschlag, auch im Landtag Brandenburg einen Tourismusausschuss einzusetzen, aufgegriffen werden.

Nun aber zum Antrag selbst. Dass es die Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg gibt, ist natürlich zu begrüßen. Bereits im Jahr 2000 habe ich den damaligen Wirtschaftsminister Fürniß aufgefordert, nach dem Scheitern der Entwicklungsgesellschaft Wassertourismus Nordwestbrandenburg - EWT - in der Region und zwischen den einzelnen Gesellschaftern eine Moderatorenrolle einzunehmen.

Ich erinnere daran, dass es zum damaligen Zeitpunkt darum ging, eine ganzheitliche Entwicklung der wassertouristischen Potenziale der Region zu unterstützen und verschiedene Akteure wie Ministerien, Arbeitsamt, Wirtschaftsförderung Brandenburg, Leistungsträger und Kommunen zusammenzuführen. Leider - das wurde mir in der Region immer wieder bestätigt - gab es viel zu wenig Initiativen, um den Wassertourismus abgestimmt voranzubringen.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb ist es jetzt, vier Jahre nach dem Ende der Entwicklungsgesellschaft Wassertourismus Nordwestbrandenburg, zu begrüßen, dass es eine neue Initiative gibt. Ich frage mich allerdings, ob der Antrag nicht zu kurz greift. Ich frage mich, ob es klug ist, die Elbe als Bundeswasserstraße von touristischer Bedeutung, die Stadt Wittenberge mit hervorragend ausgebauter touristischer Infrastruktur und den Landkreis Prignitz außen vor zu lassen. Ich frage mich, ob es nicht mehr Sinn hätte, die Elbe, Wittenberge und die Prignitz in die Initiative einzubinden. Gleiches könnte man zur Uckermark sagen.

Aus meiner Sicht geht es darum, die Angebote in der Region zu vernetzen und das Netz in Richtung Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zu schließen. Es ist doch schon lange klar, dass Touristen keine Länder- oder Kreisgrenzen kennen; sie wollen Urlaub machen, sich erholen, Dienstleistungen und Service in Anspruch nehmen. Da sind die Qualität von Dienstleistung und Service sowie die Angebotspalette entscheidender als kurzsichtige Regionalegoismen.

Im Übrigen ist in den Grundsätzen zur weiteren Ausgestaltung des Tourismus im Land Brandenburg der Bereich Wassertourismus als Maßnahme bzw. Aufgabe definiert - ich zitiere -:

„Ziel ist die Verbesserung der Wassersportangebote durch Komplettierung von Wasserwanderrouten gemäß Wassersportentwicklungsplan, Ausbau der Schleusenzapazitäten, nachfragegerechte Verbesserung der Ver- und Entsorgung sowie der Servicestationen und Konzentration auf Angebote mit niedriger Zugangsschwelle.“

Ich gehe davon aus, dass die Grundsätze zur weiteren Ausgestaltung des Tourismus im Land Brandenburg Gültigkeit besitzen. Darin heißt es unter dem Punkt „Thematische und räumliche Schwerpunktsetzung“ weiter - ich zitiere erneut -:

„Die künftige Förderung erfordert eine strikte Schwerpunktsetzung in räumlicher und thematischer Hinsicht. Kriterien für den Mitteleinsatz aus den verfügbaren Programmen sind Förderung von Infrastrukturmaßnahmen mit strikter Ausrichtung auf touristische Wachstumssegmente, insbesondere durch weiteren Ausbau landesweiter Netze, Anlagen und Angebote im Rad- und Wassertourismus auf Basis des Wassersportentwicklungsplans, sowie der Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung

des Wassertourismus mit der Vernetzung bestehender attraktiver Angebote.“

Weiter heißt es dort:

„... die Förderung des weiteren Ausbaus der tourismusrelevanten Verkehrsinfrastruktur, die Vernetzung der Verkehrsangebote, mobilitätsbezogener Informationen sowie entsprechender Dienstleistungsangebote.“

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die Notwendigkeit einer länderübergreifenden Zusammenarbeit hinweisen. Eine Tourismusinfrastrukturentwicklung ohne Abstimmung mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt kann nicht erfolgreich sein. Ich gehe aber davon aus, dass wir den Erfolg brauchen, und zwar im Interesse der Touristen, der Leistungsanbieter und der Arbeitsplätze, die entstehen können. Ich bitte also Herrn Minister Junghanns, sich in den ihm verbleibenden Wochen dafür einzusetzen, dass die Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg nicht im eigenen Saft schmort und wenigstens die Landkreise Uckermark und Prignitz einbezogen werden.

Kurz zu den anderen Punkten des Antrags: Tourismus braucht verlässliche Finanzierung. Leider haben Sie, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren durch haushaltspolitische Entscheidungen immer wieder gerade bei der Tourismusförderung für Unsicherheiten gesorgt. Deshalb unterstützen wir die Forderung, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um die finanzielle Unterstützung zu sichern. Ich verweise aber noch einmal darauf, keine Insellösungen in Brandenburg entstehen zu lassen. Sich für die Charterscheinregelung einzusetzen und die erfolgreiche Arbeit der Tourismusakademie begrüßen geht in Ordnung. Deshalb kann ich meiner Fraktion empfehlen, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Nun gebe ich das Wort an den Abgeordneten Dellmann, der für die SPD-Fraktion spricht.

Dellmann (SPD): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es war gut, einen Tagesordnungspunkt an das Ende der drei Tage Landtagsdebatte zu nehmen, bei dem sich ein Konsens abzeichnet.

Als wir Parlamentarier uns mit dem Thema WIN auseinander setzten, stand auch die Frage: Ist das nicht ein etwas überzogener Titel?, weil: Wie übersetzt man WIN? Ich glaube, man sollte nicht nur übersetzen: Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg, sondern vielmehr folgendermaßen: Chancen erkennen und Chancen nutzen; denn das ist genau das, was uns in Brandenburg zum Teil fehlt, die vorhandenen Chancen auszuloten, Initiativen zu begleiten, diejenigen, die diese Chance ergreifen wollen, zu motivieren und von Landesseite her die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen; denn Brandenburg ist ein Wassertourismusland, ist ein Wassersportland. Wir haben es in der Vergangenheit jedoch nicht geschafft, auch qualitativ hochwertige Angebote zu realisieren, die es ermöglichen, dass eine ausreichende Wertschöpfung in diesem Be-

reich stattfindet. Es geht also zum einen darum, die Infrastruktur zu verbessern, zum anderen aber darum, mehr Produkte zu schaffen und auch mehr für die Vermarktung - und das nicht nur national - zu tun.

Es gibt aber einen signifikanten Unterschied zu dem zu nennen, was Sie sagten. Ich glaube, es wäre falsch, wenn wir hier wieder einen Landesansatz wählen: Das Land Brandenburg soll es regeln. Das Land Brandenburg soll alles organisieren.

(Domres [PDS]: Das habe ich nicht gesagt!)

Es ist doch genau richtig, dass sich hier drei Landkreise und drei Städte - übrigens auch die Stadt Neuruppin mit Herrn Landtagskandidaten Thiel an der Spitze - daran beteiligt haben. Genau diese Vertreter sagen auch: Wir wollen diesen regionalen Ansatz. - Herr Domres, bringen Sie doch einen Antrag in den Kreistag Prignitz ein, dass sich die Prignitz möglichst schnell an dieser Initiative beteiligen möge. Ich glaube, die anderen Landkreise werden genau wie die Uckermark herzlich gern aufgenommen werden und können dort mitmachen. Da kann der Wirtschaftsminister, können Herr Dr. Ehler und ich als Sprecher des Kuratoriums gern eine moderierende Funktion übernehmen, aber es sollte ein regionaler Ansatz sein.

Ich glaube, einen ähnlichen regionalen Ansatz brauchen wir auch verstärkt in der Lausitz; denn dort haben wir auch die Vision, dass aus der Lausitzer Seenkette wirklich ein touristischer Schwerpunkt erwächst.

Ich glaube, das ist eine Vision. Wir sollten nicht den Fehler begehen, diese Vision von Anfang an kleinzureden.

(Zuruf des Abgeordneten Domres [PDS])

- Das haben Sie nicht gemacht, Herr Domres, will ich ganz deutlich sagen, aber Außenstehende.

Denn Visionen haben bedeutet, dass nicht von Anfang an alles im Detail geklärt ist. Auch beim Projekt WIN ist nicht von vornherein alles geklärt. Dass der Anspruch erfüllt würde, alles von Anfang an detailliert darzustellen: Wie wird etwas finanziert?, wie wird es gebaut?, wie gehen wir mit Fragen der Umwelt um?, kann man nicht erwarten, sondern das ist ein Prozess und dieser muss von uns gesteuert werden. Wir als Land Brandenburg haben da die große Verantwortung, an den Rahmenbedingungen mitzuwirken.

Das ist zum einen der Ausbau der Landeswasserstraßen. Da haben wir viel zu tun, da muss auch Geld in die Hand genommen werden. Wir werden auch private und regionale Akteure bei der Bereitstellung von Fördermitteln zu unterstützen haben.

Ein ganz großes Feld wird natürlich die Diskussion mit dem Bund sein. Was die Charterscheinregelung anbelangt, haben wir Fortschritte, fast erstaunliche Fortschritte gemacht, wenn man einige Ministeriale in Berlin und Bonn kennt, aber ich glaube, da sind wir noch nicht am Ende; denn so richtig konnte mir bisher noch niemand erklären, warum man nicht auf der Oder-Havel-Wasserstraße, wo wir Ein-Richtungs-Verkehr haben, mit dem Charterschein per Motorboot hinter einem Schubschiff herfahren kann. In anderen Ländern - Dr. Ehler brachte Beispiele - ist das möglich. Warum soll ein Deutscher, ein Brandenburger, ein Berliner, der einen Charterschein be-

sitzt, in hiesigen Gewässern nicht dazu fähig sein, wenn derselbe Mensch in Frankreich oder Irland mit Charterschein fahren darf?

Ich glaube, wir sollten eines tun: nämlich als Landtag, auch als zuständige Fachausschüsse - viele von uns werden sich nach dem 19. ja wiedersehen - dies auch in parlamentarischer Begleitung tun; denn wirklich jeder kann diese touristischen Leitprojekte sehen. Ich bin auch sehr dankbar, dass der Landestourismusverband mit Herrn Fritsch an der Spitze dies zu einer seiner Schwerpunktaufgaben für die nächsten Jahre erklärt hat. Lassen Sie uns dies begleiten.

Ein Wunsch von meiner Seite an Sie, Dr. Ehler: Nehmen Sie bitte die Sprecherfunktion, die Sie gerade übernommen haben, auch aus Brandenburg und Brüssel wahr; denn es ist, glaube ich, gut, wenn wir auch für dieses Projekt nicht nur bei der Bereitstellung von Fördermitteln aus der EU, sondern selbstverständlich auch im Bereich des Marketing und bei der Werbung für das Tourismusland Brandenburg von Ihnen aus Brüssel neben unseren anderen Brandenburger Europaabgeordneten die entsprechende Unterstützung bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die DVU-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Schuldt.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tourismus entwickelt sich langsam zum wichtigsten Brandenburger Wirtschaftszweig. Dies gilt insbesondere für den Wassertourismus, und zwar angesichts der Tatsache, dass Brandenburg mit 6 500 km Wasserweg für Paddelboote und mit 1 600 km für Motorboote aufwarten kann.

Die gestiegene Nachfrage nach Hausbooten belegt, dass sich Brandenburg inzwischen auch international zum Wassertourismusland entwickelt hat. 568 Standorte liegen am Wasser oder in unmittelbarer Nähe von Gewässern, die für den Wassertourismus relevant sind. Es gibt 14 öffentliche Sportbootliegestellen und sechs wassertouristisch relevante Schleusen. Daher begrüßen auch wir als DVU-Fraktion ausdrücklich die Tatsache, dass sich die Landkreise Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel und Barnim sowie die drei nordbrandenburgischen Städte Neuruppin, Oranienburg und Eberswalde am 1. Juni 2004 zur Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg zusammenschlossen - sicherlich bald auch die Uckermark.

Schließlich sind alle Landkreise Bestandteil der größten zusammenhängenden Binnenwasserfläche Europas. Dies gilt es stärker für eine touristische Nutzung zu erschließen. So leben beispielsweise in Frankreich, den Niederlanden oder in Irland ganze Regionen von dieser Form des Tourismus. Herr Dr. Ehler ist schon darauf eingegangen. Übrigens auch von uns herzlichen Glückwunsch.

Die Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg zielt daher bewusst auf die Entwicklung und Stärkung der touristischen Potenziale durch den Ausbau und die Vernetzung der Wassertourismusgebiete in der Region. Das betrifft unter anderem die

Reaktivierung und Sanierung alter Wasserstraßen in Verbindung mit dem Bau von Schleusen und Brücken. Für Wasserwanderer, Motorbootfahrer und Fahrgastschiffe sollen damit neue Routen und Wasserwege erschlossen werden, die bisher nicht oder nur sehr umständlich zu erreichen sind. Ziel ist es, durch Verknüpfung verschiedener Wasserreviere eine deutliche Erweiterung des Fahrtgebietes von derzeit 150 auf 320 Kilometer - ein Revier mit großer Strahlkraft in Europa - zu erreichen.

Daher begrüßen wir als DVU-Fraktion den vorliegenden Antrag zur Unterstützung der Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg durch das Land ausdrücklich. Wir beziehen uns dabei insbesondere auch auf die Aussagen aller Industrie- und Handelskammern des Landes, welche sich für eine bessere Infrastruktur und bessere Rahmenbedingungen für die Wassertourismuswirtschaft einsetzen.

Dafür geben wir als DVU-Fraktion allerdings, ebenfalls in Übereinstimmung mit den Kammern, Unternehmen und Verbänden, zu bedenken, dass die vom Bundesverkehrsministerium geplante Bootsmaut die hoffnungsvolle Entwicklung im Wassertourismus in Berlin und Brandenburg gefährdet. Selbst Ministerpräsident Platzeck forderte vor kurzem vom Bund einen Verzicht auf die geplante Maut für Motorboote und Segelyachten. Dann tun Sie aber bitte auch in Verhandlung mit Ihren SPD-Parteifreunden in Berlin etwas dafür, insbesondere in Verbindung mit dem Exministerpräsidenten und heutigen Bundesverkehrsminister Dr. Stolpe, damit diese unsinnige und wirtschaftsfeindliche Maßnahme unterbleibt. Statt solche unsinnigen Mautgebühren einzuführen, deren Verwaltungsaufwand zudem in keinem Verhältnis zum Nutzen steht, sollte der Bund lieber in den Ausbau der Wasserwege und Schleusen in Nordbrandenburg investieren. Dafür soll und muss sich die Landesregierung in Berlin einsetzen. Sonst wird die Umsetzung des vorliegenden Antrages, den wir, wie gesagt, voll und ganz unterstützen, durch Bundeshandlung völlig konterkariert. - Ich bedanke mich. Bis zur 4. Legislaturperiode - auf Wiedersehen!

(Beifall bei der DVU - Lachen bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort erhält die Landesregierung. Herr Minister Jungmanns, bitte sehr.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst herzlichen Dank für diese Initiative des Parlaments am Ende der regulären Sitzungen dieser Wahlperiode, weil ich auch meine, dass diese Entscheidung eine Verabredung auf eine gute, eine wirtschaftlich tragfähige Zukunft unseres Landes ist.

Auch wenn wir Wahlkampf machen, können wir etwas Gutes tun, Herr Domres. Genau die Akteure, die sich mit dieser Initiative verbunden fühlen, haben mehr bewiesen als das, was vielleicht hier im Parlament wahrgenommen wird. Sie haben in selbstkritischer Bestandsaufnahme gesagt: So, wie wir es schon einmal angepackt haben, können wir es nicht wieder anpacken, sondern es muss klüger strukturiert sein, es muss klüger vernetzt sein zwischen den Akteuren, die im Wassertourismus tätig sind. - Sie haben vor allen Dingen etwas begriffen.

Ich möchte das an diesem Beispiel noch einmal exemplarisch zeigen. Oft neigen wir dazu, das Thema Wassertourismus, Reittourismus, Radtourismus dann in den Mund zu nehmen, wenn uns die Argumente für ein Stück wirtschaftliche Entwicklung im Land ausgehen. Wir müssen - ich werbe dafür - gemeinsam begreifen: Mit den Naturpotenzialen und den historischen Potenzialen, die wir in unserem Land haben, können wir nicht zu guter Letzt noch touristisch umgehen, sondern Tourismus ist in der Tat eine Aufgabe, die professionell, wirtschaftlich kompetent und strukturell verfolgt werden muss.

Warum, Herr Domres, haben wir eine Initiative in dieser Region platziert? Sie haben das im Nachfolgenden selbst gesagt: weil uns die Tourismusschwerpunkte aufgeben, an Stärken anzuknüpfen und sich räumlich einzuengen. Genau deshalb ist eine Abgrenzung geschehen, um das handelbar zu halten.

Natürlich schmoren wir dabei nicht im eigenen Saft. Weil sich die Aktivität der Wassertourismusbeteiligten nicht auf das reduzieren lässt, was vielleicht die Opposition im Landtag nur wahrnimmt, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir zur „Boot 2004“ in diesem Frühjahr unter Federführung des Landes Brandenburg die Wassersportreviere Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern als europaweit größtes Wassertourismusrevier präsentiert haben. Gerade die Stärke dieser Gemeinsamkeit über diese Ländergrenzen hinweg hat den Eindruck gemacht, den die Beteiligten dann gewonnen haben.

Also, Sie sollen wissen: Wir machen unser Segment im Land Brandenburg besser, fitter, attraktiver und fügen uns damit in ein ganzes Mosaik von Maßnahmen ein, welches die Region der Seen und Flüsse in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt umfasst. Das ist ganz wichtig, weil in der Tat die Kapitäne auf den Binnengewässern die Grenzen nicht akzeptieren, die wir ihnen vielleicht auferlegen. Es geht um die Vernetzung von Kanal- bzw. Flussgebieten und -revieren für die Wasserwanderer und darum, neue Routen zu erschließen.

Sie haben gesagt, dass der Charterboottourismus das tragende Element ist. In der Tat ist der Charterboottourismus die Werteskala auch für den Ausbau dieses Netzwerkes, und das deshalb, weil wir in diesem Netzwerk international präsent sind und dort größere Positionen einnehmen wollen, unter anderem auch aus einer wirtschaftlichen Betrachtung heraus. Erfahrungsgemäß generiert ein Charterboot eine Wirtschaftskraft von 90 000 Euro jährlich, von denen 70 % in der Region bleiben. Damit wird also direkte Wirtschaftskraft generiert, die vor allem auch den umliegenden Potenzialen der Hotellerie, der Historie und vielleicht auch des Kulturtourismus zum Guten gereicht.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg auf dem festen Fundament der genannten Landkreise und Städte ruht. Diese sind sich einig in der gemeinsamen Überzeugung, dass wir, wenn wir in der Liga der Touristikländer weiter aufsteigen wollen, in Themen, in überregionalen Produkten präsent werden müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Es gibt klare Verabredungen, wer was tut. Wir sind gegenwärtig im Kabinett dabei, eine Entscheidung vorzubereiten, die die

grundsätzliche Vorgehensweise regelt und die notwendigen Abstimmungen für das Miteinander mit dem Bund vorbereitet. Wir werden mit dem Bund darüber reden, ob und in welcher Weise entsprechende Investitionen unbedingt notwendig sind oder durch Charterbootregelungen im bestehenden Netz und durch andere Maßnahmen kompensiert werden können. Wir werden vor allem mit dem Bund darüber zu sprechen haben, wie er diese Verantwortlichkeit in der Baulast der Bundeswasserstraßen wahrnimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für mich ist die WIN-Initiative auch der deutliche Hinweis darauf, dass wir mit dem Wassertourismus in eine Win-Win-Situation hineinkommen. Wir werden das wassertouristische Potenzial für unser Land stärker als Wirtschaftskraft heben können. Gleichzeitig wird mit einem ausgeprägten, international anerkannten Wassertourismusrevier die Standortqualität unseres Landes weiter verbessert. Ich sage nur: Leinen los für die WIN-Initiative in Brandenburg! - Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, stehen Sie noch für die Beantwortung einer Frage von Herrn Domres zur Verfügung?

Minister Junghanns:

Selbstverständlich.

Domres (PDS):

Herr Minister, nur eine Verständnisfrage: Steht die WIN-Initiative auch den Landkreisen Uckermark und Prignitz offen?

Minister Junghanns:

Diese Initiative steht in ihrer Entwicklung dem ganzen Land offen.

Aber lassen Sie uns bitte aus der Erfahrung solcher regionaler, in der Fläche ausgelegter Projekte die ersten Schritte in diesem Kreis gehen. In der übernächsten Wahlperiode wird dann die Ausdehnung auf das Land, die Vernetzung bis zum Spreewald beschlossen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind am Ende der Rednerliste und kommen zur Abstimmung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich lasse abstimmen über den Antrag der Koalitionsfraktionen. Er trägt die Drucksachennummer 3/7641. Wer diesem Antrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit schließen wir die Wahlperiode - jedenfalls bei den regulären Sitzungen - mit einem einstimmigen Votum für einen Antrag ab. Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich mich bei all denen, die mir über 14 Jahre lang Hilfe haben zuteil werden lassen, bedanken. Es ist Hilfe sowohl auf parlamentarischer als auch auf nichtparlamentarischer Ebene gewesen. Es war solche, die schnell und manchmal etwas getragen war. Es war solche, die offen oder auch etwas diskreter ausfiel. Manche war vorausseilend, zuweilen auch etwas zögerlich. Manche war spontan, andere war sehr durchdacht. Es gab fachliche Unterstützung wie auch solche von „nur“ Interessierten. Es gab erfolgreiche und es gab eher gut gemeinte Hilfe. Es gab himmlische wie irdische und es gab bleibende wie vergängliche.

Denjenigen, die wiedergewählt werden, würde ich gern mit auf den Weg geben, was ich hier empfunden habe: Parlamentarismus braucht eher Verstand als Kalkül. Ich glaube, man sollte dem Verstand wieder eine größere Chance geben.

Denjenigen, die nicht wiedergewählt werden oder die nicht wiedergewählt werden wollen, biete ich an, am 13. Oktober nach der Konstituierung des vierten Landtages mit mir gemeinsam den Klub der Ehemaligen hier im Hause zu gründen.

Ihnen allen wünsche ich jetzt ein schönes Wochenende und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ende der Sitzung: 15.12 Uhr

Anlagen**Gefasster Beschluss****TOP 10:****Stärkung des Wassertourismus in Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 99. Sitzung am 18. Juni 2004 folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Der Landtag setzt sich für die Stärkung des Wassertourismus im Land Brandenburg ein. Der Landtag unterstützt und begrüßt in diesem Zusammenhang die Wassertourismus Initiative Nordbrandenburg (WIN).
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Landeshaushalt des kommenden Jahres die notwendigen Vorkehrungen zur finanziellen Unterstützung der anstehenden Planungsphasen der Wassertourismus Initiative Nordbrandenburg zu treffen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für die Ausweitung der so genannten Charter-scheinregelung auf den Gewässern im Land Brandenburg gegenüber der Bundesregierung einzusetzen.
4. Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, das Projekt 'Gelbe Welle' voranzutreiben, und hält die Erarbeitung einer bundeseinheitlichen bzw. länderübergreifenden Richtlinie für anstrebenswert.
5. Der Landtag begrüßt die erfolgreiche Arbeit der Tourismusakademie Brandenburg, die sich aus den Säulen
 - Qualitätsgütesiegel,
 - touristische Aus- und Weiterbildung sowie
 - fachspezifische Veranstaltungen
 zusammensetzt.“

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7 - Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16.12.1999 (BGBl. I S. 2432) - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 3/7618

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nonninger (DVU)
 Schuldt (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Bednarsky (PDS)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dellmann (SPD)

Dobberstein (PDS)
 Domres (PDS)
 Dr. Ehler (CDU)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Fritsch (SPD)
 Gemmel (SPD)
 Görke (PDS)
 Frau Gregor (SPD)
 Frau Große (PDS)
 Habermann (CDU)
 Dr. Hackel (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Kliesch (SPD)
 Frau Konzack (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Lenz (SPD)
 Frau Marquardt (CDU)
 Frau Melior (SPD)
 Frau Müller, Uta-Brigitte (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Frau Osten (PDS)
 Frau Redepenning (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Schellschmidt (SPD)
 Schrey (CDU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senfleben (CDU)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Frau Stobrawa (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Dr. Trunschke (PDS)
 Vietze (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Wolff-Molorciuc (PDS)
 Frau Ziegler (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8 - Umbau und Sanierung des Landtagsgebäudes „Am Havelblick 8“ - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 3/7631

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nonninger (DVU)
 Schuldt (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Bednarsky (PDS)
 Birthler (SPD)

Frau Blechinger (CDU)
Bochow (SPD)
Dellmann (SPD)
Dobberstein (PDS)
Domres (PDS)
Dr. Ehler (CDU)
Frau Dr. Enkelmann (PDS)
Frau Faderl (PDS)
Fritsch (SPD)
Görke (PDS)
Frau Gregor (SPD)
Frau Große (PDS)
Habermann (CDU)
Dr. Hackel (CDU)
Frau Hartfelder (CDU)
Helm (CDU)
Dr. Kallenbach (SPD)
Karney (CDU)
Klein (SPD)
Kliesch (SPD)
Frau Konzack (SPD)
Kuhnert (SPD)
Lenz (SPD)
Frau Marquardt (CDU)
Frau Melior (SPD)

Müller (SPD)
Frau Müller, Uta-Brigitte (SPD)
Muschalla (SPD)
Neumann (CDU)
Dr. Niekisch (CDU)
Nieschke (CDU)
Frau Redepenning (SPD)
Reiche (SPD)
Frau Schellschmidt (SPD)
Schippel (SPD)
Schönbohm (CDU)
Schöps (CDU)
Schrey (CDU)
Frau Schulz (CDU)
Senfleben (CDU)
Frau Stobrawa (PDS)
Frau Tack (PDS)
Dr. Trunschke (PDS)
Vietze (PDS)
Frau Wehlan (PDS)
Dr. Wiebke (SPD)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Wolff-Molorciuc (PDS)
Frau Ziegler (SPD)
Zimmermann (SPD)